



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1971

Montag, den 19. April 1971

Nr. 16

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		Personalnachrichten	
Verleihung der Wilhelm Leuschner-Medaille	673	Im Bereich des Hessischen Kultusministers	694
Der Hessische Minister des Innern		Verschiedenes	
Ausländerrecht; hier: Verzeichnis der Ausländerbehörden des Bundesgebietes	673	Brandversicherungsbeitrag für das Kalenderjahr 1970	698
Paßwesen; hier: Ausstellung von Donauschifferausweisen	674	Regierungspräsidenten	
Prüfungsordnung für die hessische Vollzugspolizei	674	DARMSTADT	
Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG); hier: a) Vermögenswirksame Leistungen b) Verdienstaussfallentschädigung bei Urlaub für Wehrübungen	679	Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage des Wasserbeschaffungsverbandes Rommelhausen-Hainchen, Landkreis Büdingen	698
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Erda, Landkreis Wetzlar	680	Bekanntmachung über die Aufnahme der Rechtsform und die Änderung des Stiftungszwecks in der Verfassung der „Wilhelm-Schramm-Stiftung“, Sitz Offenbach am Main	700
Gemeindegebietsreform; hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden	680	Auflösung des Pferdeversicherungsvereins Großen-Linden, Landkreis Gießen	700
Richtlinien über Anlage, Bau und Einrichtung von Schulen	680	Vorhaben der Firma Helm, Chemiewerk Dieburg GmbH & Co. KG	700
Bindung der Bebauungspläne an den Flächennutzungsplan § 8 Abs. 2 Satz 1 BBauG	681	KASSEL	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik		Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Erfurtshausen, Krs. Marburg	701
Verlust eines Dienstaussweises	681	Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Heimarshausen, Krs. Wolfhagen	703
Der Hessische Sozialminister		Buchbesprechungen	705
Erleichterung des Umtausches der Versicherungskarten und be- schleunigte Vergabe von Versicherungsnummern; hier: Ent- wurf einer Verordnung nach § 1414a Abs. 2 RVO (§ 136a Abs. 2 AVG)	682	Öffentlicher Anzeiger	
Gebührenfreiheit bei Prüfungen aller Berufe des Gesundheits- wesens	682	Öffentliche Zustellung gem. § 20 Abs. 2 Satz 2 und 3 HDO vom 21. 3. 1962	706
Hessischer Fachausschuß für Kurorte, Erholungsorte und Heil- brunnen	683	Satzungsänderung der Gemeinnützigen Haftpflichtversiche- rungsanstalt, Darmstadt	717
Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen	683	Änderung der Satzung für den Sparkassenstützungsfonds	717
Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen	683	Haushaltsplan und Haushaltssatzung des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“ für das Rechnungsjahr 1971	718
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt		Änderung der Satzung der Hessischen Landesbank — Girozen- trale —, Frankfurt (Main)	718
Bestimmung der zuständigen Wasserbehörde für die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsan- lage der Gemeinde Erfurtshausen, Landkreis Marburg	692	Beregnungs- und Bodenverband Rhein-Main — Sitz in Darm- stadt — hier: Satzungsänderung	719
		Bekanntmachung des Hessischen Oberbergamtes in Wiesbaden	719

667

Der Hessische Ministerpräsident

Verleihung der Wilhelm Leuschner-Medaille

Wegen hervorragender Verdienste um die demokratische Ge-
sellschaft und ihre Einrichtungen habe ich am 16. März 1971
die von mir mit Erlaß vom 29. September 1964 gestiftete Wil-
helm Leuschner-Medaille

Herrn Philipp Pleß
Abgeordneter des Hessischen Landtags
verliehen.

Wiesbaden, 26. 3. 1971

Der Hessische Ministerpräsident
I A 1 — 14 d 06

StAnz. 16/1971 S. 673

668

Der Hessische Minister des Innern

Ausländerrecht;

hier: Verzeichnis der Ausländerbehörden des Bundes-
gebietes

Bezug: Erlaß vom 22. 5. 1970 (StAnz. S. 1135)

Nach einer mir zugegangenen Mitteilung hat das Bürgermei-
steramt der Stadt Gaggenau mit Wirkung vom 1. Januar
1971 für seinen Bereich u. a. die Aufgaben der Ausländer-
behörde übernommen.

Die Ausländerbehörde der Stadt Gaggenau hat die Behör-
denkennziffer 617 erhalten.

Das im Gemeinsamen Ministerialblatt Nr. 13 vom 23. April
1970, S. 202, bekanntgegebene Verzeichnis der Ausländerbe-
hörden wird wie folgt ergänzt:

Im Verzeichnis für das Land Baden-Württemberg wird im
Bezirk Südbaden unter der Aufzählung der Bürgermeister-
ämter hinter „057 Freiburg im Breisgau“ nachgetragen „617
Gaggenau“.

Ich bitte um Beachtung.

Wiesbaden, 1. 4. 1971

Der Hessische Minister des Innern
III A 31 — 23 d

StAnz. 16/1971 S. 673

669

Paßwesen;

hier: Ausstellung von Donauschifferausweisen
 Bezug: Erlaß vom 10. 3. 1971 (StAnz. S. 522)

Mit Schreiben vom 16. März 1971 hat das Bayerische Staatsministerium des Innern folgendes mitgeteilt:

„Mit Verordnung vom 23. 2. 1971 (GVBl. S. 92) ist die Zuständigkeit für die Ausstellung, Versagung und Entziehung von Donauschifferausweisen nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 DVPaßG ab 1. 4. 1971 auf die Bayerische Grenzpolizei übertragen worden. Die Zuständigkeitsregelung bezieht sich nur auf Deutsche im Sinn des Art. 116 GG, so daß sie für Nichtdeutsche bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Regensburg verbleibt, solange der Bundesminister des Innern auf Grund § 20 Abs. 1 erster Satz AuslG keine andere Regelung trifft. Durch die Übertragung der Zuständigkeit auf die Bayerische Grenzpolizei wird das bisherige Verfahren, soweit die Mitarbeit der allgemeinen Paßbehörden, der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Regensburg und des Bayerischen Lloyd in Betracht kommt, nicht wesentlich geändert und nicht erschwert werden.“

Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Regensburg und der Bayerische Lloyd sind unterrichtet.“

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Der Bezugserslaß ist damit gegenstandslos geworden. Ich hebe ihn deshalb auf.

Wiesbaden, 2. 4. 1971

Der Hessische Minister des Innern
 III A 31 — 23 d
 StAnz. 16/1971 S. 674

670

Prüfungsordnung für die hessische Vollzugspolizei (Pol-PrüfO)**Gliederung:****A. Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Zuständigkeiten
- § 3 Prüfungsausschüsse
- § 4 Prüfungsverfahren
- § 5 Bewertung der Leistungen
- § 6 Prüfungsniederschrift
- § 7 Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse

B. Einzelne Prüfungen**I. Eignungsprüfungen**

- § 8 Arten der Eignungsprüfungen
- § 9 Prüfungsausschüsse
- § 10 Prüfungsverfahren
- § 11 Feststellung der Eignung

II. Leistungsstandfeststellungen

- § 12 Ziel und Durchführung der Leistungsstandfeststellungen

III. Zwischenprüfungen

- § 13 Zweck und Verfahren der Zwischenprüfungen

IV. Abschlußprüfungen

- § 14 Zweck und Arten der Abschlußprüfungen
- § 15 Arten der polizeifachlichen Abschlußprüfungen
- § 16 Arten der fachtechnischen Abschlußprüfungen
- § 17 Durchführung fachtechnischer Prüfungen
- § 18 Gliederung der Abschlußprüfungen
- § 19 Bewertung der Leistungen
- § 20 Schriftlicher Teil
- § 21 Praktischer Teil
- § 22 Vorkonferenz
- § 23 Bekanntgabe der Noten, Antragsrechte
- § 24 Mündlicher Teil
- § 25 Abschlußkonferenz

C. Schlußbestimmungen

- § 26 Versäumnis, Verhinderung
- § 27 Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 28 Wiederholung der Prüfung
- § 29 Aufhebung von Vorschriften
- § 30 Inkrafttreten

Anhang: Prüfungsfächer

Auf Grund des § 17 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes (HBG) in der Fassung vom 16. Februar 1970 (GVBl. I S. 110), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Oktober 1970 (GVBl. I S. 628), wird im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes und der Landespersonalkommission folgende Prüfungsordnung für die hessische Vollzugspolizei erlassen.

A. Allgemeine Bestimmungen**§ 1 Geltungsbereich**

- (1) Diese Prüfungsordnung gilt für
 - 1. Eignungsprüfungen (§§ 8 bis 11)
 - 2. Leistungsstandfeststellungen (§ 12)
 - 3. Zwischenprüfungen (§ 13)
 - 4. Abschlußprüfungen (§§ 14 bis 25)
- (2) Für die Prüfungen im allgemeinbildenden Unterricht gilt die Prüfungsordnung für die Polizeifachschule.

§ 2 Zuständigkeiten

- (1) Die Prüfungen werden von der Hessischen Polizeischule durchgeführt, soweit nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Die Eignungsprüfungen zur Einstellung in die uniformierte Vollzugspolizei, die Leistungsstandfeststellungen und Laufbahnprüfungen der Grundausbildung sowie die Leistungsstandfeststellungen während der weiteren polizeilichen Ausbildung können auch von der Hessischen Bereitschaftspolizei abgehalten werden.
- (3) Die durchführende Behörde oder Dienststelle ist grundsätzlich für alle Maßnahmen und Entscheidungen zuständig, die nicht unmittelbar die Prüfung betreffen. Bei Laufbahnprüfungen obliegen ihr insbesondere die Bestellung der Prüfungsausschüsse und die Auswahl der Prüfungsarbeiten. Bei allen Prüfungen erteilt sie die Zeugnisse bzw. die an ihre Stelle tretenden Bescheide.
- (4) Für die Abnahme der Prüfungen sowie für alle Maßnahmen und Entscheidungen, die diese unmittelbar betreffen, sind die Prüfungsausschüsse zuständig.

§ 3 Prüfungsausschüsse

- (1) Die Prüfungsausschüsse werden für jede Prüfungsart (§ 1 Abs. 1) gesondert bestellt. Ihnen gehören stimmberechtigte und beratende Mitglieder an. Vertreter des Ministers des Innern, des Direktors des Landespersonalamtes sowie der Fachaufsichtsbehörden der Vollzugspolizei können bei jeder Prüfung anwesend sein.
 - (2) Stimmberechtigte Mitglieder sind nur der Vorsitzende und die Beisitzer. Soweit nichts anderes bestimmt ist, werden als Vorsitzende Beamte des höheren Dienstes und als Beisitzer Beamte des gehobenen Dienstes der Vollzugspolizei berufen. Bei Laufbahnprüfungen sollen die Beisitzer Lehrkräfte sein, die in dem vorangehenden Lehrgang die Prüfungsfächer unterrichtet haben (Fachlehrer).
 - (3) Bei Konferenzen und mündlichen Prüfungen sind die Prüfungsausschüsse nur beschlußfähig, wenn der Vorsitzende und mindestens zwei Beisitzer anwesend sind.
 - (4) Als beratende Mitglieder können mitwirken:
 - 1. je ein Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Gewerkschaft der Polizei
 - 2. ein Vertreter des Personalrates der Behörde oder Dienststelle, die die Prüfung durchführt, oder des Hauptpersonalrates der Polizei und
 - 3. ein von der Lehrgangsvertretung entsandtes Mitglied, das nicht Prüfungsteilnehmer ist.
- Die beratenden Mitglieder sollen die Befähigung für die von den Teilnehmern angestrebte Laufbahn oder Verwendung besitzen.

§ 4 Prüfungsverfahren

(1) Aus den Teilnehmern werden Prüfungsgruppen gebildet. Eine Prüfungsgruppe soll nicht mehr als eine Lehrgangsklasse umfassen.

(2) Die Prüfungen sind nicht öffentlich. Die Teilnehmer einer anderen Prüfungsgruppe können als Zuhörer anwesend sein. Weitere Zuhörer kann der Prüfungsausschuß nur zulassen, wenn kein Teilnehmer widerspricht. § 3 Abs. 1 Satz 3 bleibt unberührt.

(3) Der Vorsitzende kann jederzeit eingreifen, sowie anderen Mitgliedern des Prüfungsausschusses gestatten, Fragen zu stellen. Er gibt die Entscheidungen bekannt.

(4) Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder getroffen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(5) Die Art des Zustandekommens von Entscheidungen unterliegt der Schweigepflicht.

§ 5 Bewertung der Leistungen

(1) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse sind bei der Beurteilung der Leistungen unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

(2) Jede einzelne Prüfungsleistung wird gesondert bewertet. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden grundsätzlich von den zuständigen Fachlehrern beurteilt.

(3) Leistungsfeststellungen werden ausschließlich nach den objektiven Anforderungen der angestrebten Tätigkeit oder Verwendung getroffen. Maßgebend ist der Umfang der Kenntnisse, deren zutreffende und selbständige Anwendung sowie die Art der Darstellung.

(4) Bei Eignungsfeststellungen soll auch der Gesamteindruck der Persönlichkeit gewertet werden.

§ 6 Prüfungsniederschrift

(1) Über jede Sitzung des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift angefertigt.

(2) Sie enthält

1. Angaben über Art, Tag und Dauer der Prüfung
2. die Namen der Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie der nach § 3 Abs. 1 Satz 3 Anwesenden
3. die Namen der Prüfungsteilnehmer
4. den Prüfungsstoff
5. die vollständigen Notenlisten aller Teilnehmer.

(3) Die Niederschrift wird von den stimmberechtigten Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterschrieben.

§ 7 Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse

(1) Nach Abschluß der Prüfung wird jedem Teilnehmer das von ihm erzielte Ergebnis bekanntgegeben.

(2) Über das Ergebnis einer Eignungsprüfung wird ein schriftlicher Bescheid erteilt.

(3) Über eine bestandene Laufbahnprüfung erhält jeder Teilnehmer ein schriftliches Zeugnis. Nicht bewertete Fächer werden in dem Zeugnis vermerkt.

(4) Hat ein Beamter eine Laufbahnprüfung nicht bestanden oder ist er nicht zugelassen worden, so wird ihm ein mit Rechtsmittelbelehrung versehener Bescheid zugestellt.

B. Einzelne Prüfungen**I. Eignungsprüfungen****§ 8 Arten der Eignungsprüfungen**

(1) durch Eignungsprüfungen wird die allgemeine polizeiliche Eignung oder die besondere Eignung für bestimmte Laufbahngruppen oder Fachbereiche festgestellt.

(2) Allgemeine Eignungsprüfungen werden durchgeführt:

1. vor Einstellung in die uniformierte Vollzugspolizei
2. vor Einstellung in die Kriminalpolizei
3. vor Übernahme aus der uniformierten Vollzugspolizei in die Kriminalpolizei.

(3) Besondere Eignungsprüfungen werden durchgeführt:

1. vor Zulassung zu dem mit der II. Fachprüfung abschließenden Lehrgang für Bewerber ohne Oberstufenprüfung
2. vor Zulassung zu dem mit der III. Fachprüfung abschließenden Lehrgang
3. vor der Einstellung oder Übernahme in die Polizeikapelle.

(4) Vor Zulassung zur Oberstufe der Polizeifachschule kann eine besondere Eignungsprüfung durchgeführt werden.

§ 9 Prüfungsausschüsse

(1) Die Prüfungsausschüsse für die Eignungsprüfungen werden vom Minister des Innern berufen. In ihnen können, je nach Prüfungszweck, Beamte der Behörden oder Dienststellen, die für die Ausbildung oder voraussichtlich für die Einstellung zuständig sind, sowie ein Lehrer der Polizeifachschule vertreten sein. Der Psychologe der hessischen Polizei soll bei jeder Eignungsprüfung mitwirken; er ist stimmberechtigtes Mitglied.

(2) Die allgemeinen Eignungsprüfungen vor Übernahme aus der uniformierten Vollzugspolizei in die Kriminalpolizei werden von den jeweils übernehmenden Behörden abgehalten.

(3) Die besonderen Eignungsprüfungen vor Zulassung zu dem mit der III. Fachprüfung abschließenden Lehrgang werden vom Minister des Innern durchgeführt. Den Vorsitz in diesem Prüfungsausschuß kann der Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ führen.

§ 10 Prüfungsverfahren

(1) Jede Eignungsprüfung umfaßt eine psychologische Eignungsuntersuchung. Prüfungen der körperlichen Leistungsfähigkeit sowie Feststellungen der besonderen fachlichen Eignung können sich anschließen.

(2) Die psychologische Eignungsuntersuchung dient der Feststellung der für die angestrebte Tätigkeit oder Verwendung bedeutsamen Persönlichkeitsmerkmale. Das Ergebnis soll Eignungskriterien im Bereich der Fähigkeiten und Leistungen, festgestellte Persönlichkeitseigenschaften sowie die ermittelten Normwerte enthalten (Befund).

(3) Die Prüfung der körperlichen Leistungsfähigkeit wird von einem mit der Sportausbildung vertrauten Beamten abgenommen. Beurteilungsgrundlage sind die sportlichen Durchschnittsleistungen der Polizeivollzugsbeamten entsprechender Altersgruppen.

(4) Die Feststellung der besonderen fachlichen Eignung wird von einem Polizeivollzugsbeamten des entsprechenden Fachbereiches durchgeführt. Maßstab für die Anforderungen sind die durchschnittlichen dienstlichen Erfordernisse.

§ 11 Feststellung der Eignung

(1) In der Abschlußkonferenz wird über das Ergebnis der Eignungsprüfung beraten.

(2) Ist für einzelne Teilnehmer noch keine eindeutige Entscheidung möglich, so können sich ergänzende Einzelgespräche dieser Teilnehmer mit Mitgliedern des Prüfungsausschusses anschließen. Darüber hinaus können weitere Entscheidungshilfen eingeholt werden.

(3) Der Prüfungsausschuß soll unter besonderer Berücksichtigung der in Anwendung psychologischer Erkenntnisse ermittelten Befunde entscheiden. Die Entscheidung lautet

geeignet
oder
nicht geeignet.

II. Leistungsstandfeststellungen**§ 12 Ziel und Durchführung der Leistungsstandfeststellungen**

(1) Durch Leistungsstandfeststellungen soll ermittelt werden, ob die Beamten nach Befähigung und fachlicher Leistung das Ziel eines Lehrganges oder Ausbildungsabschnittes hinreichend sicher erreichen können.

(2) Leistungsstandfeststellungen sollen nach Abschluß von Ausbildungsabschnitten mit mindestens viermonatiger Dauer getroffen werden.

(3) Der Leistungsstand wird in der Form einer Zwischenbeurteilung ohne Prüfung einzelner Teilnehmer durch eine Konferenz der jeweils unterrichtenden Beamten festgestellt. Beurteilungsgrundlage sind die in dem Ausbildungsabschnitt erbrachten Einzelleistungen in den im Anhang genannten Haupt- und Nebenfächern.

(4) Das Ergebnis wird den Beamten bekanntgegeben. Dabei wird auf etwaige Leistungsmängel hingewiesen.

(5) Beamte können während der Probezeit wegen festgestellter Leistungsmängel von der weiteren Teilnahme an dem Lehrgang oder Ausbildungsabschnitt ausgeschlossen werden.

III. Zwischenprüfungen

§ 13 Zweck und Verfahren der Zwischenprüfungen

(1) In Zwischenprüfungen sollen die Beamten nachweisen, daß sie die für die weitere Teilnahme an einem Lehrgang erforderlichen Kenntnisse besitzen.

(2) Zwischenprüfungen werden frühestens nach Ablauf der Hälfte der Lehrgangszeit abgehalten.

(3) Die Vorschriften über Abschlußprüfungen gelten entsprechend. Die in der Lehrgangsmittte geschriebenen Klassenarbeiten sind die schriftlichen Prüfungsarbeiten.

(4) Die Zwischenprüfungen während der Grundausbildung können nach den Bestimmungen über die Leistungsstandfeststellungen (§ 12 Abs. 3) durchgeführt werden.

IV. Abschlußprüfungen

§ 14 Zweck und Arten der Abschlußprüfungen

(1) Abschlußprüfungen dienen der Feststellung des in einem Lehrgang erworbenen Fachwissens. Die Beamten sollen nachweisen, daß sie die in den Lehr- oder Ausbildungsplänen festgelegten Kenntnisse und Fähigkeiten für die angestrebte dienstliche Verwendung besitzen.

(2) Es werden folgende Abschlußprüfungen durchgeführt:

1. polizeifachliche Abschlußprüfungen,
2. fachtechnische Abschlußprüfungen.

(3) Prüfungsfächer sind die im Anhang dieser Prüfungsordnung genannten Haupt- und Nebenfächer.

§ 15 Arten der polizeifachlichen Abschlußprüfungen

(1) Es werden folgende polizeifachliche Abschlußprüfungen durchgeführt:

1. die Abschlußprüfung der Grundausbildung,
2. die I. Fachprüfung,
3. die Kriminalfachprüfung,
4. die II. Fachprüfung für die uniformierte Vollzugspolizei bzw. die Kriminalpolizei,
5. die III. Fachprüfung für die uniformierte Vollzugspolizei bzw. die Kriminalpolizei.

(2) Die III. Fachprüfung wird von dem Polizeinstitut Hiltrup nach einer eigenen Prüfungsordnung durchgeführt.

§ 16 Arten der fachtechnischen Abschlußprüfungen

(1) Für Polizeivollzugsbeamte, die in die Wasserschutzpolizei oder vorläufig in den technischen Dienst (Fernmeldedienst, Kraftfahrdienst, waffentechnischer Dienst, luftfahrttechnischer Dienst) übernommen worden sind, werden fachtechnische Prüfungen abgehalten. In den besonders genannten Fällen (§ 17) werden sie abweichend von dieser Prüfungsordnung durchgeführt.

(2) Die II. Fachprüfung (TD) für Beamte des technischen Dienstes besteht aus einem polizeifachlichen und einem fachtechnischen Teil.

§ 17 Durchführung fachtechnischer Prüfungen

(1) Die fachtechnischen Prüfungen für die Wasserschutzpolizei werden von der Wasserschutzpolizeischule Hamburg nach der dortigen Prüfungsordnung abgehalten.

(2) Die fachtechnischen Prüfungen für den Kraftfahrdienst werden von der Hessischen Polizeischule

1. für Fahrlehrer nach der Prüfungsordnung für Fahrlehrer (z. Z. Anlage 1 zu § 1 der Durchführungsverordnung zum Fahrlehrergesetz vom 16. September 1969 — BGBl. I S. 1763 —),

2. für amtlich anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr der Polizei nach der Prüfungsordnung für amtlich anerkannte Sachverständige und amtlich anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr (z. Z. Anlage zu § 2 Abs. 1 Nr. 7 der Verordnung über amtlich anerkannte Sachverständige und amtlich anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr vom 10. November 1956 — BGBl. I S. 855 —)

abgehalten.

(3) Die fachtechnischen Prüfungen für den waffentechnischen Dienst werden von der Landespolizeischule für Technik und Verkehr in Essen nach einer Prüfungsanweisung abgehalten.

(4) Die fachtechnischen Prüfungen für den luftfahrttechnischen Dienst werden von dem Bundesgrenzschutz — Fliegergruppe Hangelar/Bonn — nach der Prüfungsordnung für Luftfahrtpersonal vom 5. April 1967 — BGBl. I S. 413 — abgehalten.

§ 18 Gliederung der Abschlußprüfungen

(1) Die Abschlußprüfungen bestehen in der Regel aus einem schriftlichen, einem praktischen und einem mündlichen Teil. Der mündliche Teil bildet den Abschluß.

(2) Bei den fachtechnischen Prüfungen können der praktische und der mündliche Teil zusammengefaßt werden.

§ 19 Bewertung der Leistungen

(1) Es werden folgende Prüfungsnoten erteilt:

sehr gut (1)

für eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht.

gut (2)

für eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht.

befriedigend (3)

für eine Leistung, die im allgemeinen den Anforderungen entspricht.

ausreichend (4)

für eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht.

mangelhaft (5)

für eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten.

ungenügend (6)

für eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

(2) Ergeben sich bei einer Berechnung Zwischenwerte, so wird bei Werten bis 0,50 die bessere Note, bei darüber hinausgehenden Werten die schlechtere Note erteilt.

§ 20 Schriftlicher Teil

(1) Jeder Beamte schreibt in vier der in dem Anhang genannten jeweiligen Fächer je eine Prüfungsarbeit. Für jede dieser Arbeiten stehen höchstens drei Stunden zur Verfügung. Beamte in Lehrgängen mit abschließender II. Fachprüfung schreiben fünf Prüfungsarbeiten, für die jeweils bis zu fünf Stunden zur Verfügung stehen.

(2) Die Arbeiten sollen an aufeinanderfolgenden Unterrichtstagen geschrieben werden. Die Gesamtdauer an einem Tag soll fünf volle Stunden nicht überschreiten.

(3) Die Fachlehrer reichen je Fach zwei dem Lehrstoff entnommene, den Beamten unbekannte Vorschläge ein. Sie müssen Angaben über die Bearbeitungszeit und die zulässigen Hilfsmittel enthalten. Die ausgewählten Aufgaben werden geheimgehalten und in verschlossenen Umschlägen verwahrt.

(4) Die Aufsicht bei der Anfertigung der Arbeiten soll ein Beamter des gehobenen Dienstes der Vollzugspolizei führen.

Er lost die Sitzplätze aus und gibt die Aufgabe, die Bearbeitungszeit sowie die zulässigen Hilfsmittel bekannt. Er fertigt eine Sitzliste an.

(5) Der Aufsichtsführende weist rechtzeitig auf das Ende der Bearbeitungszeit hin und sammelt nach deren Ablauf die mit Kennziffern versehenen Arbeiten sowie die Entwürfe und sonstigen Aufzeichnungen ein.

§ 21 Praktischer Teil

(1) In dem praktischen Teil der Prüfung soll die praktische Beherrschung des Lehrgangsstoffes durch die Beamten ermittelt werden.

(2) In den polizeifachlichen Abschlußprüfungen sollen je nach Lehrgang geprüft werden

1. Beamte der uniformierten Vollzugspolizei in den Fächern Polizeidienstkunde, Polizeiverwendung, Kriminalistik und Sport
2. Beamte der Kriminalpolizei in den Fächern Kriminalistik und Sport

(3) Nur die Beamten sollen geprüft werden, bei denen die Berechnung der Lehrgangsnote in den genannten Fächern einen Zwischenwert ergeben hat.

§ 22 Vorkonferenz

(1) Vor der praktischen und mündlichen Prüfung findet eine Konferenz des Prüfungsausschusses statt (Vorkonferenz). In dieser sollen die Notenlisten und die bewerteten Prüfungsarbeiten vorliegen.

(2) In der Vorkonferenz wird entschieden

1. über die abschließende Beurteilung der besonders genannten Prüfungsarbeiten sowie darüber
2. welche Beamte in welchen Fächern geprüft werden und
3. welche Beamte nicht zur Prüfung zugelassen werden.

(3) Sind Arbeiten schlechter als „ausreichend“ bewertet worden, so werden sie von einem weiteren Fachlehrer beurteilt. Bei unterschiedlichen Wertungen entscheidet der Prüfungsausschuß.

(4) Im mündlichen Teil der Prüfung sollen insbesondere die Beamten geprüft werden, deren Lehrgangs- und schriftliche Prüfungsleistungen in einem Fach wenigstens um eine Note voneinander abweichen.

(5) Beamte werden nicht zur mündlichen Prüfung zugelassen, wenn sie nach ihren Lehrgangs- und bisherigen Prüfungsleistungen die Prüfung nicht bestehen können (§ 25 Abs. 4). Für nicht zugelassene Beamte gilt die Prüfung als nicht bestanden.

§ 23 Bekanntgabe der Noten, Antragsrechte

(1) Eine Woche vor der mündlichen Prüfung werden dem Beamten

1. seine bisherigen Prüfungsleistungen im Einzelgespräch bekanntgegeben
2. die jeweiligen Prüfungsfächer eröffnet, falls er mündlich geprüft werden soll
3. seine schriftlichen Prüfungsarbeiten unter Aufsicht zur Kenntnisnahme vorgelegt.

(2) Der Beamte kann beantragen

1. von der Bekanntgabe nach Abs. 1 abzusehen
2. in einem Fach seiner Wahl mündlich geprüft zu werden
3. von einer vorgesehenen mündlichen Prüfung abzusehen.

Die Anträge werden schriftlich gestellt. In den Fällen der Nr. 2 und 3 müssen sie spätestens 3 Tage vor der mündlichen Prüfung vorliegen.

§ 24 Mündlicher Teil

(1) Der mündliche Teil der Prüfung soll sich vorzugsweise auf die Hauptfächer erstrecken. Seine Gesamtdauer soll für jede Prüfungsgruppe fünf volle Stunden nicht überschreiten.

(2) Jedem Beamten wird für jede Aufgabe bis zu 30 Minuten Vorbereitungszeit gewährt, während der er sich in einem gesonderten Raum unter Aufsicht vorbereiten kann. Die zulässigen Hilfsmittel werden ihm zur Verfügung gestellt.

(3) Während der mündlichen Prüfung werden im Prüfungsraum alle Lehrgangs- und Prüfungsarbeiten zur Einsicht für den Prüfungsausschuß ausgelegt.

§ 25 Abschlußkonferenz

(1) In der auf die mündliche Prüfung folgenden Abschlußkonferenz wird die Note für die Prüfungsleistungen (Prüfungsnote) und die Fachnote beschlossen. Der zuständige Fachlehrer schlägt die Prüfungsnote vor.

(2) Die Fachnote wird je zur Hälfte aus der Lehrgangsnote und der Prüfungsnote gebildet. In Zweifelsfällen gibt die Lehrgangsnote den Ausschlag. In Fächern, in denen ein Beamter nicht geprüft wurde, ist die Lehrgangsnote Fachnote.

(3) Die Gesamtnote wird aus dem arithmetischen Mittel der Fachnoten gebildet. Die Gesamtnote „sehr gut“, „gut“ oder „befriedigend“ kann nur erteilt werden, wenn mehr als die Hälfte der Hauptfächer mit der entsprechenden Fachnote bewertet wurde.

(4) Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn

1. die Gesamtnote schlechter als „ausreichend“ ist oder
2. in einem Hauptfach oder zwei Nebenfächern die Fachnote „ungenügend“ oder
3. in mehr als einem Hauptfach die Fachnote „mangelhaft“ oder
4. in einem Hauptfach und mehr als einem Nebenfach oder in drei Nebenfächern die Fachnote „mangelhaft“ erteilt wurde.

C. Schlußbestimmungen

§ 26 Versäumnis, Verhinderung

(1) Eine Laufbahnprüfung wird unabhängig von den Noten für nicht bestanden erklärt, wenn ein Beamter unentschuldig

1. von der Prüfung zurücktritt
2. mehr als einen Termin zur Anfertigung einer Prüfungsarbeit oder
3. den Termin der praktischen oder mündlichen Prüfung versäumt.

(2) Ist ein Beamter durch Krankheit oder andere, von ihm nicht zu vertretende Umstände verhindert, an der Prüfung oder einem Teil der Prüfung teilzunehmen, so kann er die Prüfung ganz oder teilweise nachholen. Bereits erbrachte Teileleistungen können anerkannt werden.

(3) Kann ein Beamter das Prüfungsverfahren innerhalb einer angemessenen Frist nicht beenden, so kann das Verfahren auf Antrag oder von Amts wegen abgebrochen werden. Die Prüfung gilt dann als nicht unternommen.

§ 27 Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsarbeit, bei deren Anfertigung ein Beamter täuscht, zu täuschen versucht oder erheblich gegen die Ordnung verstößt, kann als nicht geschrieben erklärt werden. Im Wiederholungsfall oder bei besonders schweren Verstößen kann der Beamte von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. Je nach Art der Verfehlungen kann die Wiederholung einzelner Prüfungsarbeiten angeordnet oder die Prüfung für nicht bestanden erklärt werden.

(2) Vor den Entscheidungen nach §§ 26 und 27 werden die Betroffenen gehört. Verlauf und Ergebnis der Anhörung sowie der anschließenden Beratung werden in einer Niederschrift festgehalten.

§ 28 Wiederholung der Prüfung

(1) Die Wiederholung einer nicht bestanden Prüfung soll binnen zwei Jahren nach Abschluß des ersten Prüfungsverfahrens begonnen werden. In der Regel werden die Prüfung sowie der vorangehende Lehrgang vollständig wiederholt.

(2) Soll nur ein Teil des Lehrganges oder der Prüfung wiederholt werden, so können dem Beamten Auflagen gemacht und eine von Abs. 1 abweichende Frist bestimmt werden.

(3) Die Abs. 1 und 2 gelten in den Fällen des § 12 Abs. 5 entsprechend.

§ 29 Aufhebung von Vorschriften

(1) Die Prüfungsordnung der Hessischen Polizeischule vom 26. August 1955 (StAnz. S. 995) und die dazu ergangenen Erlasse sind aufgehoben.

(2) Prüfungen, die vor Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung begonnen haben, werden nach den bisherigen Vorschriften abgeschlossen.

§ 30 Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt am 2. Mai 1971 in Kraft.

Wiesbaden, 24. 3. 1971 **Der Hessische Minister des Innern**
 III B 5 — 8 e 10 03
 gez. Bielefeld
 StAnz. 16/1971 S. 674

*

Anhang

zur Prüfungsordnung für die hessische Vollzugspolizei
 (Pol-PrüfO) vom 24. März 1971
 (HMDI — III B 5 — 8 e 10 03)

Fächer nach § 12 Abs. 3

**Leistungsstandfeststellungen während der weiteren
 polizeilichen Ausbildung**

1. **Hauptfächer**
 Allgemeines Polizeirecht
 Besonderes Polizeirecht
 Polizeidienstkunde
 Prozeßrecht
 Strafrecht
 Verkehrskunde
 Sport
 Schießausbildung

2. **Nebenfächer**
 Beamtenrecht
 Polizeiverwendung
 Waffenkunde

Prüfungsfächer nach § 14 Abs. 3**A. Polizeifachliche Abschlußprüfungen****I. Grundausbildung**

1. **Hauptfächer**
 Allgemeines Polizeirecht
 Polizeidienstkunde
 Prozeßrecht
 Strafrecht
 Verkehrsrecht
 Schießausbildung
 Sport (einschl. Schwimmen)
2. **Nebenfächer**
 Beamtenrecht
 Besonders Polizeirecht
 Polizeiverwendung
 Waffenkunde (einschl. Schießlehre)

II. A) I. Fachprüfung

1. **Hauptfächer**
 Allgemeines Polizeirecht
 Besonderes Polizeirecht
 Polizeidienstkunde
 Prozeßrecht
 Staatsbürgerliche Bildung*)
 Strafrecht
 Verkehrskunde
 Kriminalistik
2. **Nebenfächer**
 Beamtenrecht
 Bürgerliches Recht
 Gewerberecht
 Sport

II. B) Kriminalfachprüfung

1. **Hauptfächer**
 Kriminalistik
 Kriminaldienstkunde
 Kriminologie
 Polizeirecht
 Prozeßrecht
 Strafrecht
 Staatsbürgerliche Bildung**)
2. **Nebenfächer**
 Beamtenrecht
 Bürgerliches Recht
 Sport

**III. A) II. Fachprüfung
(uniformierte Polizei)**

1. **Hauptfächer**
 Allgemeines Polizeirecht
 Besonderes Polizeirecht
 Beamtenrecht
 Polizeiverwendung
 Prozeßrecht
 Strafrecht
 Verkehrskunde
2. **Nebenfächer**
 Bürgerliches Recht
 Gewerberecht
 Kriminalistik

**III. B) II. Fachprüfung
(Kriminalpolizei)**

1. **Hauptfächer**
 Beamtenrecht
 Kriminalistik
 Kriminaldienstkunde
 Kriminologie
 Polizeirecht
 Prozeßrecht
 Strafrecht
2. **Nebenfächer**
 Bürgerliches Recht
 Polizeiverwendung

B. Fachtechnische Abschlußprüfungen**I. Fernmeldebetriebsdienst**

1. **Hauptfächer**
 Organisation des Fernmeldedienstes
 und Einsatz der Fernmeldemittel
 Elektrotechnik
 Funkbetriebsdienst
 Funktechnik und Gerätelehre
 Fernsprechbetriebsdienst
 Fernsprechtechnik und Gerätelehre
 Fernschreibbetriebsdienst
 Fernschreibtechnik und Gerätelehre
2. **Nebenfächer**
 Fernmelderecht
3. **Nicht bewertete Fächer**
 Hören und Geben
 FS-Maschinenschreiben
 Fernmeldeübungen
 Sport

II. Fernmeldemechanikerdienst

1. **Hauptfächer**
 Elektrotechnik
 Meßtechnik

*) Nur für lebensältere Beamte der uniformierten Vollzugspolizei.

**) Nur für Beamte der Kriminalpolizei, die nicht aus der uniformierten Polizei übernommen worden sind.

Funktechnik und Gerätelehre
Fernschreibtechnik und Gerätelehre
Fernsprechtechnik und Gerätelehre
Werkstattkunde und prakt. Arbeiten

2. Nebenfächer
Organisation des Fernmeldedienstes
Fernmelderecht und Verwaltungskunde
3. Nicht bewertetes Fach
Sport

III. Technische Hilfssachbearbeiter

1. Hauptfächer
Verwaltung des techn. Geräts
Haushaltsrecht
Straßenverkehrsrecht
Kraftfahrzeugbau
Elektrotechnik
Fernmelderecht und Fernmeldegerätelehre
Waffen-, Munitions- und Gerätewesen
2. Nebenfächer
Werkstoffkunde
Gerätelehre für Kraftfahrzeuge
und Fototechnik
Schriftverkehr
3. Nicht bewertetes Fach
Sport

IV. II. Fachprüfung (TD)

A. Polizeifachlicher Teil

1. Hauptfächer
Allgemeines Polizeirecht
Beamten- und Arbeitsrecht
Haushalts- und Verwaltungsrecht
Polizeiverwendung
Prozeßrecht
Strafrecht
Verkehrskunde
2. Nebenfächer
Besonderes Polizeirecht
Bürgerliches Recht
Gewerberecht
Kriminalistik

B. Fernmeldetechnischer Teil

1. Hauptfächer
Organisation des Fernmeldedienstes
und Einsatz der Fernmeldemittel
Fernmelderecht
Elektrotechnik
Funktechnik und Gerätelehre
Fernschreibtechnik und Gerätelehre
Fernsprechtechnik und Gerätelehre
Funkbetriebsdienst
Fernschreibbetriebsdienst
Fernsprechbetriebsdienst
 2. Nicht bewertetes Fach
Fernmeldeübungen
- oder

B. Kraftfahrtechnischer Teil

1. Hauptfächer
Straßenverkehrsrecht
Kraftfahrzeugbau
Kraftfahrzeug-Elektrotechnik
Kraftfahrzeugbetrieb
Werkstoffkunde
Kraftfahrzeuggerätelehre
Fahren
2. Nicht bewertetes Fach
Pädagogik

671

Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG);

- hier: a) Vermögenswirksame Leistungen
b) Verdienstausfallentschädigung bei Urlaub für Wehrübungen

a) Vermögenswirksame Leistungen

Das Dritte Vermögensbildungsgesetz sowie die steigende Zahl von Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen berühren in starkem Maße auch die Gewährung von Sonderleistungen nach § 7 Abs. 2 Nr. 6 d USG. Zu den Fragen, die sich hierzu bei der Durchführung des USG ergeben, hat der Bundesminister der Verteidigung wie folgt Stellung genommen:

- „1. Hat ein Grundwehrdienstleistender einen Sparvertrag mit vermögenswirksamen Leistungen bedient, sind die Beiträge unter den Voraussetzungen des § 7 Abs. 2 Nr. 6 d USG auch dann zu erstatten, wenn diese bis zur Einberufung vom Arbeitgeber erbracht worden sind (vgl. auch Hinweis 50 a Abs. 2 n. F.).
2. Erfüllt ein vermögenswirksamer Sparvertrag eines Grundwehrdienstleistenden die Voraussetzungen des § 7 Abs. 2 Nr. 6 d USG (12-Monats-Frist, 15-v.-H.-Grenze) nicht, können die Beiträge für diesen Vertrag auch nicht im Wege des Härteausgleichs nach § 23 USG erstattet werden. Es würde über die Zweckbestimmung dieser Vorschrift hinausgehen, wenn bei der Erstattung der Beiträge für vermögenswirksame Sparverträge allgemein auf die Anspruchsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 Nr. 6 d USG verzichtet würde.
3. Vermögenswirksame Leistungen, die vom Arbeitgeber zusätzlich zum Arbeitsentgelt gewährt werden, sind in die Bemessungsgrundlage (§ 10 USG) einzubeziehen (vgl. Hinweis 67 b Abs. 1 n. F.).
4. Die nach dem Dritten Vermögensbildungsgesetz ab 1. 1. 1971 zu gewährende Arbeitnehmersparzulage ist kein Bestandteil des Lohnes oder Gehaltes (§ 12 VermBG). Sie kann daher auch bei der Festsetzung der Bemessungsgrundlage (§ 10 USG) nicht berücksichtigt werden (vgl. auch Hinweis 67 b Abs. 2 n. F.). Ein Härteausgleich für eine während des Wehrdienstes entfallende Arbeitnehmersparzulage kommt aus den unter 2. genannten Gründen ebenfalls nicht in Betracht.
5. Nach den einschlägigen Bestimmungen wird die Gewährung einer vermögenswirksamen Leistung z. T. davon abhängig gemacht, daß der Arbeitnehmer für eine bestimmte Zeit Arbeitsentgelt erhalten hat. Vermindert sich für einen Wehrübenden auf Grund einer solchen Bestimmung der Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen, kann dieser Nachteil nicht im Wege des Härteausgleichs (§ 23 USG) ausgeglichen werden.“

b) Verdienstausfallentschädigung bei Urlaub für Wehrübungen

Zu der Frage, wie hinsichtlich der Gewährung der Verdienstausfallentschädigung zu verfahren ist, wenn der Wehrübende mit seinem Arbeitgeber für die Zeit der Wehrübung die Gewährung von Erholungs- oder Sonderurlaub vereinbart hat und das Arbeitsentgelt für die Zeit der Wehrübung weitergewährt wird, hat der Bundesminister der Verteidigung wie folgt Stellung genommen:

„Für die Zeit einer Wehrübung kann Erholungsurlaub oder Sonderurlaub nicht gewährt werden. Eine Urlaubsgewährung ist rechtlich nicht möglich, da nach der zwingenden Vorschrift des § 1 Abs. 1 Arbeitsplatzschutzgesetz (ASG) das Arbeitsverhältnis für die Zeit des Wehrdienstes ruht. Zählt der Arbeitgeber für die Zeit dieses „Urlaubs“ Arbeitsentgelt, handelt es sich um eine Leistung, die bei der Festsetzung der Verdienstausfallentschädigung als Einkommen zu berücksichtigen ist. Insoweit entsteht dem Wehrübenden kein Verdienstausfall infolge des Wehrdienstes (§ 13 USG).

Die Gewährung des Mindestbetrages der Verdienstausschüttung bleibt unberührt.

Die Hinweise werden zu gegebener Zeit entsprechend ergänzt."

Ich bitte, entsprechend zu verfahren.

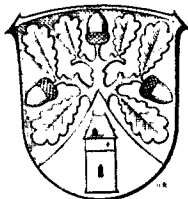
Wiesbaden, 23. 3. 1971

Der Hessische Minister des Innern
I B 42 — 95 b — 04-01 — 3/71
StAnz. 16/1971 S. 679

672

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Erda, Landkreis Wetzlar

Der Gemeinde Erda im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



Erda

„In Gold aus einer aufsteigenden geschweiften roten Spitze mit goldenem Kirchturm wachsend ein belaubter blauer Eichenast mit drei blauen Eicheln.“

Wiesbaden, 31. 3. 1971

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 33/71
StAnz. 16/1971 S. 680

673

Gemeindegebietsreform:

hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden

Die Hessische Landesregierung hat am 17. März 1971 beschlossen:

„Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 und § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. April 1971 die Gemeinden Ravalzhausen und Rüdighelm im Landkreis Hanau zu einer Gemeinde mit dem Namen

„Neuberg“
zusammengeschlossen.“

Die Hessische Landesregierung hat am 23. März 1971 beschlossen:

1. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. April 1971 die Gemeinde Hailer in die Kreisstadt Gelnhausen im Landkreis Gelnhausen eingegliedert.“
2. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 und § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. April 1971 die Gemeinden Allertshofen und Hoxhohl im Landkreis Darmstadt zu einer Gemeinde mit dem Namen
„Modautal“
zusammengeschlossen.“
3. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. April 1971 die Gemeinde Holzhausen/Eder in die Stadt Hatzfeld im Landkreis Frankenberg eingegliedert.“

4. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. April 1971 die Gemeinde Rennertshausen in die Gemeinde Allendorf/Eder im Landkreis Frankenberg eingegliedert.“

Die Hessische Landesregierung hat am 29. März 1971 beschlossen:

1. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. April 1971 die Gemeinde Mörshausen in die Stadt Spangenberg im Landkreis Melsungen eingegliedert.“
2. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. April 1971 die Gemeinde Stockheim in die Stadt Michelstadt im Landkreis Erbach eingegliedert.“
3. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. April 1971 die Gemeinde Aufenau in die Stadt Wächtersbach im Landkreis Gelnhausen eingegliedert.“

Wiesbaden, 31. 3. 1971

Der Hessische Minister des Innern
IV A 11 — 3 k 08 05
StAnz. 16/1971 S. 680

674

An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt und Kassel

An den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —

6 Frankfurt (Main)

An den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
— Bauaufsichtsbehörde —

62 Wiesbaden

Richtlinien über Anlage, Bau und Einrichtung von Schulen (Schulhausrichtlinien — SHR —)

Bezug: Meine Erlasse vom 14. 11. 1966 (StAnz. 1967 S. 7, ber. S. 498 und 578), vom 17. 8. 1967 (StAnz. S. 1142) und vom 15. 1. 1968 (StAnz. S. 181)

Nr. 3.8.5 der Schulhaus-Richtlinien vom 14. 11. 1966 ging auf die seinerzeit bestehenden Technischen Richtlinien für die Einrichtung und Unterhaltung von Flüssiggasanlagen in Gebäuden und Grundstücken — TRF 1954 — (DVGW-AFWL) zurück.

Da die TRF 1954 nicht als Technische Baubestimmung eingeführt waren, konnte nicht auf sie verwiesen werden; stattdessen waren entsprechende Forderungen an Flüssiggasbehälter im einzelnen — im vorliegenden Falle für Schulen — zu erheben.

Inzwischen sind an die Stelle der TRF 1954 die Technischen Regeln Flüssiggas — TRF 1969 — getreten und am 17. 2. 1971 als Technische Baubestimmung eingeführt worden. Nr. 3.8.5 der Schulhausrichtlinien erhält daher folgende Fassung:

„3.8.5 Flüssiggasbehälter müssen entsprechend den Nrn. 3.2 (ortsbeweglich) und 4.4 (ortsfest) der Technischen Regeln Flüssiggas — TRF 1969 — aufgestellt sein.“

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 22. 3. 1971

Der Hessische Minister des Innern
VA1 VA4 — 64 c 20 — 17 71
StAnz. 16/1971 S. 680

675

Bindung der Bebauungspläne an den Flächennutzungsplan § 8 Abs. 2 Satz 1 BBauG

1. Nach § 8 Abs. 2 Satz 1 BBauG sind die Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln.

Hieraus ergibt sich, daß der Flächennutzungsplan vor dem Bebauungsplan aufgestellt sein muß. Das Vorliegen eines gültigen Flächennutzungsplanes ist nur dann als Voraussetzung für die Aufstellung des Bebauungsplanes entbehrlich, wenn ein Flächennutzungsplan für die Gemeinde nach § 2 Abs. 2 BBauG nicht erforderlich ist, d. h., wenn der Bebauungsplan ausreicht, um die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde zu ordnen, (§ 8 Abs. 2 Satz 2 BBauG) oder wenn zwingende Gründe erfordern, den Bebauungsplan vor dem Flächennutzungsplan aufzustellen (§ 8 Abs. 2 Satz 3 BBauG).

§ 8 Abs. 2 Satz 1 BBauG bewirkt aber auch eine Bindung der Gemeinde an ihre vorbereitende Planung (Hess. VGH, Beschl. vom 13. 12. 1968 — HessVGRspr. 1969 S. 35). Daher müssen sich die Bebauungspläne in die Darstellungen des Flächennutzungsplanes einfügen. Obgleich der Flächennutzungsplan die beabsichtigte Art der Bodennutzung nur in den Grundzügen darstellt, darf nach Auffassung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes der Bebauungsplan von seinen Darstellungen nur unwesentlich abweichen. Je genauer der Flächennutzungsplan ist, je mehr Einzelheiten in ihm dargestellt werden, desto enger sind auch die Grenzen, innerhalb deren sich die Gemeinde mit den Festsetzungen des Bebauungsplanes bewegen kann (Fickert-Fieseler, Baunutzungsverordnung, § 1 Nr. 20; Hess. VGH, Beschl. vom 3. 6. 1970 — IV 119/68).

Als unwesentliche Abweichung sind in der Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes (Beschlüsse vom 12. 7. 1968 — Gemeindegtag 1969 S. 83 — und vom 3. 6. 1970) geringfügige Änderungen der Grenzen und der Größe der Baugebiete und Grünflächen (vgl. auch Grauvogel, Kohlhammer — Kommentar zum Bundesbaugesetz, § 8 Anm. II, Nr. 1 b, aa) und unerhebliche Verschiebungen öffentlicher Grünflächen (vgl. auch Ernst-Zinkahn-Bielenberg, Kommentar zum Bundesbaugesetz, § 8 Randnr. 5) angesehen worden. Wesentliche Abweichungen liegen dagegen nach seiner Rechtsprechung vor, wenn Baugebiete in Bereichen festgesetzt werden, für die im Flächennutzungsplan eine andere Nutzung, z. B. land- oder forstwirtschaftliche Nutzung, vorgesehen ist oder wenn allgemeine Wohngebiete an Stelle dargestellter reiner Wohngebiete oder Mischgebiete an Stelle dargestellter allgemeiner Wohngebiete (Beschl. vom 3. 6. 1970) festgesetzt werden.

2. Folge des Verstoßes gegen § 8 Abs. 2 Satz 1 BBauG ist die Ungültigkeit der abweichenden Festsetzungen und, sind diese für den Bebauungsplan wesentlich oder machen sie einen erheblichen Teil seiner Festsetzungen aus, die Ungültigkeit des Bebauungsplanes (Hess. VGH, Beschl. vom 18. 7. 1969 — IV N 5/68). Um dies zu vermeiden, muß der Flächennutzungsplan vor Aufstellung von Bebauungsplänen, in denen von seinen Darstellungen nicht nur unwesentlich abgewichen werden soll, entsprechend den beabsichtigten Festsetzungen unter Einhaltung des Verfahrens nach den §§ 2 und 6 BBauG geändert werden.

Nach meiner Auffassung können die beiden Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes und zur Aufstellung des Bebauungsplanes parallel nebeneinander hergeführt

werden (so offenbar auch Ernst-Zinkahn-Bielenberg, § 8 BBauG Randnr. 8). Jedoch muß mindestens der Satzungsbeschluß nach § 10 BBauG zeitlich nach dem abschließenden Beschluß der Gemeindevertretung über die Änderung des Flächennutzungsplanes (nach Prüfung der Bedenken und Anregungen) gefaßt und der Bebauungsplan zeitlich nach der Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplanes von der höheren Verwaltungsbehörde genehmigt werden. Auch die Bekanntmachung der Genehmigung und der Auslegung des Bebauungsplanes nach § 12 BBauG sollte zeitlich der Bekanntmachung der Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplanes nach § 6 Abs. 6 BBauG folgen, mit dem diese erst wirksam wird. Höchststrichterliche Rechtsprechung zur Zulässigkeit der Parallelführung der Verfahren liegt mir nicht vor.

Die Ungültigkeit eines gegen § 8 Abs. 2 Satz 1 BBauG verstoßenden Bebauungsplanes wird nicht durch nachträgliche Änderung des Flächennutzungsplanes geheilt. Vielmehr muß das Bebauungsplanverfahren mindestens ab Satzungsbeschluß nach Beschlußfassung über die Änderung des Flächennutzungsplanes wiederholt werden, wobei die oben dargestellte zeitliche Reihenfolge zu beachten ist.

3. Geben die bestehenden Flächennutzungspläne, zu denen nach § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 20. Juni 1960 (GVBl. S. 86), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Juli 1970 (GVBl. I S. 451), auch die Flächennutzungs- und Generalbebauungspläne nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 2 des hess. Aufbaugesetzes vom 25. Oktober 1948 (GVBl. S. 139) gehören, nicht mehr die künftige Entwicklung der Gemeinde wieder (z. B. wegen Funktionszuwachses, Funktionswandlung oder Gemeindeneugliederung) so wird ihre Änderung, um abweichende Bebauungspläne aufstellen zu können, nicht ausreichen und auch nicht zweckdienlich sein. Solche ihrem Inhalt nach überholten, aber formell noch gültigen Flächennutzungspläne sollten vielmehr durch neue, den derzeitigen Entwicklungszielen entsprechende Flächennutzungspläne ersetzt werden. Können neue Flächennutzungspläne nicht kurzfristig erarbeitet werden, so ist es ratsam, die von den bestehenden Flächennutzungsplänen ausgehende Bindung durch Aufhebung der Flächennutzungspläne zu beseitigen und damit die Möglichkeit zu eröffnen, dringende Bebauungspläne gemäß § 8 Abs. 2 Satz 3 BBauG aufstellen zu können. Die Aufhebung ist nach § 2 Abs. 7 BBauG dem gleichen Verfahren unterworfen wie die Aufstellung.

4. § 8 Abs. 2 Satz 3 BBauG kommt nur zum Zuge, wenn kein gültiger Flächennutzungsplan besteht. Seine entsprechende Anwendung bei beabsichtigter Änderung oder Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ist wegen der durch den bestehenden Flächennutzungsplan bewirkten Selbstbindung der Gemeinde nicht möglich.

5. Zu den Bauleitplänen des hess. Aufbaugesetzes, die nach § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes als Flächennutzungspläne im Sinne des § 5 BBauG fortgelten, zählen auch die Flächennutzungs- und Generalbebauungspläne, die nach § 8 Abs. 2 Aufbaugesetz bis zum 31. 12. 1949 in vorläufiger Darstellung aufgestellt wurden. Sie sind nur dann nicht gültig, wenn ihre Darstellungen der Eindeutigkeit oder Bestimmtheit in einem Maß ermangeln, das sie von Anfang an als unwirksam erscheinen läßt.

Wiesbaden, 12. 3. 1971

Der Hessische Minister des Innern

V A 4 — 61 d 04/01 — 49/71

StAnz. 16/1971 S. 681

676

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**Verlust eines Dienstausweises**

Der vom Hessischen Straßenbauamt Kassel am 31. 1. 1968 ausgestellte Dienstausweis Nr. III/224 des bei dem Hess. Straßenbauamt Kassel beschäftigten Verwalters des Gerätehofes Werner Feldner, geb. am 12. 10. 1933, wohnhaft in

Oberweser, Krs. Hofgeismar, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 25. 3. 1971

Hessisches Landesamt für Straßenbau

1121 — 7 c — 24

StAnz. 16/1971 S. 681

677

Der Hessische Sozialminister

An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt — Kassel

Erleichterung des Umtausches der Versicherungskarten und beschleunigte Vergabe von Versicherungsnummern;

hier: Entwurf einer Verordnung nach § 1414 a Abs. 2 RVO (§ 136 a Abs. 2 AVG)

Nach § 1412 Abs. 1 RVO (§ 134 Abs. 1 AVG) ist die Versicherungskarte bei der Ausgabestelle in eine neue Versicherungskarte umzutauschen, wenn die für die Entgeltsbescheinigungen oder Beitragsmarken vorgesehenen Felder gefüllt sind; sie soll spätestens binnen drei Jahren nach dem Tage der Ausstellung umgetauscht werden.

Voraussichtlich vom 1. Januar 1973 an werden in der gesetzlichen Rentenversicherung die bisherigen gebräuchlichen Versicherungskarten durch maschinell lesbare Versicherungskarten in Scheckformat ersetzt werden (vgl. § 1401 Abs. 3 a RVO, § 123 Abs. 3 a AVG). In diesen Karten werden der Name des Versicherten und die Versicherungsnummer bereits vorgedruckt sein. Für die Arbeitgeber bleibt dann nur noch die Einfügung der Entgelte, der Betriebsnummer und der Berufsangabe nebst Firmenstempel und Anschrift.

Spätestens bis zu dem angegebenen Zeitpunkt müssen daher die Versicherungsanstalten für alle Pflichtversicherten Versicherungsnummern vergeben und maschinelle Versicherungskonten eröffnen, die alle alten und neuen Versicherungsdaten aufnehmen sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, den Umtausch der in Gebrauch befindlichen Versicherungskarten der Pflichtversicherten zu erleichtern. Es wird davon ausgegangen, daß bis Ende 1972 etwa 10 Millionen Versicherungsnummern an Pflichtversicherte vergeben werden müssen.

Um bei der Abwicklung des Verfahrens Engpässe bei den Umtauschstellen zu vermeiden, hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung den Entwurf einer Verordnung über den vorzeitigen Umtausch von Versicherungskarten erstellt, die demnächst in Kraft treten wird. Ich bitte, von dem Inhalt des nachstehend abgedruckten VO-Entwurfs Kenntnis zu nehmen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die eine gleichmäßige Abwicklung des beabsichtigten Verfahrens sicherstellen.

Im übrigen bitte ich die Ausgabestellen, schon jetzt unabhängig von der Anzahl der Eintragungen auf der Versicherungskarte einen Grund für den Umtausch nach § 12 Abs. 1 Nr. 5 VVA auch dann anzunehmen, wenn die Versicherungskarten zum Zwecke der Vergabe einer Versicherungsnummer oder auf Grund des Aufrufs der Versicherungsträger an rentennahe Jahrgänge vorgelegt werden.

Ich bitte die Landesverbände, die angeschlossenen Mitgliedschaften entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 23. 3. 1971

Der Hessische Sozialminister
StS — I B 54 f 560.64 — 440/71
StAnz. 16/1971 S. 682

*

Verordnung über den vorzeitigen Umtausch von Versicherungskarten

Auf Grund des § 1414 a Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 136 a Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Alle Versicherungskarten ohne Versicherungsnummer sind bis spätestens 30. Juni 1972 umzutauschen (§ 1412 der Reichsversicherungsordnung, § 134 des Angestelltenversicherungsgesetzes), soweit sich nicht aus den nachfolgenden Vorschriften etwas anderes ergibt. Die im Jahre 1972 umgetauschten Versicherungskarten sollen mindestens die Entgeltsbescheinigungen für das Jahr 1971 enthalten. Zugleich mit dem Umtausch der Versicherungskarte ist ein Antrag auf Vergabe einer Versicherungsnummer (Anlage 2 oder 3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Versicherungsnummern in den ge-

setzlichen Rentenversicherungen vom 27. Dezember 1967, BAnz. Nr. 244 vom 30. Dezember 1967) zu stellen. Die Pflichten nach den Sätzen 1 bis 3 gelten sowohl für Arbeitgeber wie für Versicherte.

§ 2

Arbeitgeber und Versicherte haben auch vor dem 30. Juni 1972 nach Aufforderung durch den Versicherungsträger Versicherungskarten ohne Versicherungsnummer zum Umtausch vorzulegen und einen Antrag auf Vergabe einer Versicherungsnummer zu stellen.

§ 3

(1) Der Umtausch der Versicherungskarten nach den §§ 1 und 2 kann ohne Aufrechnung erfolgen. Findet keine Aufrechnung statt, so ist dem Versicherten eine Ablichtung der umgetauschten Versicherungskarte auszuhändigen. Ablichtungen können durch Arbeitgeber und für Arbeitslose durch die Arbeitsämter hergestellt werden; Versicherungsträger und Ausgabestellen sind zum Ablichten verpflichtet. Sofern die Ablichtung der Vorder- und Rückseite der Versicherungskarte nicht auf einem Blatt erfolgt, sind die Blätter unmittelbar nach der Ablichtung zu heften. Auf die Ablichtung, bei zwei Blättern auf jedes Blatt, und auf die Versicherungskarte ist der Vermerk „Umtausch 1971 1972“ und der Firmen- oder Behördenstempel zu setzen.

(2) Für jede Ablichtung ist auf Antrag eine Unkostenpauschale von 1,20 Deutsche Mark vom Versicherungsträger zu erstatten.

(3) Arbeitgeber haben die umzutauschenden Versicherungskarten in einem Sammelnachweis zu erfassen, aus dem sich die Gesamtzahl der umgetauschten Versicherungskarten und die Namen der Versicherten ergeben. Eine Durchschrift der Sammelnachweisung hat der Arbeitgeber drei Jahre aufzubewahren. Der Arbeitgeber hat die umzutauschenden Versicherungskarten mit der Sammelnachweisung und den Anträgen auf Vergabe einer Versicherungsnummer dem Versicherungsträger oder einer Ausgabestelle zu übersenden. In diesem Fall hat er die Angaben des Versicherten im Antrag auf Vergabe einer Versicherungsnummer zu prüfen und die Prüfung zu bescheinigen.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 5 § 2 des Dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 956) auch im Land Berlin.

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft; sie tritt am 31. Dezember 1972 außer Kraft.

678

Gebührenfreiheit bei Prüfungen aller Berufe des Gesundheitswesens

Die Gesundheitsministerkonferenz vom 15./16. Oktober 1970 hat sich für eine Gebührenfreiheit bei Prüfungen im Bereich der Berufe des Gesundheitswesens ausgesprochen. Die Finanzministerkonferenz hat dem am 20. November zugestimmt.

Soweit früher bundesrechtlich normierte Prüfungsgebühren entfallen sind, werden sie nicht mehr erhoben. Die Außerkraftsetzung weiterer Bundesgebührenregelungen für nicht-ärztliche Fachberufe im Gesundheitswesen ist zu erwarten.

In Verfolgung der vorher genannten Beschlüsse habe ich mit Erlaß vom 5. Februar 1971 — StS — III A 2 — 18 b 02/02 — 04/01 (n. v.) — angeordnet, daß ab sofort die durch Landesvorschriften festgesetzten Prüfungsgebühren für die betroffenen Berufe nicht mehr zu erheben sind. Soweit für Prüfungen nach diesem Datum bereits Gebühren entrichtet wurden, sind diese zu erstatten.

Im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen werden Entschädigungen für Mitglieder der Prüfungsausschüsse aus dem Haushaltsplan des Landes bereitgestellten Mitteln in bisheriger Höhe gewährt. Soweit Änderungen erforderlich werden, ergeht ein besonderer Erlaß.

Im einzelnen treten die nachstehenden Bestimmungen über zu entrichtende Prüfungsgebühren außer Kraft:

- § 14 der vorläufigen Vorschriften über die staatliche Anerkennung von Beschäftigungstherapeuten vom 18. 11. 1963 (StAnz. S. 1393),
- § 22 der Vorschriften für die staatliche Anerkennung von Diätassistenten (Diätassistentinnen) vom 17. Januar 1966 (StAnz. S. 308),
- § 27 der Vorschriften über die staatliche Anerkennung von Gesundheitsaufsehern vom 7. Dezember 1966 (StAnz. S. 1604) und Berichtigung vom 3. Februar 1967 (StAnz. S. 227),
- Nr. 6 des Erlasses, betreffend Krankenpflegegesetz vom 5. Juni 1969 (StAnz. S. 999) und Berichtigung vom 12. Juli 1968 (StAnz. S. 1177),
- § 24 der Vorschriften über die staatliche Anerkennung von Logopäden vom 13. August 1969 (StAnz. S. 1591),
- § 21 der Vorschriften über die staatliche Anerkennung von Orthoptisten vom 7. Januar 1967 (StAnz. S. 195).

Ferner entfällt die Erhebung der im nichtveröffentlichten Erlaß vom 22. Juli 1970 festgelegten Prüfungsgebühr für pharmazeutisch-technische Assistenten.

Wiesbaden, 24. 3. 1971

Der Hessische Sozialminister
StS — III A 5/2 — 18 b 44
StAnz. 16/1971 S. 682

679

Hessischer Fachausschuß für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen

Bezug: Mein Erlaß vom 6. 2. 1968 (Gesamtverzeichnis) — StAnz. S. 340 —

Der Hessische Fachausschuß für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen hat am 2. 12. 1970 den Ortsteil Eidengesäß der Gemeinde Linsengericht, Kr. Gelnhausen, als Erholungsort anerkannt.

Wiesbaden, 16. 3. 1971

Der Hessische Sozialminister
III B 4 b — 18 c 16/01
StAnz. 16/1971 S. 683

680

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen

Bevölkerungszahl: 5 441 312 Monat: Februar 1971 (1. 2.—27. 2. 1971)

(Monat setzt sich aus 4 Wochen zusammen)

Reg.-Bezirk	E = Erkrankungsfall T = Todesfall	Enteritis in- fectiosa		übertragbare Gehirnentzündung	Übertr. Kinder- lähmung	Orni- thosen	Ruhr				Brucellose		Übertr. Hirn- haut ent- zündung		Lepto- spirose		Verletzung durch tollwutranke oder verdächtige Tiere*)	Toxoplasmose	Malaria	Trachom	Wundstarrkrampf	Todesfall an																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
		Salmonellose	übrige Formen				Paratyphus A und B	bakterielle Ruhr			Amöbenruhr	Typhus abdominalis			Diphtherie	Scharlach						Banige Krankheit	Maltafieber	übrige Formen	Meningokokken Meningitis	übrige Formen	Hepatitis infectiosa	Well'sche Krankheit	Feldfieber	Canicola fieber	übrige Formen	Grippe (Virusgrippe)	Keuchhusten	Masern																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																
Reg.-Bezirk DARMSTADT	E T	25 —	2 —	1 —	— —	— —	— —	— —	3 —	— —	— —	182 —	1 —	1 —	— —	8 —	17 —	113 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—

*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

Wiesbaden, 19. 3. 1971

Der Hessische Sozialminister
— III A 6 —
StAnz. 16/1971 S. 683

681

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

In den Monaten Januar und Februar 1971 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen.

1. Nr. 101/220 — Lohntarifvertrag vom 16. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die Landarbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben im Lande Hessen.

Tarifvertragsparteien:

Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband für Hessen e. V. und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.

2. Nr. 101/221 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 8. 1970 für die in den landwirtschaftlichen Verwaltungen und Betrieben, Gartenbau-, Weinbau- und Obstbaubetrieben und deren Nebenbetrieben der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein beschäftigten Arbeiter zum Änderungsstarifvertrag Nr. 18 zum MTL vom 5. 8. 1970.

Tarifvertragsparteien:

Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft — Hauptverwaltung —.

3. Nr. 201/176 — Tarifvertrag vom 17. 11. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — für die Waldarbeiter der Staatsforsten im Lande Hessen über die Entlohnung des Aufarbeitens der nach Maßgabe der Forst-HKS ausgehaltenen Holzsorten.

Tarifvertragsparteien:

Land Hessen, vertreten durch den Hess. Minister des Innern und den Hess. Minister für Landwirtschaft und Forsten, und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.

4. Nr. 201/177 — Dritter Änderungsstarifvertrag vom 10. 9. 1970 — gültig ab 1. 7. 1970/1. 1. 1971 — zum Tarifvertrag über die Versorgung der Waldarbeiter der Gemeinden im Bundesgebiet — mit Ausnahmen — (VersTV-W-G) vom 6. 3. 1967.

- Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirke Baden-Württemberg, Berlin, Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Nordmark.
5. Nr. 400/155 — Änderungsstarifvertrag vom 11. 12. 1970 zum Rahmentarifvertrag vom 4. 12. 1963 (Urlaubsdauer, Urlaubsgeld, Kündigungsfrist).
 6. Nr. 400/156 — Arbeitszeitabkommen vom 11. 12. 1970 (Arbeitszeitkürzung ab 1. 1. 1971).
 7. Nr. 400/157 — Lohnstarifvertrag vom 11. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —
Zu 5. bis 7. betr. gewerbl. Arbeitnehmer der Mineralwerke im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Zu 5. bis 7. Tarifvertragsparteien:
Fachverband Mineralische Rohstoffe, Duisburg, und IG Bau — Steine — Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
 8. Nr. 700/796 — Manteltarifvertrag vom 27. 9. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — für die Angestellten der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der hess. Metallindustrie e. V., Frankfurt/M., und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband — Landesverband Rheinland-Pfalz/Hessen —, Verband Deutscher Techniker sowie Verband der weiblichen Angestellten.
 9. Nr. 700/797 — Gehaltstarifvertrag vom 5. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister.
 10. Nr. 700/798 — Tarifvertrag vom 5. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 9. u. 10. betr. Angestellte, Meister und Auszubildende der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie in Fulda und Umgebung.
Zu 9. und 10. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband für Fulda und Umgebung e. V., Fulda, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt M.
 11. Nr. 700/799 — Tarifvertrag vom 20. 10. 1970 zur Änderung der Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte vom 1. 1. 1968.
 12. Nr. 700/800 — Lohnstarifvertrag für die Arbeiter vom 20. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 —.
 13. Nr. 700/801 — Gehaltstarifvertrag für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister vom 20. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 —.
 14. Nr. 700/802 — Tarifvertrag vom 13. 10. 1970 — gültig ab 1. 9. 1970 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 11. bis 14. betr. Arbeitnehmer der Firma Dr.-Ing. Ulrich Esterer, Tank-Fahrzeug-Bau, Helsa.
Zu 11. bis 14. Tarifvertragsparteien:
Firma Dr.-Ing. Ulrich Esterer, Tank-Fahrzeug-Bau, Helsa, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
 15. Nr. 700/803 — Anschlußtarifvertrag vom 20. 10. 1970 zum Gehaltsrahmenabkommen für Angestellte vom 19. 8. 1970.
 16. Nr. 700/804 — Anschlußtarifvertrag vom 20. 10. 1970 zum Gehaltsabkommen für Angestellte vom 7. 10. 1970.
 17. Nr. 700/805 — Anschlußtarifvertrag vom 20. 10. 1970 zum Tarifvertrag vom 7. 10. 1970 zur Änderung des Sonderabkommens und zum Tarifvertrag vom 7. 10. 1970 über die Übergangsregelung zum Sonderabkommen für Angestellte.
 18. Nr. 700/806 — Anschlußtarifvertrag vom 20. 10. 1970 zum Tarifvertrag über die Vergütung für Auszubildende vom 7. 10. 1970.
Zu 15. bis 18. betr. Angestellte und Auszubildende im Werk Dillenburg der Stahlwerke Südwestfalen AG, Hütental-Geisweid.
Zu 15. bis 18. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie e. V., Düsseldorf, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband, Hessen, Frankfurt/M.
 19. Nr. 700/807 — Tarifvertrag vom 13. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — über Entgelte für Auszubildende.
 20. Nr. 700/808 — Tarifvertrag vom 13. 10. 1970 zur Änderung der Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte vom 1. 12. 1967.
 21. Nr. 700/809 — Lohnstarifvertrag für die Arbeiter vom 30. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 —.
 22. Nr. 700/810 — Gehaltstarifvertrag vom 30. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister.
Zu 19. bis 22. betr. Arbeitnehmer der Firma Werkzeugbau GmbH & Co. KG, Lohfelden.
Zu 19. bis 22. Tarifvertragsparteien:
Firma Werkzeugbau GmbH & Co. KG, Lohfelden, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt M.
 23. Nr. 700/811 — Lohnstarifvertrag für die Arbeiter vom 16. 11. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 —.
 24. Nr. 700/812 — Gehaltstarifvertrag für die kaufm. und techn. Angestellten vom 16. 11. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 —.
Zu 23. und 24. betr. Arbeitnehmer der Firma ZEVA-Elektrizitäts-Ges. Smits & Laubmeyer KG, Arolsen.
Zu 23. und 24. Tarifvertragsparteien:
Firma ZEVA-Elektrizitäts-Ges. Smits & Laubmeyer KG, Arolsen, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt M.
 25. Nr. 700/813 — Lohnstarifvertrag vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
 26. Nr. 700/814 — 1. Nachtrag vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — zum Tarifvertrag für Monatslohnempfänger vom 12. 8. 1970 (Monatspauschalohn).
 27. Nr. 700/815 — 1. Nachtrag vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — zum Manteltarifvertrag für Angestellte vom 12. 8. 1970 (Manteltarifänderung — Geltungsbereich —).
 28. Nr. 700/816 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 —.
 29. Nr. 700/817 — Tarifvertrag — 1. Nachtrag — vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — zur Änderung des Tarifvertrages für Angestellte mit Arbeitsbereitschaft vom 12. 8. 1970 (Gehalt).
 30. Nr. 700/818 — Tarifvertrag vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 25. bis 30. abgeschlossen mit der IG Metall, Bezirksleitung Hannover.
 31. Nr. 700/819 — Lohnstarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 —.
 32. Nr. 700/820 — Tarifvertrag — 1. Nachtrag — vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — zur Änderung des Tarifvertrages für Monatslohnempfänger vom 12. 8. 1970 (Monatspauschalohn).
 33. Nr. 700/821 — Tarifvertrag vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 31. bis 33. abgeschlossen mit dem Christlichen Metallarbeiter-Verband Deutschlands — Landesverband Niedersachsen —.
 34. Nr. 700/822 — Tarifvertrag — 1. Nachtrag — vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für Angestellte vom 12. 8. 1970 (Geltungsbereich).
 35. Nr. 700/823 — Gehaltstarifvertrag vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — für die Angestellten.
 36. Nr. 700/824 — Tarifvertrag — 1. Nachtrag — vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — zur Änderung des Tarifvertrages für Angestellte mit Arbeitsbereitschaft vom 12. 8. 1970 (Gehalt).
 37. Nr. 700/825 — Tarifvertrag vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 34. bis 37. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Landesverband Niedersachsen/Bremen —.
 38. Nr. 700/826 — Tarifvertrag — 1. Nachtrag — vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für Angestellte vom 12. 8. 1970 (Geltungsbereich), abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, dem Verband Deutscher Techniker, dem Bund Deutscher Werkmeister sowie dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.

39. Nr. 700/827 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 —.
40. Nr. 700/828 — Tarifvertrag vom 3. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 39. und 40. abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband — Landesverband Niedersachsen —, Hannover, dem Verband Deutscher Techniker — Landesverband Niedersachsen —, Hannover, dem Bund Deutscher Werkmeister — Landesverband Niedersachsen —, Hannover, sowie dem Verband der weiblichen Angestellten e. V. — Hauptverwaltung — Hannover.
Zu 25. bis 40. betr. Arbeitnehmer in den Werken der Volkswagenwerk AG.
Zu 25. bis 40. Tarifvertragsparteien:
Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
41. Nr. 700/829 — Tarifvertrag vom 26. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — über Mantelbestimmungen für Angestellte und Arbeiter.
42. Nr. 700/830 — Tarifvertrag vom 26. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1968 — über Sozialleistungen und Sonderzahlungen für Arbeiter und Angestellte.
43. Nr. 700/831 — Tarifvertrag vom 26. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — zur Änderung des Tarifvertrages betr. Mantelbestimmungen vom 26. 10. 1970 für Arbeiter und Angestellte.
44. Nr. 700/832 — Lohnstarifvertrag für die Arbeiter vom 26. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 —.
45. Nr. 700/833 — Gehaltstarifvertrag vom 26. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten einschl. Meister.
Zu 41. bis 45. betr. Arbeitnehmer der Firma Schramm GmbH, Frankfurt/M.
Zu 41. bis 45. Tarifvertragsparteien:
Firma Obering, Richard Schramm GmbH, Frankfurt/M., und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
46. Nr. 705/204 — Gehaltstarifvertrag vom 13. 10. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 — über Entgelte für kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Landesverband Hessen —, Frankfurt/M.
47. Nr. 705/208 — Tarifvertrag vom 2. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über vermögenswirksame Leistungen für alle Arbeitnehmer.
48. Nr. 705/209 — Tarifvertrag vom 2. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 47. und 48. abgeschlossen mit der IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
Zu 46. bis 48. betr. Arbeitnehmer des Elektro-, Radio- und Fernsehtechniker-Handwerks im Lande Hessen.
Zu 46. bis 48. Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband des Elektro-, Radio- und Fernsehtechnikerhandwerks Hessen, Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
49. Nr. 705/207 — Manteltarifvertrag vom 30. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Mechanikerhandwerks (allgemeine und erzeugende Mechanik, Feinmechanik und Feinoptik, Büromaschinen-, Zweirad-, Nähmaschinen und Kältemechanik) im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Mechanikerhandwerks, Frankfurt/M., und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
50. Nr. 705/205 — Gehaltstarifvertrag vom 22. 10. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister.
51. Nr. 705/210 — Tarifvertrag vom 22. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über vermögenswirksame Leistungen für alle Arbeitnehmer.
52. Nr. 705/211 — Tarifvertrag vom 22. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 50. bis 52. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt am Main.
53. Nr. 705/206 — Manteltarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 22. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —.
54. Nr. 705/217 — Tarifvertrag vom 6. 1. 1971 — gültig ab 1. 1. 1971 — zur Änderung der Tarifordnung vom 1. 5. 1941 (Arbeitszeit, Fortfall der Ortsklassenregelung ab 1. 11. 1970) sowie Änderung der Urlaubsvereinbarung für Angestellte vom 8. 12. 1964.
Zu 53. und 54. abgeschlossen mit der IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
Zu 50. bis 54. betr. Arbeitnehmer des Schlosser-, Maschinenbauer-, Werkzeugmacher-, Dreher-, Metallformer- und Metallgießer-Handwerks im Lande Hessen.
Zu 50. bis 54. Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Schlosser- und Maschinenbauer-Handwerks, Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
55. Nr. 705/212 — Urlaubsabkommen für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 20. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —.
56. Nr. 705/213 — Lohnstarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 20. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — (Lohn, Arbeitszeitkürzung).
57. Nr. 705/214 — Tarifvertrag vom 20. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über Gehälter, Gehaltsgruppen, Arbeitszeit, Urlaub und Urlaubsgeld für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister.
58. Nr. 705/215 — Tarifvertrag vom 20. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 55.—58. betr. Arbeitnehmer des Kesselschmiede-, Hufschmiede-, Wagenschmiede-, Geräteschmiede-, Federschmiede- und Reparaturschmiede-Handwerks sowie aller Landmaschinen-Fachbetriebe im Lande Hessen.
Zu 55. bis 58. Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband des Schmiede-Handwerks Hessen, Bad Homburg v. d. H., sowie Landesinnungsverband für das Landmaschinenmechaniker-Handwerk Hessen, Bad Homburg v. d. H., und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
59. Nr. 705/216 — Tarifvertrag vom 20. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über vermögenswirksame Leistungen für alle Arbeitnehmer des Landmaschinenmechaniker-Handwerks (alle Landmaschinen-Fachbetriebe) im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband für das Landmaschinenmechaniker-Handwerk Hessen. Bad Homburg v. d. H. und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
60. Nr. 804b/128 — Gehaltstarifvertrag vom 28. 9. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbaueinzelhandwerks sowie der Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik und des Rohrleitungsbaues im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Fachverband Sanitär- und Heizungstechnik Hessen, Wiesbaden, sowie Industrieverband Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik Hessen e. V., Frankfurt/M., und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
61. Nr. 804b/129 — Tarifvertrag vom 2. 9. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über vermögenswirksame Leistungen für alle Arbeitnehmer.
62. Nr. 804b/130 — Tarifvertrag vom 28. 9. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 — über Entgelte für Auszubildende.
Zu 61. und 62. betr. Arbeitnehmer in den Betrieben der Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik sowie des Rohrleitungsbaues im Lande Hessen.
Zu 61. und 62. Tarifvertragsparteien:
Industrieverband Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik Hessen e. V., Frankfurt/M., und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
63. Nr. 1103c/56 — Tarifvertrag vom 30. 9. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970/1. 4. 1971 — über Löhne, Ausbildungsbeihilfe, Urlaubsgeld sowie Weihnachtsgeld für die gewerbl. Arbeitnehmer und Lehrlinge nebst den beiden Protokollnotizen vom gleichen Tage.

64. Nr. 1103c/57 — Tarifvertrag vom 30. 9. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970/1. 4. 1971 — über Gehälter, Arbeitszeit, Ausbildungsbeihilfe, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld für die Angestellten und Lehrlinge nebst den beiden Protokollnotizen vom gleichen Tage.
65. Nr. 1103c/58 — Tarifvertrag vom 30. 9. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer —.
66. Nr. 1103c/59 — Urteilsabkommen vom 30. 9. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und die Angestellten.
Zu 63. bis 66. betr. Arbeitnehmer in allen Betrieben der Deutschen Shell AG im Bundesgebiet.
Zu 63. bis 66. Tarifvertragsparteien:
Deutsche Shell Akt.-Ges., Hamburg, und IG Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
67. Nr. 1103c/60 — Manteltarifvertrag vom 13. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970/1. 1. 1971 — für alle Arbeitnehmer der Esso AG (Zentrale, Forschungslabor, Raffinerien, dem Mineralölvertrieb dienende Esso AG-Betriebsstätten) im Bundesgebiet und West-Berlin.
68. Nr. 1103c/61 — Lohnvertrag vom 13. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970/1. 1. 1971 — (Lohn, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) für die gewerbl. Arbeitnehmer im Vertrieb, der Zentrale sowie im Forschungslabor der Esso AG im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
69. Nr. 1103c/62 — Lohnvertrag vom 13. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970/1. 1. 1971 — (Lohn, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) für die gewerbl. Arbeitnehmer in den Raffinerien der Esso AG im Bundesgebiet.
70. Nr. 1103c/63 — Gehaltstarifvertrag vom 13. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970/1. 1. 1971 — (Gehalt, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) für die Angestellten der Zentrale, Raffinerien, des Vertriebsbereiches sowie des Forschungslabors der Esso AG im Bundesgebiet.
71. Nr. 1103c/64 — Tarifvertrag vom 13. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970/1. 1. 1971 — über Entgelte, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld für alle Auszubildenden der Esso AG im Bundesgebiet und West-Berlin.
Zu 67. bis 71. Tarifvertragsparteien:
Esso AG, Hamburg, und IG Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
72. Nr. 1103c/65 — Tarifvertrag vom 15. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über vermögenswirksame Leistungen für gewerbl. Arbeitnehmer und Auszubildende in allen Betriebsstätten der BP AG im Bundesgebiet und West-Berlin.
73. Nr. 1103c/66 — Lohnvertrag vom 15. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der BP AG (Raffinerien, Abfüll-Betrieb Köhlbrand, Niederlassungen, Institut für Forschung und Entwicklung) im Bundesgebiet und West-Berlin (Lohn, Arbeitszeit, Zulagen, Urlaub, Urlaubsgeld, Weihnachtsgratifikation).
Zu 72. und 73. Tarifvertragsparteien:
BP Benzin und Petroleum AG, Hamburg, und IG Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
74. Nr. 1103c/67 — Tarifvertrag vom 6. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über die Gewährung einer Weihnachtsgeldzahlung an die Arbeitnehmer in den Betrieben der Mobil Oil AG in Deutschland (Raffinerie Bremen Oslebshausen; Blending Plant Wedel; Lager Duisburg, Emden, Mannheim, Freihafen Hamburg — alle innerhalb der Abteilung Operating —; Abteilung Forschung, Entwicklung, Anwendung Wedel; Flugdienststationen Frankfurt M. und Hamburg).
75. Nr. 1103c/68 — Lohnvertrag vom 6. 11. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Flugdienststationen Hamburg und Frankfurt M. der Mobil Oil AG in Deutschland.
Zu 74. und 75. Tarifvertragsparteien:
Mobil Oil AG in Deutschland, Hamburg, und IG Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
76. Nr. 1103c/69 — Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer vom 16. 11. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
77. Nr. 1103c/70 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 16. 11. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
78. Nr. 1103c/71 — Lohnvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 16. 11. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 —.
79. Nr. 1103c/72 — Protokollnotiz vom 16. 11. 1970 zu dem Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 16. 11. 1970 (Besitzstandswahrung).
80. Nr. 1103c/73 — Tarifvertrag vom 16. 11. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — über Entgelte für alle Auszubildende.
Zu 76. bis 80. betr. Arbeitnehmer in den Betrieben und Tochtergesellschaften der Deutsche Texaco Akt.-Ges. (Hauptverwaltung; Aufschluß und Gewinnung; Chemie; Forschung und Anwendungstechnik; Erdölwerke Holstein; Mineralölwerk Grasbrook; Fettfabrik Kiel; Deutsche Texaco Verkauf GmbH; Edeleanu GmbH) im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Zu 76. bis 80. Tarifvertragsparteien:
Deutsche Texaco Aktiengesellschaft, Hamburg, (zugleich in Vollmacht für die Deutsche Texaco Verkauf GmbH und die Edeleanu GmbH) und IG Bergbau und Energie, Hauptverwaltung, Bochum, IG Chemie — Papier — Keramik, Hauptverwaltung, Hannover, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
81. Nr. 1303/158 — Tarifvertrag vom 12. 1. 1971 — gültig ab 1. 1. 1971 — über vermögenswirksame Leistungen für gewerbliche Arbeitnehmer und gewerbliche Auszubildende der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie im Bundesgebiet, nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie e. V. — Sozialpolitischer Hauptausschuß —, Frankfurt M., und IG Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.
82. Nr. 1700/222 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 17. 12. 1970 — gültig ab 1. 1./1. 7. 1971 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und Angestellten des Tischlerhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband für das Tischlerhandwerk Hessen und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz.
83. Nr. 1700/223 — Manteltarifvertrag vom 14. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die gewerbl. Arbeitnehmer einschließlich der Lehrlinge.
84. Nr. 1700/224 — Manteltarifvertrag vom 14. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Werkmeister einschl. der Lehrlinge.
Zu 83. und 84. betr. Arbeitnehmer der Knopfindustrie in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern.
Zu 83. und 84. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft Knopfindustrie, Köln, und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Hauptvorstand, Düsseldorf.
85. Nr. 1901/159 — Tarifvertrag vom 16. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über Löhne, Entgelte und Arbeitszeitkürzung für die gewerbl. Arbeitnehmer und Auszubildenden des Mühlenhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Mühlenbund, Frankfurt M., und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz Saar, Frankfurt M.
86. Nr. 1904b/72 — Tarifvertrag vom 25. 11. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — über die Arbeitszeit der Kraftfahrer und Beifahrer (auch Fahrverkäufer, Warenauslieferer usw.) im Werknah- und Werkfernverkehr der Süßwarenindustrie im Bundesgebiet und West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie Vereinigung der Schokolade- und Süßwarenfabrikanten e. V., Bonn, sowie Vereinigung Berliner Schokolade- und Süßwarenfabrikanten e. V., Berlin, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptvorstand, Hamburg.
87. Nr. 1907b/203 — Gehaltstarifvertrag vom 18. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die kaufm. Angestellten sowie Entgelte für kaufm. Auszubildende.

88. Nr. 1907b/204 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 18. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für gewerbl. Arbeitnehmer sowie Molkerei- und Käsereifachleute und Entgelte für Auszubildende.
Zu 87. und 88. betr. Arbeitnehmer der Sauermilchkäsereien und Kochkäsereien im Bundesgebiet.
Zu 87. und 88. Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Sauermilchkäsereien e. V., Hannover, und Zentralverband Milchwirtschaftlicher Arbeitnehmer-Verbände in der Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Oldenburg.
89. Nr. 1901/160 — Gehaltstarifvertrag vom 10. 11. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister — ausgenommen Reisende — der Süddeutsche Mühlenwerke AG, Werk Frankfurt/M., und der Hafemühle in Frankfurt/M. GmbH, Frankfurt/M.
90. Nr. 1901/161 — Gehaltstarifvertrag vom 26. 11. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister — ausgenommen Reisende — der Handelsmühlen im Lande Hessen.
91. Nr. 1906/75 — Gehaltstarifvertrag vom 2. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister in den Betrieben der Feinkostherstellung, Fischkonservenherstellung und Fischröckereien im Lande Hessen.
92. Nr. 1909a/86 — Gehaltstarifvertrag vom 4. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie im Lande Hessen.
93. Nr. 1913/131 — Gehaltstarifvertrag vom 5. 10. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister.
94. Nr. 1913/132 — Tarifvertrag vom 5. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über die Zahlung eines Urlaubsgeldes an alle Arbeitnehmer.
Zu 93. und 94. betr. Arbeitnehmer der Essig- und Senfindustrie im Lande Hessen.
95. Nr. 1913i/97 — Gehaltstarifvertrag vom 9. 11. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister der Erfrischungsgetränke-Industrie sowie Erfrischungsgetränke- und Bierhandlungen im Lande Hessen.
Zu 89. bis 95. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/M., und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
96. Nr. 1912/256 — Rationalisierungsschutzabkommen vom 6. 8. 1970 — gültig ab 1. 9. 1970 — für die Arbeitnehmer der Brauereien (ohne Handelsmälzereien) im Bundesgebiet einschl. West-Berlin (ohne Bayern).
97. Nr. 1912/257 — Protokollnotiz vom 14. 9. 1970 zum vorstehend genannten Rationalisierungsschutzabkommen vom 6. 8. 1970.
Zu 96. und 97. Tarifvertragsparteien:
Deutscher Brauer-Bund e. V., Bonn-Bad Godesberg, in Vollmacht folgender Verbände: Verband der Brauereien von Hamburg und Schleswig-Holstein e. V., Hamburg; Verband der Brauereien von Niedersachsen e. V., Hannover; Bremer Brauer-Societät, Bremen; Arbeitgeberverband Oldenburg e. V., Oldenburg; Arbeitgeberverband Rheinisch-Westf. Brauereien und Mälzereien, Düsseldorf; Siegener Brauereiverband e. V., Siegen; Arbeitgeberverband Nahrung — Genuß Hessen e. V., Frankfurt/M.; Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß e. V., Mainz — für das Land Rheinland-Pfalz (ausgenommen die Pfalz) —; Verband Pfälzischer Brauereien e. V., Neustadt/Weinstr.; Verband der Brauereien des Saarlandes e. V., Saarbrücken; Arbeitgeberverband der Ernährungsindustrie Baden-Württ. e. V., Stuttgart — für den Baden-Württ. Brauerbund e. V., Stuttgart; Verband Oberbadischer Brauereien e. V., Freiburg im Breisgau; Wirtschaftsverband Berliner Brauereien e. V., Berlin, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptvorstand, Hamburg.
98. Nr. 1912d/29 — Lohnstarifvertrag vom 5. 1. 1971 — gültig ab 1. 2. 1971 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der zur Gesellschaft gehörenden Kühlhäuser und Eisfabriken im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
- Tarifvertragsparteien:
Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen, Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hamburg.
99. Nr. 2000/540 — Tarifvertrag vom 20. 1. 1969 über die Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes an alle Arbeitnehmer.
100. Nr. 2000/541 — Tarifvertrag vom 22. 4. 1970 für die gewerbl. Arbeitnehmer über Akkordarbeit und Arbeitszeitverkürzung und Überstundenregelung ab 1. 9. 1970.
101. Nr. 2000/542 — Lohnstarifvertrag vom 2. 12. 1970 — gültig ab 1. 9. 1970 — für die gewerbl. Arbeitnehmer einschl. Heimarbeiter sowie Entgelte für die Lehrlinge.
Zu 99. bis 101. betr. Arbeitnehmer der Schirmindustrie im Bundesgebiet.
Zu 99. bis 101. Tarifvertragsparteien:
Verband der Deutschen Schirmindustrie e. V., Mönchengladbach, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
102. Nr. 2302/59 — Lohnstarifvertrag vom 22. 10. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 — für die gewerbl. Arbeitnehmer einschließlich Ladnerinnen und Expedientinnen des Chem. Reinigungs-, Teppichreinigungs- und Färberei-Gewerbes in den Ländern Nordrh.-Westfalen, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg nebst Zusatzvereinbarung vom gleichen Tage.
103. Nr. 2302/60 — Urlaubsgeldabkommen vom 22. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für Arbeiter und Angestellte des Chem. Reinigungs- und Kleiderfärberei-Gewerbes in den Ländern Nordrh.-Westfalen, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hessen, Hamburg und Baden-Württemberg (ohne Südbaden) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 102. und 103. Tarifvertragsparteien:
Bundesfachverband Chemischreinigung — Färberei e. V., Hannover, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
104. Nr. 2302/61 — Lohnstarifvertrag vom 22. 10. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Ladnerinnen nebst Protokollnotiz und Zusatzvereinbarung vom gleichen Tage.
105. Nr. 2302/62 — Urlaubsgeldabkommen vom 22. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und Angestellten nebst den beiden Protokollnotizen vom gleichen Tage.
Zu 104. und 105. betr. Arbeitnehmer der Wäschereien, Plättereien, Schnellwäschereien, Mietwaschküchen, Automatenwäschereien, Heißmangelbetriebe und Waschsalons im Bundesgebiet (ausgenommen das Saarland und West-Berlin sowie die Firma BOCO Wäschedienst Hamburg, Bochum und Duisburg).
Zu 104. und 105. Tarifvertragsparteien:
Deutscher Wäscherei-Verband e. V., Düsseldorf, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
106. Nr. 2303a/20 — Lohnstarifvertrag vom 18. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Schornsteinfegerhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband des Schornsteinfegerhandwerks Hessen, Frankfurt/M., und Zentralverband Deutscher Schornsteinfegergesellen, Landesverband Hessen, Kassel.
107. Nr. 2400/279 — Lohnstarifvertrag vom 1. 4. 1970 — gültig ab 1. 4. 1970 — für die gewerbl. Arbeitnehmer in den Cigaretten-Frischdiensten der Firma Reemtsma im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Firma H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
108. Nr. 2500/163 — Gehaltstarifvertrag vom 2. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — für die Angestellten sowie Entgelte für Auszubildende des Einzelhandels im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesverband des Hess. Einzelhandels e. V., Frankfurt/Main, und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Rheinland-Pfalz/Hessen, Frankfurt/M., sowie Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Hessen, Frankfurt/M.

109. Nr. 2501b/257 — Manteltarifvertrag für alle Arbeitnehmer vom 26. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
110. Nr. 2501b/258 — Manteltarifvertrag für alle Arbeitnehmer vom 26. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, sowie der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
Zu 108. und 109. betr. Arbeitnehmer der Konsumgenossenschaften im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Zu 108. und 109. Tarifvertragsparteien:
Zentrale Tarifgemeinschaft deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
111. Nr. 2501b/259 — Zusatzvereinbarung vom 29. 7. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — betr. Arbeitszeit der Kraftfahrer und Beifahrer im Werkfernverkehr der GEG im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH (GEG), Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
112. Nr. 2606d/8 — Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 26. 11. 1970 — gültig ab 1. 1./1. 7./1. 10. 1970 — zum Tarifvertrag vom 23. 1. 1967 für die Arbeitnehmer der Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Bonn-Bad Godesberg, im Bundesgebiet (Manteländerung).
Tarifvertragsparteien:
Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Bonn-Bad Godesberg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
113. Nr. 2701/461 — Tarifvertrag vom 4. 11. 1970 — gültig ab 1. 11. 1970 — über vermögenswirksame Leistungen für alle Arbeitnehmer.
114. Nr. 2701/462 — Manteltarifvertrag für alle Arbeitnehmer vom 4. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971.
Zu 113. und 114. betr. Arbeitnehmer des Beamtenheimstättenwerks Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH im Bundesgebiet und West-Berlin.
Zu 113. und 114. Tarifvertragsparteien:
Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
115. Nr. 2701/36 — Rahmentarifvertrag für die Arbeitnehmer vom 10. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971.
116. Nr. 2701/37 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 10. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971.
117. Nr. 2701/38 — Tarifvertrag vom 10. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — über Mantelbestimmungen und Vergütungen für die bei der Verfilmung, Kontrolle, Auswertung und Gewinnüberweisung beschäftigten Arbeitnehmer.
Zu 115. bis 117. betr. Arbeitnehmer der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH, Hessen, Wiesbaden.
Zu 115. bis 117. Tarifvertragsparteien:
Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH, Hessen, Wiesbaden, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirksleitung Hessen, Frankfurt/M.
118. Nr. 2702a/267 — Gehaltstarifvertrag vom 21. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die Angestellten sowie Entgelte für Auszubildende, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
119. Nr. 2702a/268 — Gehaltstarifvertrag vom 21. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die Angestellten sowie Entgelte für Auszubildende, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
Zu 118. und 119. betr. Angestellte und Auszubildende des Versicherungsvermittlergewerbes im Bundesgebiet.
Zu 118. und 119. Tarifvertragsparteien:
Bundesverband bevollmächtigter Generalagenten und Geschäftsstellenleiter der Assekuranz e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
120. Nr. 2702c-1/346 — Tarifvertrag vom 13. 11. 1970 — gültig ab 1. 9. 1970 — über die Gewährung der Nachtdienstentschädigung für Tarifangestellte.
121. Nr. 2702c-1/347 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1970 — gültig ab 1. 7. 1970 — betr. Zulagen an Angestellte im Programmierdienst.
Zu 120. und 121. betr. Angestellte der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet.
Zu 120. und 121. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten.
122. Nr. 2702c-2/145 — Tarifvertrag vom 16. 11. 1970 — gültig ab 1. 7./1. 10. 1970/1. 1. 1971 — zur Änderung des Versorgungstarifvertrages für die Arbeitnehmer der Innungskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet vom 30. 12. 1966.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Innungskrankenkassen und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten im Deutschen Beamtenbund.
123. Nr. 2702c-4/268 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 41 vom 18. 1. 1971 — gültig ab 1. 7. 1970 — über Zulagen für Angestellte im Programmierdienst.
124. Nr. 2702c-4/269 — Tarifvertrag Nr. 111 vom 18. 1. 1971 — gültig ab 1. 7./1. 10. 1970/1. 1. 1971 — zur Änderung des Tarifvertrages Nr. 104 über die Versorgung der Arbeitnehmer vom 15. 3. 1967.
Zu 123. und 124. betr. Arbeitnehmer der gewerblichen Berufsgenossenschaften im Bundesgebiet.
Zu 123. und 124. Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn, und Verband der Beamten und Angestellten der gesetzl. Unfallversicherung e. V., Bonn, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
125. Nr. 2702c-4/270 — Tarifvertrag vom 5. 11. 1970 — gültig ab 1. 4. 1969 — über Zulagen für Angestellte im technischen Aufsichtsdienst bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften e. V., Kassel, und Verband der Beamten und Angestellten der gesetzl. Unfallversicherung e. V., Bonn, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
126. Nr. 2702c-6/255 — Tarifvertrag vom 10. 11. 1970 zur Übernahme des Vierten Änderungstarifvertrages vom 10. 9. 1970 zum Versorgungstarifvertrag für die Arbeitnehmer der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
127. Nr. 2702c-6a/843 — Tarifvertrag Nr. 214 vom 1. 3. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
128. Nr. 2702c-6a/844 — Tarifvertrag Nr. 214 vom 1. 3. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 —, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten, Bonn.
129. Nr. 2702c-6a/845 — Tarifvertrag Nr. 214 vom 1. 3. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands.
130. Nr. 2702c-6a/846 — Tarifvertrag Nr. 214 vom 1. 3. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 —, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung, Hannover.

- Zu 127. bis 130. betr. Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe.
131. Nr. 2702c-6a/847 — Tarifvertrag Nr. 215 vom 1. 3. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 127.
132. Nr. 2702c-6a/848 — Tarifvertrag Nr. 215 vom 1. 3. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 128.
133. Nr. 2702c-6a/849 — Tarifvertrag Nr. 215 vom 1. 3. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands sowie dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband — Landesverband Berlin.
134. Nr. 2702c-6a/850 — Tarifvertrag Nr. 215 vom 1. 3. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 130. Zu 131. bis 134. betr. Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 7 für die Verwaltungsangestelltenlehrlinge. Zu 127. bis 134. betr. Arbeitnehmer der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet einschl. West-Berlin. Zu 127. bis 134. Tarifvertragsparteien: Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
135. Nr. 2805/392 — Tarifvertrag vom 9. 9. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — zur Änderung des Vergütungstarifvertrages Nr. 8 für die Angestellten.
136. Nr. 2805/393 — Tarifvertrag vom 15. 9. 1970 — gültig ab 1. 1./1. 7. 1970 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter (u. a. Urlaub, Zusatzurlaub, Leistungszulagen). Zu 135. und 136. betr. Arbeitnehmer der Eigenbetriebe/Heilstätten der Bundesbahn-Versicherungsträger im Bundesgebiet. Zu 135. und 136. Tarifvertragsparteien: Bundesbahn-Betriebskrankenkasse, Bundesbahn-Versicherungsanstalt sowie Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten und Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands — Hauptvorstand.
137. Nr. 2805/394 — Tarifvertrag Nr. 9a/1970 vom 30. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands — Hauptvorstand.
138. Nr. 2805/395 — Tarifvertrag Nr. 9b/1970 vom 30. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —, abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft der Eisenbahner — Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter/Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner/Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter. Zu 137. und 138. betr. Änderung des LTV vom 12. 9. 1960 (Manteländerungen) sowie der GVGA, Gowe, Gobe und PVL für die Arbeiter.
139. Nr. 2805/396 — Tarifvertrag Nr. 10a/1970 vom 17. 12. 1970 — gültig ab 1. 9. 1970 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 137.
140. Nr. 2805/397 — Tarifvertrag Nr. 10b/1970 vom 17. 12. 1970 — gültig ab 1. 9. 1970 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 138. Zu 139. und 140. betr. Änderung des LTV vom 12. 9. 1960 (Manteländerungen) — Nachtdienst- und Wechseldienstzulagen) für die Arbeiter. Zu 137. bis 140. betr. Arbeiter der Deutschen Bundesbahn im Bundesgebiet. Zu 137. bis 140. Tarifvertragsparteien: Deutsche Bundesbahn — Vorstand — und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
141. Nr. 2806a/388 — Tarifvertrag Nr. 427 vom 17. 9. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —, Stuttgart.
142. Nr. 2806a/389 — Tarifvertrag Nr. 428 vom 17. 9. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
143. Nr. 2806a/390 — Tarifvertrag Nr. 429 vom 17. 9. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 —, abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft der Eisenbahner — Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter/Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner/Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter. Zu 141. bis 143. betr. Änderung der Anlage 8 zum ETV für die Arbeitnehmer im Kraftverkehr (Ruhezeit).
144. Nr. 2806a/391 — Tarifvertrag Nr. 444 vom 1. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 141.
145. Nr. 2806a/392 — Tarifvertrag Nr. 445 vom 1. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 142.
146. Nr. 2806a/393 — Tarifvertrag Nr. 446 vom 1. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 143. Zu 144. bis 146. betr. Änderung des ETV für die Arbeitnehmer (Manteländerung, Urlaub). Zu 141. bis 146. betr. Arbeitnehmer der nichtbundes-eigenen Eisenbahnen im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
147. Nr. 2806a/394 — Tarifvertrag Nr. 448 vom 9. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 141.
148. Nr. 2806a/395 — Tarifvertrag Nr. 449 vom 9. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 142. Zu 147. und 148. betr. Änderung des Tarifvertrages für die Angestellten vom 6. 9. 1963 (Arbeitszeit) sowie Änderung des Tarifvertrages für die Arbeiter vom 6. 9. 1963 (Arbeitszeit) und des Tarifvertrages Nr. 422 vom 24. 3. 1970 (Lohn) der in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Personenseilschwebbahnen. Zu 141. bis 148. Tarifvertragsparteien: Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
149. Nr. 2808/229 — Tarifvertrag vom 27. 10. 1970 — gültig ab 27. 10. 1970 — über vermögenswirksame Leistungen an die Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
150. Nr. 2808/231 — Tarifvertrag vom 1. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — zur Änderung der Ermächtigungstarifverträge zur probeweisen Einführung der Gleitenden Arbeitszeit für die Angestellten der DLH vom 16. 10. 1969 und für die Angestellten der LSG vom 15. 5. 1970, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand. Zu 149. und 150. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Lufthansa AG (DLH) und der Lufthansa Service GmbH (LSG) im Bundesgebiet.
151. Nr. 2808/230 — Tarifvertrag vom 1. 12. 1970 — gültig ab 1. 12. 1970 — zur Änderung der Ermächtigungstarifverträge zur probeweisen Einführung der Gleitenden Arbeitszeit für die Arbeiter der Deutschen Lufthansa AG vom 16. 10. 1969, für die Arbeiter der Lufthansa Service GmbH vom 15. 5. 1970 sowie für die Arbeiter und Angestellten der Condor-Flugdienst GmbH vom 1. 4. 1970, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 149. Zu 149. bis 151. Tarifvertragsparteien: Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
152. Nr. 2808/232 — Gehaltstarifvertrag vom 7. 12. 1970 — gültig ab 1. 4. 1971 — für die Arbeitnehmer bei den Niederlassungen der Japan Air Lines im Bundesgebiet und West-Berlin nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage. Tarifvertragsparteien: Japan Air Lines, Direktion für Deutschland, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesgruppe Luft- und Raumfahrt —, Hamburg.
153. Nr. 2808/233 — Manteltarifvertrag vom 4. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971.
154. Nr. 2808/234 — Gehaltstarifvertrag vom 4. 4. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971. Zu 153. und 154. betr. alle Arbeitnehmer bei den Niederlassungen der IBERIA im Bundesgebiet und West-Berlin. Zu 153. und 154. Tarifvertragsparteien: IBERIA — Spaniens Luftlinien, Madrid, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand-Bundesgruppe Luft- und Raumfahrt —, Hamburg.

155. Nr. 2900/189 — Lohntarifvertrag vom 25. 11. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — für die gewerbl. Arbeitnehmer (Lohn, Weihnachtsgeld).
156. Nr. 2900/190 — Gehaltstarifvertrag vom 25. 11. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — für die Angestellten und Auszubildende (Gehalt, Entgelte, Weihnachtsgeld).
Zu 155. und 156. betr. Arbeitnehmer der Internationalen Schlafwagen- und Touristik-Gesellschaft im Bundesgebiet.
Zu 155. und 156. Tarifvertragsparteien:
Internationale Schlafwagen- und Touristik-Gesellschaft und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten — Hauptverwaltung.
157. Nr. 2900/191 — Manteltarifvertrag vom 4. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — für alle Arbeitnehmer der Schulungs- und Erholungsheime der Gesellschaft für Jugendheime mbH im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Gesellschaft für Jugendheime mbH, Düsseldorf, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptvorstand, Hamburg.
158. Nr. 2900/192 — Lohntarifvertrag vom 7. 1. 1971 — gültig ab 1. 1. 1971 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der DSG im Bundesgebiet (Lohn, Weihnachtsgeld, Kindergeld) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
DSG-Deutsche Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft mbH und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten — Hauptverwaltung.
159. Nr. 3000A/296 — Änderungsvereinbarung Nr. 2 vom 30. 9. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — zum Anhang V TV AL II betr. Neufassung des Abschn. A Bestimmungen über das Urlaubsgeld für die Arbeitnehmer bei den britischen, kanadischen und US-Stationierungstreitkräften im Bundesgebiet.
160. Nr. 3000A/297 — Änderungsvereinbarung Nr. 2 vom 30. 9. 1970 — gültig ab 1. 1./1. 11. 1970 — zum Anhang W TV AL II betr. Änderung der Bestimmungen über das Weihnachtsgeld für die Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften im Bundesgebiet.
Zu 159. und 160. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —, IG Metall — Vorstand —, Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten — Hauptverwaltung —, IG Druck und Papier — Hauptvorstand —, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
161. Nr. 3001/1788 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 8. 1970 für die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen einschl. der Nebenbetriebe beschäftigten Arbeiter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie des Saarlandes zum Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 5. 8. 1970, abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter — Bundesvorstand.
162. Nr. 3001/1789 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 8. 1970 zum Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 5. 8. 1970, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.
163. Nr. 3001/1790 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 8. 1970 zum Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 5. 8. 1970, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand.
164. Nr. 3001/1791 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 8. 1970 zum Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 5. 8. 1970, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands — Bundesvorstand.
Zu 162. bis 164. betr. Arbeiter der Länderverwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet — mit Ausnahmen.
Zu 161. bis 164. Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
165. Nr. 3001/1796 — Anschlußtarifvertrag vom 14. 12. 1970 zum 15. Ergänzungstarifvertrag zum BMT-G II vom 5. 8. 1970, Monatslohnstarifvertrag Nr. 1 vom 5. 8. 1970, Rahmentarifvertrag zu § 20 Abs. 1 BMT-G vom 5. 8. 1970, Tarifvertrag vom 5. 8. 1970 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung, Tarifvertrag vom 5. 8. 1970 zur Änderung des Tarifvertrages über den Rationalisierungsschutz sowie zum Tarifvertrag vom 5. 8. 1970 zur Änderung des Tarifvertrages über Kinderzuschläge für die Arbeiter.
166. Nr. 3001/1797 — Anschlußtarifvertrag vom 17. 12. 1970 zum 4. und 5. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer (VersTV-G) vom 5. 8. 1970 bzw. 10. 9. 1970.
Zu 165. und 166. abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.
167. Nr. 3001/1798 — Erster Änderungstarifvertrag vom 5. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 — zum Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter vom 28. 1. 1970, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
Zu 165. bis 167. betr. Arbeitnehmer gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet.
Zu 165. bis 167. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
168. Nr. 3001/1805 — 3001a/1388 — Anschlußtarifvertrag vom 9. 12. 1970 zum Tarifvertrag vom 27. 7. 1970 zur Änderung und Ergänzung des BAT für die Angestellten (Vergütungssystem Bund/TdL).
169. Nr. 3001/1806 — 3001a/1389 — Anschlußtarifvertrag vom 9. 12. 1970 zum Tarifvertrag vom 5. 5. 1970 zur Änderung der Anlage 1a zum BAT für die Angestellten (Errechner von Vergütungen und Löhnen).
170. Nr. 3001/1807 — 3001a/1390 — Anschlußtarifvertrag vom 9. 12. 1970 zu den Tarifverträgen vom 24. 3. 1970 über die Gewährung einer Zulage bzw. eines Zuschlages für Dienst zu ungünstigen Zeiten an Angestellte und Arbeiter.
171. Nr. 3001/1808 — 3001a/1392 — Anschlußtarifvertrag vom 7. 12. 1970 zum Tarifvertrag vom 5. 8. 1970 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Arbeiter vom 14. 11. 1964.
Zu 168. bis 171. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft.
172. Nr. 3001/1799 — 3001a/1374 — Anschlußtarifvertrag vom 20. 10. 1970 zu den Tarifverträgen vom 24. 3. 1970 über die Gewährung einer Zulage bzw. eines Zuschlages für Dienst zu ungünstigen Zeiten an Angestellte und Arbeiter, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand.
173. Nr. 3001/1801 — 3001a/1377 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 11. 1970 zum Tarifvertrag vom 24. 3. 1970 über die Gewährung einer Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten an Angestellte, abgeschlossen mit dem Verband der angestellten und beamteten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund.
174. Nr. 3001/1802 — 3001a/1378 — Tarifvertrag vom 16. 10. 1970 — gültig ab 1. 9. 1970 — über die Gewährung der Nachdienstentschädigung an Arbeiter.
175. Nr. 3001/1792 — 3001a/1369 — Erster Änderungstarifvertrag vom 5. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 — zum Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter vom 28. 1. 1970.
Zu 174. und 175. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
176. Nr. 3001/1803 — 3001a/1385 — Anschlußtarifvertrag vom 7. 12. 1970 zum Tarifvertrag vom 29. 7. 1970 zur Änderung der Anlage 1a zum BAT — Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im Chiffrierdienst des Auswärtigen Amtes —, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.
177. Nr. 3001/1804 — 3001a/1387 — Anschlußtarifvertrag vom 9. 12. 1970 zum Tarifvertrag vom 27. 7. 1970 zur Änderung und Ergänzung des BAT für die Angestellten (Ver-

- gütungssystem Bund/TdL), abgeschlossen mit dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter.
Zu 168. bis 177. betr. Arbeitnehmer der Bundesverwaltung und der Länderverwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet.
Zu 168. bis 177. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern — sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
178. Nr. 3001/1793 — 3001a/1370 — Erster Änderungstarifvertrag vom 5. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 — zum Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte.
179. Nr. 3001/1794 — 3001a/1371 — Tarifvertrag vom 5. 10. 1970 — gültig ab 1. 1. 1970 — über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende.
Zu 178. und 179. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
180. Nr. 3001/1795 — 3001a/1372 — Anschlußtarifvertrag vom 9. 12. 1970 zum 24. Tarifvertrag vom 11. 8. 1970 zur Änderung und Ergänzung des BAT für die Angestellten im Pflegedienst (Manteländerung, Vergütungen), abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.
181. Nr. 3001/1800 — 3001a/1375 — Anschlußtarifvertrag vom 27. 11. 1970 zum 23. Tarifvertrag vom 21. 4. 1970 zur Änderung und Ergänzung des BAT für die Angestellten, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.
Zu 178. bis 181. betr. Angestellte und Auszubildende der Bundesverwaltung, der Länderverwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet.
Zu 178. bis 181. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern —, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
182. Nr. 3001a/1373 — Anschlußtarifvertrag vom 21. 11. 1970 für die Arbeiter zum Ergänzungstarifvertrag Nr. 14 vom 21. 4. 1970 und Nr. 15 zum MTB II vom 5. 8. 1970, Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 15. 7. 1970 zum Tarifvertrag betr. Lohngruppenverzeichnis vom 11. 7. 1966 und zum Monatslohnstarifvertrag Nr. 1 vom 5. 8. 1970.
183. Nr. 3001a/1391 — Anschlußtarifvertrag vom 30. 11. 1970 zum Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 3. 12. 1969 zum Tarifvertrag betr. Lohngruppenverzeichnis für die Arbeiter vom 11. 7. 1966.
Zu 182. und 183. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft.
184. Nr. 3001a/1376 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 16 vom 24. 9. 1970 — gültig ab 1. 10. 1970 — zum MTB II für die Arbeiter (u. a. Sonderregelungen für Arbeiter in Kernforschungseinrichtungen) sowie Änderung des Tarifvertrages über die Ausführung von Arbeiten im Leistungslohnverfahren im Bereich der SR 2a MTB II (Gedingsrichtlinien) vom 1. 4. 1964, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
185. Nr. 3001a/1379 — Anschlußtarifvertrag vom 15. 12. 1970 zum Tarifvertrag vom 14. 11. 1969 zur Änderung und Ergänzung des Teils III Abschn. A der Anlage 1a zum BAT für Angestellte im Fremdsprachendienst.
186. Nr. 3001a/1380 — Anschlußtarifvertrag vom 15. 12. 1970 zum Tarifvertrag vom 6. 5. 1970 zur Ergänzung des Teils III Abschn. L der Anlage 1a zum BAT (Angestellte in der Arbeitsvorbereitung im Bundesministerium der Verteidigung), Tarifvertrag vom 16. 6. 1970 zur Änderung und Ergänzung des Teils III Abschn. D der Anlage 1a zum BAT (Angestellte des Deutschen Wetterdienstes und des Geophysikalischen Beratungsdienstes der Bundeswehr) und zum Tarifvertrag vom 29. 7. 1970 zur Änderung und Ergänzung des Teils III Abschn. H der Anlage 1a zum BAT (Sprachlehrer der Bundeswehr).
Zu 185. und 186. abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst.
187. Nr. 3001a/1382 — Anschlußtarifvertrag vom 30. 11. 1970 zum Tarifvertrag über die Gewährung einer Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten an Angestellte vom 24. 3. 1970.
188. Nr. 3001a/1383 — Anschlußtarifvertrag vom 30. 11. 1970 zum Tarifvertrag vom 14. 11. 1969 zur Änderung und Ergänzung des Teils III Abschn. A der Anlage 1a zum BAT (Angestellte im Fremdsprachendienst).
189. Nr. 3001a/1384 — Anschlußtarifvertrag vom 30. 11. 1970 zum Tarifvertrag vom 27. 7. 1970 zur Änderung und Ergänzung des BAT (Vergütungssystem Bund/TdL).
190. Nr. 3001a/1386 — Anschlußtarifvertrag vom 3. 12. 1970 zum Tarifvertrag vom 5. 5. 1970 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Errechner von Vergütungen und Löhnen), Tarifvertrag vom 25. 6. 1970 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Angestellte in der Versorgungsverwaltung der Länder) und zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte in der Steuer- und Zollverwaltung vom 8. 7. 1970.
Zu 187. bis 190. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
Zu 182. bis 190. betr. Arbeitnehmer der Bundesverwaltungen im Bundesgebiet.
Zu 182. bis 190. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
191. Nr. 3001a/1381 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 14 vom 24. 9. 1970 — gültig ab 1. 3./1. 7./1. 10. 1970 — zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter der Deutschen Bundesbank im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Bundesbank und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
192. Nr. 3002/88 — Tarifvertrag vom 16. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 1. 4. 1964 (Arbeitszeitkürzung, Urlaubsdauer).
193. Nr. 3002/89 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 16. 12. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971.
Zu 192. und 193. betr. Helferinnen und Lehrlinge in zahnärztlichen Praxen im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Zu 192. und 193. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Arbeitsbedingungen des Hilfspersonals der Zahnärzte, Köln-Lindenthal, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
194. Nr. 3004/339 — Tarifvertrag vom 30. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — zur Änderung des Bühnentechnikertarifvertrages — BTT — für techn. Angestellte mit künstlerischer Tätigkeit an Deutschen Bühnen im Bundesgebiet vom 25. 5. 1961 (Arbeitszeit).
195. Nr. 3004/340 — Tarifvertrag vom 30. 11. 1970 — gültig ab 1. 1. 1971 — zur Änderung des Tarifvertrages für techn. Angestellte mit teilweise künstlerischer Tätigkeit an Landesbühnen im Bundesgebiet — BTTL — vom 3. 11. 1961 (Arbeitszeit).
Zu 194. und 195. Tarifvertragsparteien:
Deutscher Bühnenverein e. V., Köln, und Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen, Hauptvorstand, Hamburg.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.
Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 26. 3. 1971.

Der Hessische Sozialminister
I A 3 — 2607

StAnz. 16/1971 S. 683

682

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Bestimmung der zuständigen Wasserbehörde für die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Erfurtshausen, Landkreis Marburg

Hiermit bestimme ich gemäß § 91 Abs. 3 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 5. Oktober 1970 (GVBl. I S. 598), den Regierungspräsidenten in Kassel zur zuständigen Wasserbehörde für die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes hinsichtlich der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Erfurtshausen, Landkreis Marburg, auch insoweit, als die festzusetzende engere und weitere Schutzzone in die Gemarkungen Haarhausen und Deckenbach im Landkreis Alsfeld hineinreichen.

Wiesbaden, 10. 7. 1970

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten**
VC 2 — 79b 06.41 — 251/70
Im Auftrag
gez. Schneider
StAnz. 16/1971 S. 692

*

Bestimmungen über die Ausbildung und Prüfung von Beraterinnen für die ländliche Hauswirtschaft in der Fassung vom 28. Januar 1971**I. Die Ausbildung****§ 1 Zweck der Ausbildung**

Die Beraterinnen für die ländliche Hauswirtschaft (Beraterinnen) sollen an einem Landwirtschaftsamt mit Landwirtschaftsschule hauswirtschaftliche Beratung durchführen. Es ist darunter sowohl die technische und betriebswirtschaftliche Einzelberatung als auch die Gruppenberatung zu verstehen (Lehrfahrten, Besichtigungen, Arbeitsgemeinschaften, Vortragsveranstaltungen usw.).

§ 2 Voraussetzung für die Zulassung

Die Zulassung zur Ausbildung setzt voraus, daß die Bewerberin:

- a) die Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst nach dem Hessischen Beamtengesetz vom 21. März 1962 in der Fassung vom 16. 2. 1970 (GVBl. I S. 110) erfüllt,
- b) nicht älter als 30 Jahre ist,
- c) staatlich anerkannte Hauswirtschaftsleiterin nach den Bestimmungen des ehemaligen Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten vom 1. April 1962 (StAnz. S. 407 und StAnz. 1963 S. 883) ist.

§ 3 Meldung zur Ausbildung

Die Ausbildung beginnt am 1. Oktober.

Gesuche um Zulassung zur Ausbildung sind $\frac{1}{2}$ Jahr vor Beginn der Ausbildung an den Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt zu richten.

Dem Gesuch sind beizufügen:

- a) ein handgeschriebener Lebenslauf,
- b) beglaubigte Abschriften sämtlicher Nachweise über die Ausbildung,
- c) ein polizeiliches Führungszeugnis neuesten Datums,
- d) ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis neuesten Datums.

§ 4 Dauer und Durchführung der Ausbildung

1. Die Ausbildung dauert 1 Jahr und schließt mit einer staatlichen Prüfung ab.
2. Die Ausbildung findet an einem Landwirtschaftsamt mit Landwirtschaftsschule statt und wird von der Ausbildungsbehörde, dem Hessischen Minister für Land-

wirtschaft und Umwelt, überwacht. Der Leiter des Landwirtschaftsamtes mit Landwirtschaftsschule beauftragt eine Lehrkraft der Fachrichtung ländliche Hauswirtschaft mit der Ausbildung der Beraterin.

3. Beraterinnen in Ausbildung, deren Leistung oder Führung eine Zulassung zur Prüfung nicht rechtfertigen, können entlassen werden.

§ 5 Inhalt der Ausbildung

1. Die Anwärterin ist planmäßig mit landwirtschaftlichen Betrieben bekannt zu machen, die besonders typisch die wichtigsten Aufgaben der Beratung des Dienstbezirkes zeigen. Alle Fragen der Beratung sind vom Betrieb aus zu sehen und in ihrer Abhängigkeit von allen anderen Betriebserfordernissen zu behandeln. Diesem Ziel dient ein Lehrgang in Wirtschaftslehre des Haushalts und angewandter Betriebslehre zum Anfang der Ausbildung im Hessischen Landwirtschaftlichen Beraterseminar Rauschholzhausen.
2. Der Beraterin in Ausbildung ist ein für den Beratungsbezirk typischer landwirtschaftlicher Betrieb zur Beratung zu übergeben. Zahl und Dauer der Besuche auf diesem Hof bestimmt die Ausbildungsbeauftragte. Die Besuche sind auf das Mindestmaß zu beschränken, das zur Beschaffung der erforderlichen Unterlagen für die Betriebsbeschreibung benötigt wird. Die Betriebsbeschreibung wird nach einer von der Ausbildungsbehörde festgelegten Gliederung ausgearbeitet. Der Schwerpunkt der Ausarbeitung hat auf dem hauswirtschaftlichen Teil zu liegen. Die Betriebsbeschreibung wird von der Beraterin in Ausbildung am 2. Mai dem Leiter des Landwirtschaftsamtes mit Landwirtschaftsschule übergeben. Nach Durchsicht und Beurteilung durch ihn und die Ausbildungsbeauftragte geht die Betriebsbeschreibung auf dem Dienstwege an den Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt. Die Betriebsbeschreibung wird zu den Prüfungsakten genommen und zur Bildung des Gesamturteils mit herangezogen; sie ist jedoch keine Prüfungsarbeit, da sie keine völlig selbständige Arbeit darstellt.
3. Die Beraterin in Ausbildung hat im Laufe des Jahres 3 Vorträge aus verschiedenen Sachgebieten frei zu halten. Die Vorträge sind schriftlich auszuarbeiten und zu den Prüfungsakten zu nehmen. Die Vorträge sind in Gegenwart der Ausbildungsbeauftragten zu halten.
4. Die Beraterin in Ausbildung ist so viel wie möglich an Einzelberatungen heranzuführen. Nach anfänglichen Hospitationen bei den erfahrenen Beratungskräften ist sie nach und nach mit selbständigen Aufgaben zu beauftragen. 2 Einzelberatungen sind mit Skizzen und kurzer schriftlicher Erläuterung zu den Prüfungsakten zu nehmen.
5. Die Beraterin in Ausbildung muß an der Beratung für Landarbeiterfrauen beteiligt werden.
6. Um der Beraterin in Ausbildung die methodischen Hilfen für die Durchführung von Lehrgängen für Landfrauen, ehemalige Schülerinnen und Lehrlinge zu geben, findet im Laufe des Jahres ein methodisch-pädagogischer Lehrgang statt.
7. Die Beraterin in Ausbildung hat drei Haushaltsbuchführungen auszuwerten.
8. Während der gesamten Ausbildung ist ein Arbeits-Tagebuch (Anlage 1) zu führen. Es ist monatlich der Ausbildungsbehörde auf dem Dienstwege vorzulegen.

II. Die Prüfung**§ 6 Zeitpunkt und Meldung**

Die Prüfung findet im letzten Vierteljahr des Vorbereitungs-dienstes statt.

Die Anwärterin beantragt die Zulassung zur Prüfung bei dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt auf dem Dienstwege 3 Monate vor Beendigung der Ausbildung.

Der Leiter des Landwirtschaftsamtes mit Landwirtschaftsschule fügt den Prüfungsunterlagen Beurteilungen der Kandidatin und der Prüfungsarbeiten bei (Betriebsbeschreibung, Vorträge, Ausarbeitung der Einzelberatungen, Haushaltsbuchführungsabschlüsse).

§ 7 Der Prüfungsausschuß

Er setzt sich wie folgt zusammen aus:

1. Einem(er) Vertreter(in) des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt als Vorsitzende(r).
2. Der Dezernentin für das ländlich-hauswirtschaftliche Schul- und Beratungswesen des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft.
3. Einem(er) Vertreter(in) des Hessischen Landwirtschaftlichen Beraterseminars Rauischholzhausen.
4. Einem(er) Vertreter(in) des Landwirtschaftsamtes mit Landwirtschaftsschule „Fachrichtung Betriebswirtschaft“, an dem die Prüfung stattfindet.
5. Einer Lehr- und Beratungskraft „Fachrichtung ländliche Hauswirtschaft“, die Erfahrungen über die Ausbildung von Beraterinnen hat.

§ 8 Inhalt der Prüfung

Sie gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. Die Beratungsübung,
2. Die Aussprache
 - a) über die Beratungsübung,
 - b) über angewandte Landwirtschaftspolitik,
3. Die Durchführung eines praktischen Lehrganges von ca. 3 Stunden.

§ 9 Durchführung der Prüfung

1. Die Beratungsübung besteht aus einer praktischen Beratung in einem landwirtschaftlichen Betrieb und einer anschließenden Aussprache. Die Aufgabe wird dem Prüfling unmittelbar vor Beginn der Beratung gestellt. Er bekommt 4 bis 5 Stunden Zeit, um sich über den Haushalt und den Gesamtbetrieb einen Überblick für den Ansatz der Beratung zu verschaffen.
2. Die anschließende Aussprache soll dem Prüfling Gelegenheit geben, die von ihm erarbeiteten Vorschläge näher zu begründen.
Die Aussprache soll zum Schluß auf die Gebiete der Agrarpolitik und Agrarsoziologie einschließlich der Sozialpolitik übergehen, soweit sie für die praktische Beratung notwendig sind.
3. Im Laufe des letzten Vierteljahres findet im Beisein von 2 Mitgliedern des Prüfungsausschusses ein praktischer Lehrgang mit Landfrauen, Lehrlingen usw. statt, der von dem Prüfling vorzubereiten und durchzuführen ist.

§ 10 Bewertung

Die Leistungen im Vorbereitungsdienst und in den einzelnen Prüfungsabschnitten sind zu bewerten mit:

- | | |
|--------------|---|
| sehr gut | (1) = eine besonders hervorragende Leistung, |
| gut | (2) = eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistung, |
| befriedigend | (3) = eine über dem Durchschnitt liegende Leistung, |
| ausreichend | (4) = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht, |
| mangelhaft | (5) = eine Leistung mit erheblichen Mängeln, |
| ungenügend | (6) = eine völlig unbrauchbare Leistung. |

Für die Prüfungsleistung ist ein Gesamturteil festzustellen. Die Benotungen in den einzelnen 3 Abschnitten (§ 8) sind gleichwertig.

Außer dem Prüfungsergebnis sind die Leistungen während des einjährigen Vorbereitungsdienstes sowie das Persönlichkeitsbild zu berücksichtigen.

Für das Gesamturteil gelten folgende Noten:

„Sehr gut“, „gut“, „befriedigend“, „ausreichend“, „nicht bestanden“.

Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn das Gesamturteil schlechter als „ausreichend“ ist.

Alle Entscheidungen über Prüfungsleistungen, besonders auch die Entscheidungen über die Prüfungsergebnisse, fällt der Prüfungsausschuß mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 11 Prüfungszeugnis, Prüfungsniederschrift

1. Nach der bestandenen Prüfung erhält die Beraterin in Ausbildung ein Zeugnis nach dem Muster Anlage 2.
2. Sie hat danach das Recht, sich „Staatlich geprüfte Beraterin für ländliche Hauswirtschaft“ zu nennen.
3. Über den Verlauf der Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen und zu den Akten des Prüfungsausschusses zu nehmen.
4. Die Niederschrift nach Abs. 3 ist von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterschreiben.

§ 12 Wiederholung der Prüfung

Die Prüfung kann bei Nichtbestehen einmal wiederholt werden. Über die Dauer und Durchführung der weiteren Ausbildung entscheidet der Prüfungsausschuß.

§ 13 Schlußbestimmungen

Diese Bestimmungen sind mit Wirkung vom 1. Januar 1971 anzuwenden.

Die Bestimmungen über die Ausbildung und Prüfung von Beraterinnen für die ländliche Hauswirtschaft vom 15. August 1963 (StAnz. S. 1042) werden aufgehoben.

Wiesbaden, 28. 1. 1971

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
II B 3 — 94 a 08.01 — Tgb.-Nr. 16126/71

Anlage 1

Muster

Datum	Tätigkeit	Stellungnahme
-------	-----------	---------------

Anlage 2

(Landeswappen)

Urkunde

Frau/Fräulein

geboren am in

Kreis

ist nach den Bestimmungen des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt vom 28. Januar 1971 ausgebildet worden und hat die Staatliche Abschlußprüfung mit dem

Gesamturteil

bestanden. Sie ist berechtigt, die Berufsbezeichnung

„Staatlich geprüfte Beraterin
für ländliche Hauswirtschaft“

zu führen.

Wiesbaden, den

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt

Der Vorsitzende
des staatlichen Prüfungsausschusses

683

Personalnachrichten

Es sind

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers**Reg.-Bez. Darmstadt**

— Gymnasien —

ernannt:

zu **Studienassessoren/innen (BaP)** die Assessoren innen des Lehramts Horst Reuscher, Bensheim (28. 1. 1971), Klaus Wroblewski, Gießen/L. (30. 1. 1971), Hans-Joachim Bauer, Büdingen (14. 7. 1970), Wolfgang Wisker, Gelnhausen (10. 7. 1970), Ulrich Weinberg, Darmstadt (18. 1. 1971), Wilhelm Lang, Hungen (15. 7. 1970), Hildegard Weiser, Sulzbach/Ts. (29. 7. 1970), Hannelore Al-Rawi, Grünberg (15. 7. 1970), Rotraut Zimmermann, Bensheim/Bergstr. (1. 2. 1971), Dr. Elisabeth Hehrlein, Gießen (1. 8. 1970), Siegfried Lang, Hanau (10. 10. 1969), Thomas Kunke, Wiesbaden (1. 8. 1970), Doris Metzler, Gießen (1. 2. 1970), Dietrich Kayser, Frankfurt/Main-Höchst (1. 8. 1970), Gerhard Wieser, Groß-Gerau (1. 2. 1971), Dietrich Unruh, Friedberg (1. 2. 1971), Peter Schröck, Offenbach/Main (1. 2. 1971), Volker Gerlach, Butzbach (1. 8. 1970), Annegret Schmidt, Friedberg (1. 2. 1971), Ingolf Hofer, Wetzlar (1. 2. 1971), Assessor im Lehramt (BaW) Wolfram Wähner, Gernsheim/Rh. (28. 8. 1970);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienassessoren/innen (BaP) Ursula Schoenberger, Gelnhausen (4. 2. 1971), Heinrich Kloos, Darmstadt (27. 1. 1971), Bernhard Dönicke, Königstein/Ts. (9. 2. 1971), Wolf-Dieter Wachsmuth, Bad Homburg v. d. H. (29. 1. 1971), Dietmar Ansoerge, Bad Homburg v. d. H. (29. 1. 1971), Heinz-Georg Nattermann, Limburg/L. (9. 2. 1971), Robert Gerner, Hanau/M. (28. 8. 1970), Winfried Röhling, Bad Vilbel (25. 1. 1971), Rosemarie Pabel, Königstein/Ts. (10. 2. 1971), Gertraude Ochs-Haltig, Oberursel/Ts. (3. 2. 1971), Karin Quehl, Bad Homburg v. d. H. (10. 2. 1971), Gerfried Stein, Bad Homburg v. d. H. (29. 1. 1971), Agnes Pfeiffer, Königstein/Ts. (13. 2. 1971), Dieter Oth, Offenbach/Main (10. 2. 1971), Dieter Leuck, Frankfurt/Main (4. 12. 1970), Ingrid Bungardt, Königstein/Ts. (9. 2. 1971), Gisela Schraub, Oberursel/Ts. (6. 2. 1971), Manfred Kosciuszka, Offenbach/Main (26. 11. 1970), Gerhard Freund, Friedberg (4. 12. 1970), Theodor Uhrig, Gernsheim/Rhein (1. 9. 1970), Dr. Ingeborg Degenhardt, Frankfurt/Main (19. 2. 1971), Hans-Ludwig Neumann, Frankfurt/Main-Höchst (23. 2. 1971), Marie-Luise Leberke, Frankfurt/Main (23. 1. 1971), Rudolf Born, Hadamar (17. 2. 1971), Dr. Ernst Gebhardt, Friedberg (24. 12. 1970), Gerald Becht, Wiesbaden-Kastel (12. 2. 1971), Uwe Heil, Gelnhausen (4. 2. 1971), Dieter Draheim, Wiesbaden (12. 2. 1971), Bernfried Wieland, Büdingen (9. 12. 1970), Dieter Koch, Friedberg (9. 12. 1970), Ursula Dickhaut, Wiesbaden (20. 2. 1971), Wolf-Rüdiger Wilhelm, Wiesbaden (13. 2. 1971), Ulrich Meyer-Husmann, Wiesbaden (8. 2. 1971), Dorothea Eckert, Bad Homburg v. d. H. (6. 2. 1971), Gernot Jäger, Dillenburg (19. 2. 1971), Maria-Theresia Kothe, Dillenburg (17. 2. 1971), Richard Coßmann, Wetzlar (17. 2. 1971), Dieter Sähn, Gießen (18. 2. 1971), Heinrich Hainmüller, Gießen (18. 2. 1971), Edda Hilbig, Gießen (18. 2. 1971), Walter Schlotter, Rüsselsheim (17. 2. 1971), Siegfried Halder, Hungen (17. 2. 1971), Christian Schönfeld, Wetzlar (18. 2. 1971), Werner Eisenstein, Wetzlar (25. 2. 1971), Hansjürgen Beier, Nidda (30. 1. 1971), Kurt Blumöhr, Nidda (30. 1. 1971), Siegfried Elsner, Bad Homburg v. d. H. (29. 1. 1971), Hans-Helmut Theobald, Wiesbaden (30. 11. 1970), Siegmund Hahn, Heusenstamm (15. 2. 1971), Gabriele Langer, Bensheim a. d. B. (2. 2. 1971), Dieter Luley, Babenhausen (13. 2. 1971), Rudolf Werther, Frankfurt/Main (12. 2. 1971), Hildegard Knopp, Wiesbaden (5. 3. 1971), Christoph Jann, Herborn (8. 2. 1971), Dietlinde Kaiser, Frankfurt/Main (19. 2. 1971), Udo Pürzer, Friedberg (8. 12. 1970), Edgar Grünwald, Lampertheim (11. 12. 1970), Dietrich Rodig, Wetzlar (18. 2. 1971), Ingeborg Kahl, Wetzlar (19. 2. 1971), Manfred Müller, Gießen (6. 3. 1971), Marianne Viertel, Wiesbaden (3. 3. 1971), Konrad Wich, Wiesbaden (20. 2. 1971), Hartrud Schwartz, Wiesbaden (24. 2. 1971), Günter Stühler, Dillenburg (10. 3. 1971), Harold Lebküchner, Frankfurt/Main (12. 2. 1971), Hans-Otto Reukauf, Sulzbach/Ts. (11. 2. 1971), Klaus Decker, Gießen (12. 2. 1971), Reinhilde Niemeyer, Hanau (11. 2. 1971), Hermann Tilp, Hanau (10. 2. 1971), Wolfgang Zick, Alsfeld

(8. 2. 1971), Edgar Kirchner, Sulzbach/Ts. (11. 1. 1971), Wunibald Reinhardt, Hanau (8. 2. 1971), Helmut Meiser, Bad Nauheim (5. 2. 1971), Walter Philipp, Hanau (11. 2. 1971), Berthilde Berz, Hofheim/Ts. (23. 2. 1971), Cosima Petersen, Hanau (9. 2. 1971), Ludwig Bier, Gießen (19. 2. 1971), Gisela Ulmer, Hanau (23. 2. 1971), Gerd Rixmann, Hofheim/Ts. (18. 2. 1971), Gerda Cieslik, Hanau (8. 2. 1971), Dietrich Bückler, Wetzlar (19. 2. 1971), Brigitte de la Fontaine, Frankfurt/Main (16. 2. 1971), Dagobert Dobrowolski, Frankfurt/Main-Höchst (19. 2. 1971), Claus-Jürgen Schneider, Limburg (20. 2. 1971), Ilse Weitz, Frankfurt/Main (19. 2. 1971), Rudolf Lauter, Geisenheim (12. 2. 1971), Hildegard Perner, Gießen (6. 3. 1971), Edith Herget, Frankfurt/Main (16. 2. 1971), Hannelore Wiedner, Gießen (8. 3. 1971), Hagen Riedmüller, Frankfurt/Main (4. 3. 1971);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Rainer Hartung, Frankfurt/Main (27. 1. 1971), Inga Radowski, Idstein/Ts. (30. 12. 1970), Erika Bielich, Frankfurt/Main (30. 12. 1970), Karlheinz Maurer, Gießen/L. (5. 2. 1971), Paul Peuser, Dillenburg (5. 2. 1971), Friedrich Ewert, Darmstadt (26. 2. 1971), Karl Peter Schwarz, Dillenburg (17. 2. 1971), Günther Münster, Herborn (26. 2. 1971), Hubert Döppenschmitt, Gelnhausen (20. 2. 1971), Herma-Hedda Schulze, Schlüchtern (17. 2. 1971), Barbara Schall, Wiesbaden (13. 1. 1971), Otto Balser, Butzbach (29. 1. 1971), Ludwig Hardt, Bad Nauheim (22. 1. 1971), Hans Kaiser, Nidda (25. 12. 1970), Gerlinde Bebbler, Bad Nauheim (22. 1. 1971), Karl-Wilhelm Ziebler, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Kurt Reinhardt, Hofheim/Ts. (22. 1. 1971), Friedrich Lindemann, Gießen (22. 12. 1970), Otto Engel, Gießen (5. 2. 1971), Hans Georg Dittmer, Wiesbaden (27. 1. 1971), Gerhard Wotruba, Weilburg (6. 3. 1971), Dr. Robert Wolf, Frankfurt/Main (30. 1. 1971), Harald Czinczel, Bensheim a. d. B. (11. 1. 1971), Ilse Schlee, Gießen (6. 2. 1971), Walter Rose, Oberursel (11. 1. 1971), Claus Cebulla, Schlüchtern (27. 2. 1971), Lothar Hartmann, Hadamar (18. 12. 1970), Ursula Springmeyer, Biedenkopf (29. 1. 1971), Dieter Alterm, Oberursel (22. 12. 1970), Hugo Dörner, Limburg (3. 3. 1971), Albert Lauster, Rüsselsheim (19. 2. 1971), Ferdinand Bornemann, Dieburg (8. 2. 1971);

zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte Detlef Süßkrüb, Wetzlar (27. 2. 1971), Eberhard Simon, Weilburg (27. 2. 1971);

in den Ruhestand versetzt (mit Ablauf des Monats):

die Oberstudienräte Dr. Rudolf Deuse, Limburg/L. (Dezember 1970), Dr. Franz Müller, Langen (Dezember 1970), Ernst Kayser, Grünberg (Juni 1971);

entlassen:

Studienassessor Dietrich Kayser, Frankfurt/Main-Höchst (Februar 1971), Oberstudienrat Anton Thurnreiter, Frankfurt/Main (März 1971).

— Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen —

ernannt:

zu **Studienreferendaren (BaW)** die Bewerber innen Dipl.-Kfm. Gerhard Stücky, Bensheim (1. 12. 1970), Ito Valenti-Clari, Frankfurt/M. (1. 2. 1971), Hans Gassert, Hofheim/Ts. (1. 2. 1971), Dipl.-Volkswirt Wolfgang Herzig, Frankfurt/Main (1. 2. 1971), Dipl.-Hdl. Karl-Julius Uhl, Groß-Gerau (1. 2. 1971), Dipl.-Chem. Hans-Ulrich Joachim, Frankfurt/Main (1. 10. 1970), die Studienreferendarin Wiltrud Diehl, Hofheim/Ts. (1. 2. 1971);

zu **Studienassessoren/innen (BaP)** die Studienreferendare/innen Dipl.-Kfm. Hermann Becker, Gelnhausen (4. 2. 1971), Dipl.-Kfm. Doris Jayme, Darmstadt (2. 2. 1971), Helmut Fronauer, Wiesbaden (4. 2. 1971), Dipl.-Hdl. Harm-Wulf Jönen, Groß-Gerau (5. 2. 1971), Jürgen Deppisch, Darmstadt (20. 2. 1971), Gerhard Ohly, Groß-Gerau (5. 2. 1971), die Dipl.-Hdl. Anna Kaspar, Bensheim (2. 2. 1971), Dieter Bausch, Frankfurt/Main (11. 2. 1971), Rainer Trosdorf, Frankfurt/Main (27. 11. 1970), Dipl.-Ing. Roland Buchert, Dieburg (6. 2. 1971), Albrecht Rückert, Bensheim (16. 2. 1971), der Stud.-Ref. Heribert Kittel, Bensheim (26. 1. 1971), Wolfgang Münk, Rüsselsheim (12. 2. 1971), Rudolf Klein, Frankfurt/Main (2. 2. 1971), Dr. Albert Hardt, Wiesbaden (12. 2. 1971), die Stud.-Ref. Olga Kubin,

Bensheim (16. 2. 1971), Claudia Wiederholt, Dillenburg (1. 2. 1971), die Dipl.-Volkswirtin Gisela Wagner, Frankfurt am Main (4. 2. 1971);

zur **Studienassessorin (BaP)** Felicitas Eisenbach, Limburg/Lahn (5. 2. 1971);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienassessoren/innen Karlheinz Schuester, Rüsselsheim/M. (5. 2. 1971), Hans Rückert, Nidda (5. 2. 1971), Lutz-Rüttger Sonnenschein, Bad Schwalbach (2. 2. 1971), Kurt Skralant, Hanau/Main (4. 2. 1971), Manfred Schardt, Limburg/Lahn (22. 1. 1971), Werner Greulich, Sprendlingen (12. 2. 1971), Peter Jahn, Lampertheim (15. 2. 1971), Walter Boß, Gießen (15. 2. 1971), Georg Schneider, Frankfurt/Main (12. 2. 1971), Peter Schwertel, Limburg (17. 2. 1971), Klaus Weber, Frankfurt/Main (16. 2. 1971), Gerd-Udo Gundermann, Wiesbaden (2. 2. 1971), Manfred Döll, Hanau (12. 2. 1971), Jürgen Lindemann, Lampertheim (15. 2. 1971), Karl-Dietrich Grumpe, Frankfurt/Main (2. 2. 1971), Dieter Joos, Michelstadt (16. 2. 1971), Klaus Köhler, Gießen (25. 1. 1971), Horst Ollech, Gießen (16. 2. 1971), Klaus Jung, Wiesbaden (8. 2. 1971), Paul Mayer, Frankfurt/Main (2. 2. 1971), Hans Kessler, Michelstadt/Odw. (27. 1. 1971), Karl Killmer, Offenbach/M. (11. 1. 1971), Gerhard Keller, Sprendlingen (26. 1. 1971), Kurt Hofmeister, Frankfurt/Main-Höchst (9. 2. 1971), Manfred Schöberl, Gießen (14. 1. 1971), Christian Jäkel, Bensheim (2. 2. 1971), Christos Sianides, Offenbach/M. (29. 1. 1971), Barbara Pflomm, Limburg (28. 1. 1971), Christian Kornelius Ihlefeld, Gelnhausen (3. 2. 1971), Helmut Kaschensch, Gelnhausen (9. 3. 1971), Gerhard Hau, Frankfurt/Main (9. 2. 1971), Ernst Suchomel, Gießen (18. 2. 1971);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Siegfried Seidel, Frankfurt/Main (27. 1. 1971), Karl Ludwig Renker, Bad Homburg v. d. H. (12. 2. 1971), Roswitha Wehrmeister, Hausen (15. 12. 1970), Dieter Scharf, Frankfurt/Main (18. 2. 1971), Gisela Kathke, Frankfurt/Main (21. 1. 1971), Dorothee Vorbeck, Frankfurt/Main (15. 1. 1971), Gunter Egenolf, Frankfurt/Main (30. 1. 1971);

zum **Oberstudiendirektor** Oberstudienrat Dipl.-Hdl. Dieter Rudolph, Dillenburg (21. 1. 1971);

zur **Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** Fachlehrerin Gertrud Bücking, Gießen (26. 11. 1970);

zum **Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** Lehrwerkmeister für arbeitstechnische Fächer z. A. Hans-Herbert Rheinganz, Dillenburg (21. 1. 1971);

zu **Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** der die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer zur Anstellung Josef Hinz, Dieburg (4. 2. 1971), Monika Kaiser, Darmstadt (25. 2. 1971), Lieselotte Petzsch, Gießen (12. 2. 1971), Rudolf Wagner, Gießen (5. 2. 1971),

zur **Fachlehrerin für technologische Fächer z. A. (BaP)** Angestellte Wilhelmine Banser, Wiesbaden (15. 9. 1970);

zum **Studienrat z. A. (BaP)** Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Dipl.-Kfm. Wilhelm Förster, Frankfurt/Main (17. 12. 1970), Herr Dr. Oswald Küper, Frankfurt/Main (31. 10. 1970);

zum **Fachlehrer an einer beruflichen Schule z. A. (BaP)** Angestellter Klaus-Jürgen Fritze, Frankfurt/Main (4. 2. 1971);

zur **Fachlehrerin an beruflichen Schulen (BaL)** Fachlehrerin zur Anstellung (BaP) Felicitas Maniak, Hanau (10. 2. 1971);

in den Ruhestand versetzt (mit Ablauf des Monats):

Oberstudienrat Peter Richter, Rüsselsheim (August 1970), Oberstudienrätin Berta Hesch, Hofheim/Ts. (Januar 1971).

— Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen —

ernannt:

zu **apl. Lehrer/innen (BaW)** die Lehramtsbewerber/innen Dorothea Kessel, Großen-Linden (10. 2. 1971), Elfriede Rotter, Wiesbaden (12. 1. 1971), Edith Koch, Weidenhausen (8. 2. 1971), Anneliese Kraus, Wiesbaden (4. 2. 1971), Brigitte Kaffenberger, Dieburg (8. 2. 1971), Ingrid Becker, Klein-Welzheim (1. 2. 1971), Elka Hechler, Bensheim a. d. B. (8. 2. 1971), Gerhard Haury, Bad Vilbel (15. 1. 1971), Heidi Dyck, Frankfurt/Main (1. 2. 1971), Klaus Grasshoff, Obertshausen (1. 2. 1971), Helga Schmidt, Hochheim/M. (11. 1. 1971), Doris Gilles, Wiesbaden (5. 2. 1971), Jutta Lehnert, Groß-Umstadt (1. 2. 1971), Ingrid Steiner, Lorsch (18. 1. 1971), Heidi Bock, Frankfurt/Main (1. 2. 1971), Christiane May, Gießen (4. 1. 1971), Claus-Jürgen Ladwig, Ulrichtstein (4. 1. 1971), Marianne Schade, Pfungstadt (8. 2. 1971),

Karlheinz Ruppert, Weiterstadt (28. 1. 1971), Hans Sommerlad, Laubach (25. 1. 1971), Wilhelm Kabrheil, Erbach/Odw. (7. 1. 1971), Vera Lusch, Hadamar (15. 2. 1971), Heidrun Rühl, Birkenau (4. 1. 1971), Margareta Graber, Salmünster (8. 2. 1971), Gudrun Dorsten, geb. Stieler, Braunfels (15. 2. 1971), Barbara Kleinbub, Darmstadt (1. 2. 1971), Ursula Rissel, Flörsheim (1. 9. 1970), Herta Vollbrecht, Frankfurt/Main (15. 2. 1971), Marie-Luise Fecher, Offenbach, (1. 2. 1971), Herta Stang, geb. Fritz, Krofdorf-Gleiberg (22. 2. 1971), Birgit Schüller, Mörfelden (4. 1. 1971), Heidrun Barabas, Frankfurt/Main (1. 2. 1971), Walter Leisinger, Goddelau (4. 1. 1971), Regine Behnke, Wetzlar (8. 2. 1971), Marianne Wirth, Dietzenbach (8. 2. 1971), Silvia Biemann, Flörsheim (15. 2. 1971), Hannelore Safavi, Langenselbold (4. 1. 1971), Michael Walther, Neu-Anspach, Krs. Usingen (19. 2. 1971), Hilde Kern, Biebertal (8. 2. 1971), Uwe Geisler, Dreieichenhain (1. 3. 1971), Hans-Wolfgang Kropp, Langenselbold (15. 2. 1971), Dieter Heilmann, Bad König (4. 11. 1970), Helma Staudt, Babenhausen (12. 1. 1971), Brigitte Scharf, Wiesbaden (1. 12. 1970), Ursula May, Gadenheim (1. 9. 1970);

die Lehrerin im Angest.-Verh. Anita Gosda, Kelheim/Ts. (25. 1. 1971);

die Lehrer/innen z. A. Hans-Jürgen Wolff, Frankfurt/M. (1. 3. 1971), Elvira Wolff, Frankfurt/Main (1. 3. 1971);

die ehemalige Lehrerin z. A. Rosemarie Kober, Kelkheim-Hornau (11. 1. 1971);

zu **apl. Fachlehrer/innen für musisch-technische Fächer (BaW)** die Fachlehreranwärter/innen: Verena Szakacsi, Heusenstamm (1. 9. 1970), Almut Breu, Dietzenbach (1. 2. 1971);

zu **apl. Lehrer/innen (BaP)** die apl. Lehrer/innen (BaW) Maria Gisela Heidborn, Rüsselsheim-Königstädten (27. 1. 1971), Ingeborg Kroh, Biebergemünd (Kassel) (9. 2. 1971), Karin Weidner, Wallau (1. 2. 1971), Helga Stahl, Arnolds-hain (27. 1. 1971), Ingrid Baracat, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Gabi Heil, Kriftel/Ts. (25. 1. 1971), Angelika Menzel, Frankfurt/Main (30. 1. 1971), Hella Fitzner, Frankfurt/Main (5. 2. 1971), Gudula Faig, Groß-Zimmern (25. 11. 1970), Karin Thomas, Groß-Bieberau (15. 1. 1971), Uwe Lippmann, Wolfskehlen (23. 12. 1970), Annerose Hainisch, Frankfurt/Main (2. 2. 1971), Birgit Pleier, Kelsterbach/M. (19. 12. 1970), Heidrun Wolf, Büttelborn (18. 12. 1970), Peter Trautmann, Wetzlar (1. 2. 1971), Ilse Bausch, Anspach (12. 2. 1971), Sigrun Hennemuth, Frankfurt/Main (3. 2. 1971), Elke Fiedler, Bleidenstadt (11. 2. 1971), Heinrich Langer, Holzhausen (3. 2. 1971), Anhild Kurz, Friedrichsdorf (27. 1. 1971), Georg Wladarz, Frankfurt/Main (2. 2. 1971), Niels Schroeter, Frankfurt/Main (9. 2. 1971), Horst Meyer, Bruchköbel (21. 1. 1971), Hans-Ulrich Bens, Holzhausen (3. 2. 1971), Hartmut Schäfer, Biedenkopf (28. 8. 1970), Peter Keller, Butzbach (20. 11. 1970), Werner Blattert, Wallau/Lahn (23. 2. 1971), Ingrid Winter, Niederlauken (9. 2. 1971), Renate Mantke, Sprendlingen (15. 2. 1971), Waltraud Metz, Rodheim-Bieber (1. 2. 1971), Gerd Stüber, Nauheim (9. 2. 1971), Peter Knorr, Nieder-Mörlen (26. 1. 1971), Margarete Cerci, Ranstadt (26. 1. 1971), Brigitte Helbrecht, Offenbach/Main (2. 2. 1971), Jutta Kopacek, Michelbach (12. 2. 1971), Edeltraud Bauer, Lützel-Wiebelsbach, (5. 12. 1970), Heide Häßler, Altengronau (11. 8. 1970), Erna Ulrich, Frankfurt am Main (9. 2. 1971), Bernd Joachim Will, Frankfurt/Main (2. 2. 1971), Sabine Lull, Großauheim (11. 2. 1971), Elke Fehr, Neckarsteinach (12. 2. 1971), Heidrun Schurian, Frankfurt/Main (12. 2. 1971), Heinrich Keutel, Wachenbuchen (25. 2. 1971), Uta Jost, Hofheim/Ts. (18. 12. 1970), Klaus Jünger, Bad Vilbel (26. 1. 1971), Elke Lang, Ranstadt (30. 11. 1970), Heidmarie Helene Bauer, Mittelbuchen (17. 2. 1971), Ingrid Corvers, Wiesbaden (20. 2. 1971), Johanna Wienen, Frankfurt/Main (19. 2. 1971), Norbert Leyendecker, Eschbach (27. 1. 1971), Manfred Dutenhöfer, Mülheim/Main (4. 11. 1970), Berthold Müller, Kemel (24. 2. 1971), Heidrun Kling, Ehringshausen (18. 2. 1971), Stefanie Fiebig, Stierstadt/Ts. (12. 2. 1971), Falk Hofrichter, Nieder-Wöllstadt (18. 12. 1970), Johannette Kohl, Bad Soden (16. 2. 1971), Ilse-Maria Bauer, Mülheim/Main (9. 12. 1970), Fred Schmitt, Flörsheim (10. 2. 1971), Fritz Henke, Groß-Gerau (27. 1. 1971), Irmtraud Achenbach, Mörfelden (4. 2. 1971), Krystyna Issel, Heppenheim (16. 2. 1971), Roderich Beier, Mörlenbach (11. 2. 1971), Karola Komischke, Bad Homburg (28. 1. 1971), Fritz Morawczik, Grünberg (10. 12. 1970), Sigurd Bender, Delkenheim (26. 1. 1971), Maria Brandt, Hofheim/Ts. (16. 2. 1971), Jürgen Görtz, Rodheim-Bieber (8. 2. 1971), Annemai Schulz, Fehlbheim (29. 1. 1971), Wilfried Igstadt, Wiesbaden (18. 9. 1970), Helga

Dietz, Nieder-Gemünden (22. 4. 1970), Klaus-Peter Möhn, Klein-Linden (30. 10. 1970), Karin Friedrich, Steinbach (2. 12. 1970), Gerd Baither, Wiesbaden (29. 1. 1971), Friedrich Bauer, Wiesbaden (3. 2. 1971), Ernst-Christof Damerau, Offenbach/Main (12. 1. 1971), Hans-Joachim Scholz, Offenbach/Main (29. 12. 1970), Erika Hilbig, Offenbach/M. (27. 1. 1971), Gerhild Albert, Offenbach/M. (2. 2. 1971), Helga Möller, Steinbach (9. 2. 1971), Angelika Zimmer, Gießen (12. 11. 1970), Peter Klaus Seifert, Trebur (4. 11. 1970), Ingeborg Machleidt, Viernheim (11. 2. 1971), Helmut Richter, Hofheim/Ts. (30. 1. 1971), Hans-Joachim Schatz, Hahn/Ts. (4. 2. 1971), Hella Nitschke, Rimbach (18. 2. 1971), Elfriede Schmidt, gesch. Kuhn, Frankfurt/Main (3. 2. 1971), Friedrich Schimm, Frankfurt/Main (2. 2. 1971), Heidrun Preusler, Usingen (11. 2. 1971), Wolfgang Busch, Frankfurt/Main (12. 2. 1971), Hedwig Pramschüfer, Büdingen (10. 12. 1970), Rosemarie Krichbaum, Büdingen (10. 12. 1970), Regine Steinhöfer, Butzbach (12. 11. 1970), Roswitha Schmittl, Reichelsheim (23. 12. 1970), Erwin Mengel, Schotten (10. 12. 1970), Dorothea Maurer, Butzbach (11. 12. 1970), Ingrid Stolz, Fischbach/Ts. (26. 2. 1971), Angelika Spieckermann, Frankfurt/M. (10. 2. 1971), Jürgen Wolf, Waldmichelbach (19. 2. 1971), Dieter Fähler, Herborn (15. 2. 1971), Ingrid Riedmann, Anspach, Krs. Usingen (17. 2. 1971), Ute Udluft, Hofheim/Ts. (6. 3. 1971), Manfred Bott, Hofheim/Ts. (22. 2. 1971), Monika Heußner, geb. Maier, Dieburg (26. 11. 1970), Maria Elisabeth Lemberg, Wiesbaden (3. 10. 1970);

die Lehrer/innen im Angestelltenverhältnis: Hildegard Morweiser, Heppenheim (4. 12. 1970), Ursula Zwickler, Wiesbaden (20. 1. 1971), Georg Fuchs, Niederselters (8. 2. 1971);

die ehemaligen Lehrerinnen Sigrid Rothmann, Londorf (1. 2. 1971), Christa Ringsdorf, Rodheim-Bieber (4. 1. 1971), Else Wagner, Langen (27. 1. 1971), Ute Bär, Gießen (29. 12. 1970), Heidrun Krumnow, Frankfurt/Main (1. 3. 1971);

zu apl. Fachlehrer/innen für musisch-technische Fächer (BaP) die apl. Fachlehrer/innen (BaW) Maria Hampel, Kelsterbach/M. (29. 11. 1970), Gerhild Schneider, Hanau/M. (11. 1. 1971), Herbert Blaschko, Kelkheim/Ts. (13. 2. 1971), Wolfgang Uhl, Biedenkopf (10. 2. 1971), Lothar Weber, Griesheim b. Darmstadt (29. 1. 1971), Rosemarie Hildebrand, Wehen/Ts. (6. 11. 1970), Christine Calabro, Bad Schwalbach (11. 2. 1971), Silke Wetteke, Oberursel (19. 2. 1971), Klaus Becker, Niederwalluf (10. 2. 1971), Rita Baranowski, Biedenkopf (2. 2. 1971), Anneliese Hock, Trebur (10. 12. 1970), Regine Nagel, Gedern (26. 1. 1971), Gabriele Breul, Hettersroth (9. 2. 1971), Dagmar Dicke, Eltville (29. 1. 1971), Karl Kräter, Seicheim a. d. B. (3. 11. 1970), Elke Grüning, Wiesbaden (15. 9. 1970), Mechthild Groß, Dietzenbach (10. 2. 1971), Gerd Klotz, Hainstadt (28. 1. 1971), Lena Freund, Frankfurt/Main (16. 2. 1971), Karl-Heinz Becker, Eschborn (18. 2. 1971), Helma Werner, Frankfurt/Main (11. 2. 1971), Sylvia Hippe, Frankfurt/Main (12. 2. 1971), Gertrud Maria Obée, Idstein (1. 2. 1971), Sigrid Heidrun Rothmaler, Hanau (18. 12. 1970), Regina Reischlad, Gießen (27. 1. 1971), Gieselheid Steinmüller, Frankfurt/Main (3. 2. 1971), Manfred Preiss, Bad Soden (2. 2. 1971), Brigitte Boss, Hahn/Ts. (25. 2. 1971), Christa Isolde Lazarus, Hainhausen (19. 2. 1971), Ilse Otter, Offenbach/Main (28. 1. 1971), Udo Volck, Wetzlar (1. 2. 1971), Dieter Kraffert, Frankfurt/M. (8. 9. 1970), Heidi Portune, Usingen (27. 1. 1971), Martina Schmidt, Frankfurt/Main (5. 2. 1971), Birgit Schaich, Frankfurt/Main (2. 2. 1971), Bärbel Wolf, Schotten (30. 11. 1970), Marie-Luise Weber, Assenheim Krs. Friedberg (15. 12. 1970), Dagobert Schaaf, Büdingen (30. 11. 1970), Rita Wilms, Lorsch (27. 2. 1971), Ingrid Damerau, Bad Vilbel (16. 12. 1970), Werner Koch, Altenstadt (24. 2. 1971), Ursula Kottner, Hofheim/Ts. (16. 1. 1971), Hildegard Blank, Offenbach/M. (4. 3. 1971), Hannelore Judith, Eltville (19. 2. 1971), Georg Eitner, Seligenstadt/M. (11. 2. 1971), Klaus Knuth, Offenbach/M. (3. 12. 1970), Helgard Kleemann, Falkenstein/Ts. (11. 2. 1971), Josef Storz, Fischbach/Ts. (2. 2. 1971), Gabriele Luyken, Rüdeshelm/Rh. (8. 2. 1971), Angelika Strödter, Kelkheim/Ts. (30. 1. 1971), Sigrid Seehafer, Frankfurt/Main (14. 9. 1970), Elisabeth Kessler, Ober-Roden (28. 12. 1970), Ingeborg Habicht, Dudenhofen (4. 2. 1971), Ruth Lamprecht, Hanau/M. (3. 2. 1971), Gudrun Kirschner, Alsfeld (3. 11. 1970), Helgard Maybaum, Winkel/Rhg. (17. 11. 1970);

zu Lehrer/innen (BaW) die apl. Lehrer/innen (BaP) Wolfgang Jantzen, Lich (10. 2. 1971), Ingrid Trint, Obertshausen (5. 2. 1971), Anneliese Spahn, Hanau/M. (11. 12. 1970), Klaus Schimmelfennig, Bad Schwalbach (17. 10. 1970), Otto

Berndt, Lang-Göns (22. 12. 1970), Rainer Tonn, Wetzlar (1. 2. 1971), Charlotte Fischer, Mühlheim M. (10. 2. 1971), Heidrun Krenzer, Rodenbach (11. 2. 1971), Renate Wagner, Dreieichenhain (4. 2. 1971), Dietlind Schwalb, Neu-Isenburg (16. 2. 1971), Barbara Frank, Mümling-Grumbach (Odw.) (6. 11. 1970), Roswitha Schatz, Frankfurt/Main (11. 1. 1971), Karin Simon, Frankfurt/Main (4. 12. 1970), Regina Katharina Rösler, Großauheim (17. 12. 1970), Edith Kruse, Hanau (2. 2. 1971), Monika Prothmann, Frankfurt/Main (12. 10. 1970), Gudrun Müller, Frankfurt/Main (7. 12. 1970), Rosemarie Richter, Kelkheim-Hornau (25. 1. 1971), Ingeborg Bungereth, Johannisberg (12. 2. 1971), Birgit Neumann, Wallroth (24. 2. 1971), Doris Bibus, Wiesbaden (22. 10. 1970), Ingrid Breiding, Oberursel (10. 12. 1970), Friedegunde Knab, Lorschbach (21. 11. 1970), Wilhelm Folberth, Seligenstadt (20. 2. 1971), Günter Tröschel, Großen-Linden (21. 1. 1971), Hartmut Jung, Bürstadt (11. 2. 1971), Gerda Lehr, Ewersbach (5. 2. 1971), Marlies Majer, Dreieichenhain (3. 2. 1971), Karin Kubescha, Leihgestern (5. 2. 1971), Heidi Neumeister, Mörlenbach (11. 2. 1971), Ernst Nagel, Romrod (11. 1. 1971), Jakob Schneider, Weilbach (12. 2. 1971), Klaus-Jürgen Brand, Langenselbold (26. 1. 1971), Rolf Hechler, Spachbrücken (24. 9. 1970), Peter Gabor, Bad Vilbel (19. 12. 1970), Hans-Jürgen Pandel, Rüsselsheim (9. 10. 1970), Ingeborg Brügel, Dreieichenhain (10. 2. 1971), Heinrich Wüstenhöfer, Eschborn (30. 11. 1970), Reinhold Herkner, Dietzenbach (10. 2. 1971), Karl-Hermann Rohmig, Pfungstadt (26. 11. 70), Rita Breithecker, Lahr (19. 1. 1971), Heidrun Frohmann, Wiesbaden (1. 2. 1971), Gösta Dederer, Wiesbaden (15. 1. 1971), Ute Fey Erbach Rheingau (12. 2. 1971), Marianne Erdmann, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Bruno Schmitt, Lampertheim (10. 2. 1971), Horst Nicolay, Steinheim/Main (16. 12. 1970), Rainer Krug, Landhausen (19. 11. 1970), Marianne Kirch, Bad König (2. 12. 1970), Helga Knöß, Frankfurt/Main (18. 2. 1971), Christina Major, Zellhausen (10. 2. 1971), Ernst Wartusch, Bürstadt (29. 1. 1971), Horst Neumann, Grünberg (27. 1. 1971), Franz Auer, Lorsch (28. 8. 1970), Barbara Langer, Frankfurt/Main (19. 2. 1971), Anita Trautvetter, Frankfurt/Main (2. 2. 1971), Klemens Wieck, Frankfurt/Main (15. 1. 1971), Sigrid Stahl, Oestrich (1. 12. 1970), Helga Stiller, Freigericht-Altenmittlau (18. 2. 1971), Astrid Wacker, Haiger (10. 2. 1971), Brigitte Wilken, Hattersheim (11. 1. 1971), Brita Wibelitz, Herbornseelbach (14. 1. 1971), Irene Brüggemann, Kassel, Kreis Gelnhausen (29. 12. 1970), Gisela Fliehdner, Ravalzhausen (11. 12. 1970), Anneliese Bonn, Langenselbold (28. 12. 1970), Walter Lottermann, Niederselters (13. 1. 1971), Barbara Noack, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Sigrid Flickinger, Bad Soden (30. 1. 1971), Adelheid Jeck, Lämmerspiel (13. 1. 1971), Ilse Hanschke, Rüsselsheim (1. 2. 1971), Brigitte Wagner, Niederhöchstädt (27. 1. 1971), Helmut Weigel, Idstein/Ts. (30. 1. 1971), Elke Werner, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Monika Helm, Mühlheim M. (17. 2. 1971), Franz Tuzcek, Dillenburg (10. 2. 1971), Ulrike Hundt, Frankfurt a. M. (9. 2. 1971), Eva-Maria Althainz, Lich (29. 1. 1971), Joseph Bock, Michelstadt (22. 1. 1971), Rolf Ladwig, Bad Orb (23. 2. 1971), Karin Erika Hardenburg, Dörnigheim (4. 2. 1971), Gisela Baukloh, Frankfurt/Main (19. 2. 1971), Benigna Großmann, Frankfurt/Main (21. 1. 1971), Maria Emma Möller, Großauheim (18. 12. 1970), Ewald Born, Wattenborn-Steinberg (29. 1. 1971), Elke Balser, Muschenheim (2. 11. 1970), Heidemarie Wiczorek-Zeul, Rüsselsheim (11. 1. 1971), Renate Altmann, Krofdorf-Gleiberg (27. 1. 1971), Lydia Bamberger, Friedensdorf (16. 2. 1971), Hans-Otto Linsenmann, Lich (15. 9. 1970), Monika Link, Dornheim (12. 1. 1971), Brigitte Montenbruck, Gießen (17. 12. 1970), Helmut Brückmann, Groß-Felda (13. 11. 1970), Dagmar Gehrlich, Offenbach/Main (27. 1. 1971), Annemarie Kunzendorf, Frankfurt/Main (22. 2. 1971), Reinhild Kleemens, Griesheim, Krs. Darmstadt (10. 11. 1970), Beate Lachnit, Frankfurt/Main (23. 2. 1971), Hans Lutz, Betzenrod (16. 11. 1970), Jutta Schmelter, Gießen (27. 1. 1971), Gerd Blankenstein, Waldmichelbach (11. 2. 1971), Roswitha Hoffmann, Okarben, Krs. Friedberg (21. 12. 1970), Helga Korzeniewsky, Büdingen (30. 11. 1970), Horst Schmidt, Ortenberg, Krs. Büdingen (23. 10. 1970), Waltraud Düll, Bad Nauheim (15. 12. 1970), Rudolf Jöstlein, Gedern (10. 12. 1970), Hildburg Marburger, Bad Vilbel (16. 12. 1970), Doris Käßner, Löhnberg (16. 2. 1971), Ute Lind, Diedenbergen (30. 1. 1971), Hans-Michael Schmitt, Gernsheim (29. 12. 1970), Dagmar Petrich, Weilburg (26. 1. 1971), Paul Romanus, Idstein/Ts. (10. 2. 1971);

zum Lehrer (BaL) ehemaliger Lehrer Elgin Loos, Bensheim (15. 1. 1971);

zur **Jugendleiterin im Schuldienst unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die Jugendleiterinnen im Angestelltenverhältnis Ilse Meimberg, Frankfurt/Main (23. 1. 1971), Hilde Buderus, Frankfurt/Main (25. 1. 1971), Lydia Wrede, Frankfurt/Main (15. 1. 1971), Christa Linke, Frankfurt/Main (2. 2. 1971);

zur **Fachlehrerin für musisch-techn. Fächer unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die apl. Fachlehrerinnen (BaP) Anna-Marie Prüfer, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Edda Brück, Erda (28. 1. 1971), Lisel Schorr, Niederselters (18. 12. 1970), Edda Senger, Rüsselsheim (8. 2. 1971); zum **Hauptlehrer Lehrer (BaL) Felix Sobotta, Espenschied (Rhg.)** (26. 1. 1971);

zum **Hauptlehrer als Leiter einer Grundschule** die Lehrer (BaL) Paul Colditz, Annerod (30. 10. 1970), Ewald Putz, Hainchen (22. 1. 1971), Heinz Boden, Vonhausen (29. 10. 1970), Bruno Christe, Niederbiehl (28. 9. 1970);

zum **Hauptlehrer (BaL) als Leiter einer Grundschule** apl. Lehrer (BaP) Friedrich Krichbaum, Rinderbügen, Krs. Büdingen (29. 10. 1970);

zur/zum **apl. Realschullehrer/in unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe** die apl. Lehrer (BaW) Elfriede Krämer, Frankfurt/Main (9. 2. 1971), Willi Ibenthal, Frankfurt/Main-Höchst (11. 12. 1970);

die Lehramtsanwärterinnen Eva Maria von Blanc, Frankfurt/Main (1. 2. 1971), Erlinde Knittel, Frankfurt/Main (1. 3. 1971);

zur **apl. Realschullehrerin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe** Dorothee Nebe, Wiesbaden (1. 3. 1971);

zu **Realschullehrer/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die apl. Realschullehrer/innen (BaP) Hans-Georg Schauer, Kelkheim (11. 1. 1971), Gabriele Stöckmann, Wetzlar (15. 2. 1971), Karl Dreßler, Dieburg (14. 1. 1971), Theo Webert, Darmstadt (16. 9. 1970), Christa Gräbener, Seligenstadt (9. 2. 1971);

die ehem. Lehrer Gerd Barczaitis, Bad Homburg (11. 1. 1971), Hilde Becker, Frankfurt/Main (4. 11. 1970);

zur **apl. Sonderschullehrerin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf** apl. Lehrerin Hiltrud Weber, Groß-Gerau (19. 11. 1970);

zu **apl. Lehrern an einer Sonderschule (BaW)** die apl. Lehrer (BaW) Arnulf Schäfer, Frankfurt/Main (4. 11. 1970), Friedrich Weil, Viernheim (30. 10. 1970);

zur **apl. Lehrerin an einer Sonderschule (BaP)** apl. Lehrerin (BaP) Gudrun Habermeier, Hofheim/Ts. (2. 11. 1970); die apl. Lehrer/in an einer Sonderschule (BaW) Heinz Bruno Guthier, Mühlheim (3. 11. 1970), Elke Hülsebusch, Groß-Gerau (6. 11. 1970);

zu **Lehrer/innen an einer Sonderschule unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die apl. Lehrer/innen an einer Sonderschule (BaP) Hildegard Brauer, Oberursel (16. 2. 1971), Sigurd Zehnauer, Bensheim (4. 11. 1970), Winfried Parr, Schlüchtern (17. 12. 1970), Sieglinde Dillmann, Idstein/Ts. (11. 1. 1971), Hans Bangert, Rimbach (18. 2. 1971), Anke Klemm, Dieburg (15. 2. 1971);

zu **Lehrer/innen an einer Sonderschule** die Lehrer/innen (BaL) Gerhard Reibert, Grünberg (30. 10. 1970), Freya Rummel, Hochheim/Ts. (30. 11. 1970), Alfred Scharnbacher, Wiesbaden (6. 11. 1970), Ortrud Schmandt, Wölfersheim (26. 11. 1970), Dieter Heil, Lollar (6. 11. 1970), Klaus Hach, Lich (3. 11. 1970), Rolf-Bruno Schneider, Nieder-Gemünden (27. 10. 1970), Karl Otto Unruh, Grünberg (29. 10. 1970), Gottfried Sedlaczek, Frankfurt/Main (20. 10. 1970), Erwin Wittmann, Karben, Krs. Friedberg (19. 10. 1970);

zum **Sonderschullehrer Lehrer (BaL) Heinz Siegmeyer, Rai-Breitenbach** (13. 10. 1970);

zum **Hauptlehrer an einer Sonderschule** Lehrer an einer Sonderschule Walter Steuer, Wolfsmünster (16. 12. 1970);

zu **Konrektoren/innen einer Grundschule** die Lehrer/innen (BaL) Gerdt Lieselott Stoidner, Wetzlar (11. 12. 1970), Doris Rehbaum, Grünberg (30. 12. 1970), Heinrich Keudel, Gießen/L. (9. 12. 1970), Ursula Weber, Dörnigheim (17. 12. 1970), Ruth Christa Fugmann, Kelkheim (29. 1. 1971), Franz Kuschel, Steinheim/Main (28. 1. 1971), Hans Völzel, Gießen (2. 12. 1970), Ingelore Westphal, Dreieichenhain (2. 12. 1970), Ewald Thiel, Lich (11. 12. 1970), Edith Becker, Hungen (15. 12. 1970), Helmut Moos, Lampertheim (28. 12. 1970),

Rudolf Virnich, Wetzlar (11. 12. 1970), Jakob Heigel, Kiedrich (21. 1. 1971), Johannes Franke, Wiesbaden (16. 2. 1971), Irene Rißmann, Frankfurt/Main (18. 12. 1970), Ursula Poppdiker, Wiesbaden (3. 2. 1971), Ernst Seltmann, Frankfurt/Main (18. 12. 1970), Johannes Gerhard Mika, Nieder-Eschbach (20. 12. 1970), Ilse Hofmann, Wiesbaden (29. 1. 1971);

Realschullehrer (BaL) Paul Zöller, Karben (18. 12. 1970); zu **Konrektoren/innen einer Grund- und Hauptschule** die Lehrer/innen (BaL) Dieter Hellmann, Urberach (28. 1. 1971), Heinz Zechel, Niedermittlau (30. 11. 1970), Erik Deusser, Gustavsborg (4. 11. 1970), Wilhelm Hafer, Oberliederbach (28. 1. 1971), Josef Neumann, Wiesbaden (16. 2. 1971), Gisela Schmidt, Schönbach (13. 11. 1970), Dietmar Becher, Holzheim (26. 1. 1971), Hermann Anhalt, Rothenbergen (29. 12. 1970), Charlotte Leifheit, Niederhöchst (27. 1. 1971), Bernhard Hrabe, Zellhausen (28. 1. 1971), Günter Wendland, Breitscheid (4. 12. 1970), Wolfgang Schmidt, Bobstadt (5. 11. 1970), Christiane Eisenbach, Wiesbaden (11. 2. 1971), Paul Stahl, Driedorf (11. 12. 1970), Heinz Attig, Nieder-Gemünden (18. 12. 1970), Helmuth Wehrum, Leihgestern (4. 12. 1970), Horst Magnus, Lang-Göns, 15. 12. 1970, Rolf Baumhäkel, Lampertheim (28. 11. 1970), Johann Stephan Buchta, Bad Soden (16. 12. 1970), Alfons Nilles, Weilbach (10. 2. 1971), Hans Klopsch, Buchenau/Lahn (3. 3. 1971), Alfred Rossmann, Eddersheim (4. 2. 1971), Hans Groth, Hoch-Weisel (19. 2. 1971), Horst Lohnes, Dorheim, Krs. Friedberg (18. 12. 1970);

zu **Konrektoren einer Hauptschule** die Lehrer (BaL) Robert Herr, Klein-Welzheim (26. 1. 1971), Wolfram Lotzkat, Frankfurt/Main (18. 12. 1970), Lothar Rocholl, Frankfurt am Main (18. 12. 1970);

zu **Konrektoren/innen einer Sonderschule** die Lehrer/innen (BaL) an einer Sonderschule Anton Schlag, Limburg (27. 10. 1970), Hildegard Schäfer, Gießen (21. 12. 1970), Eberhard Rosewick, Langen (7. 12. 1970), Konrad Karl Kleespiess, Butzbach (18. 12. 1970);

zu **Konrektoren einer Realschule** die Realschullehrer (BaL) Alfons Michael Maucher, Wiesbaden (9. 9. 1970), Siegfried Rudolph, Friedrichsdorf (17. 11. 1970);

zum **Rektor einer Grundschule** Lehrer (BaL) Kurt Groos, Ewersbach (21. 12. 1970);

zu **Rektoren einer Haupt- und Realschule** die Konrektoren einer Haupt- und Realschule (BaL) Werner Wenzel, Hermannstein (26. 8. 1970), Kurt Benndorf, Langen (27. 11. 1970);

zum **Rektor einer Grundschule** Hauptlehrer (BaL) Ernst Tabbert, Eschbach (30. 12. 1970);

zu **Rektoren einer Grund- und Hauptschule** die Hauptlehrer (BaL) Günter Hrabe, Ruhlkirchen (29. 10. 1970), Jakob Gärtner, Pfaffen-Beerfurth (10. 11. 1970);

zu **Rektoren/innen als Leiter einer Sonderschule m. 3—9 Klassen** die Sonderschullehrer/innen (BaL) Hans Rieger, Darmstadt (5. 11. 1970), Ernst Schaffer, Schlüchtern (24. 10. 1970), Roselies Kaffenberger, Hungen (30. 1. 1971), Hans-Georg Müller-Ahlheim, Darmstadt-Eberstadt (18. 12. 1970);

zum **Rektor einer Sonderschule** Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Leo Barden, Weiskirchen (30. 9. 1970);

zu **Rektoren als Ausbildungsleiter bei einem Pädagogischen Studienseminar** die Lehrer Reinhold Uibel, Heusenstamm (4. 12. 1970), Dieter Zimmerer, Gelnhausen (12. 3. 1971);

zum **Schulrat Rektor einer Grund- und Hauptschule** (BaL) Rudolf Schnitzspan, Bad Schwalbach (26. 2. 1971), Oberstudienrat (BaL) Heinz Knab, Bad Soden (16. 3. 1971);

zum **Pädagogischen Leiter einer Gesamtschule mit vollausgebauter Studienstufe** Rektor einer Grund- und Hauptschule Herbert Stephan, Frankfurt/Main (30. 11. 1970);

in den **Ruhestand** versetzt (mit Ablauf des Monats):

die Lehrer/innen Willi Euler, Riedelbach (Oktober 1970), Emil Beutel, Schlüchtern (Juli 1970), Josef Gabriel, Flörsheim (Juli 1970), Elfriede Weise, Gelnhausen (Juli 1970), Erna Waldschmidt, Dietzenbach (Oktober 1970), Loni Neudörfer, Wiesbaden (Februar 1971);

Konrektor an einer Haupt- und Realschule Walter Arnold, Langenselbold (Dezember 1970);

Schulrat Wilhelm Weyershäuser, Frankfurt/Main-Höchst (Januar 1971);

Realschullehrer Rudolf Büttner, Hanau/Main (November 1970);

entlassen (mit Ablauf des Monats):

die apl. Lehrerinnen Renate Schwarz, Ober-Ramstadt (Dezember 1970), Monika Scharff, Frankfurt/Main (Dezember 1970), Ingrid Schneider, Frankfurt/Main (Januar 1971), die Lehrerinnen Heidemarie Büchner, Friedensdorf (14. Februar 1971), Ursula Sondresen, Wiesbaden (Dezember 1970);

die apl. Fachlehrerinnen Ursula Tischer, Kl.-Krotzenburg (Januar 1971);

für mus.-techn. Fächer Barbara Haase, Frankfurt/Main (Januar 1971);

apl. Fachlehrer für mus.-techn. Fächer Friedrich-Alfred Dürr, Frankfurt/M. (März 1971).

Berichtigung:

In StAnz. 1971 S. 160 muß es unter Buchstabe F (Gymnasien) richtig heißen:

ernannt:

zu **Studiendirektoren** die Studienräte (BaL) Klaus-Jürgen Bernard, Gießen (18. 6. 1970), Manfred Krumb, Hahnau (26. 8. 1970).

Darmstadt, 1. 4. 1971

Der Regierungspräsident

VI 1 — 7 — 108 — (1)

StAnz. 16/1971 S. 694

Verschiedenes

684

Brandversicherungsbeitrag für das Kalenderjahr 1970

Mit Genehmigung des Hessischen Ministers des Innern vom 25. März 1971 — IV B 14 — 33 c 022/351 — erhebt die Hessische Brandversicherungsanstalt in Darmstadt für das Kalenderjahr 1970 einen Beitrag von DM —,32 je DM 100,— Umlagekapital.

Der Beitrag wird zum 2. Mai 1971 auf besondere Anforderung fällig und ist an die in der Anforderung angegebene Zahlstelle zu entrichten.

Darmstadt, 29. 3. 1971

Hessische Brandversicherungskammer

1 e — 46/1/2

3 b — 12/II'1

StAnz. 16/1971 S. 698

685 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage des Wasserbeschaffungsverbandes Rommelhausen-Hainchen, Landkreis Büdingen

Auf Antrag und zugunsten des Wasserbeschaffungsverbandes Rommelhausen-Hainchen mit Sitz in Rommelhausen, Landkreis Büdingen, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG —) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit § 25 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69) für die Trinkwassergewinnungsanlage des Verbandes ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes angeordnet:

§ 1 Einteilung der Schutzgebiete

Das Wasserschutzgebiet für die Wassergewinnungsanlage, das sich auf Teile der Gemarkungen Rommelhausen und Himbach, Landkreis Büdingen, erstreckt, wird in 3 Zonen eingeteilt, und zwar in

Zone I (Fassungsbereich)

Zone II (engere Schutzzone)

Zone III (weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (Übersichtskarte i. M. 1 : 10 000 und Katasterpläne i. M. 1 : 1000), in denen diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung
Zone II (engere Schutzzone) = grüne Umrandung
Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich wird gebildet auf dem Flurstück Flur 3 Nr. 71/1 Gemarkung Rommelhausen. Er ist ein Rechteck mit den Seitenlängen von 30 m (N u. S) und von 43 m (O u. W). Basis ist die N-Grenze. Sie verläuft im Abstand von 5 m parallel zur N-Grenze des Flurst. Flur 3 Nr. 71/1. Der nordwestl. Eckpunkt liegt in einer Entfernung von 12 m von der W-Grenze des Flurst. Flur 3 Nr. 71/1.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone umfaßt folgende Flurstücke der Flur 3 Gemarkung Rommelhausen.

Flur 3, Flurst. Nr. 36, 38, 38 5/10, 39, 40, 71/3, 71/4, 72/1, 72/2, 72/3, 32 (i. S. begrenzt durch die nach W verlängerte N-Seite des Weges Nr. 89 auf eine Länge von 107 m und im W be-

grenzt durch die verlängerte W-Seite der Flurstücke Nr. 72 2 in südl. Richtung bis zum Endpunkt der S-Grenze),

37/1 (i. S. begrenzt durch die nach O verlängerte N-Seite des Weges Nr. 89 bis zur O-Seite des Flurst. Nr. 37/1), 71/1 (mit Ausnahme des Fassungsbereichs),

Wege Nr. 99, 86 und 87 (im W begrenzt durch die nach S verlängerte Flurstücksgrenze Nr. 72/2—73), 88 (i. S. bis zum Weg Nr. 89), (i. O bis zur O-Seite des Flurst. Nr. 37/1).

Graben Nr. 101 (im W bis zur nach S verlängerten Flurst.-Grenze Flurst.-Nr. 72/2—73).

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone umfaßt folgende Flurstücke der Flur 3 Gemarkung Rommelhausen und der Fluren 5 und 6 Gemarkung Himbach:

Gemarkung Rommelhausen

Flur 3, Flurst. Nr. 33/1, 34/1, 34/3, 35/1, 35 2, 37 (37 2), 41—47, 73, 74, 32 und 37/1 (mit Ausnahme Zone II);

Wege Nr. 34/2, 78, 89, 92, 94, 95, 96; 86, 87, 88, 93 (jeweils mit Ausnahme Zone II), 98 (im W bis zur W-Seite des Flurst. Nr. 74);

Graben Nr. 101 (mit Ausnahme Zone II);

Gemarkung Himbach

Flur 5, Flurst. Nr. 174/27, 174/33, 174/34, 174/37, 174/38, 174/49, 174/67, 174/69, 174/70, 174/71, 174/17, 174/40, 174/41, 174/47, 174/61—174/64, 173/43, 174/55, 174/56, 174/54, 174/65, 174/52;

Wege Nr. 174/28, 174/60, 174/68.

Flur 6, Flurst. Nr. 1, 2/1, 3/1, 4/1, 5/1, 6—16, 16 5/10, 17 1 10, 17 5/10, 18 1/10, 18 5/10, 19, 19 5/10, 20, 21/1, 21/2, 22, 22 5 10,

23, 24 1/10, 24 5/10, 25, 26/1, 27/1, 28/1, 29 1, 30/5, 30/6, 30/7, 31 2, 182/5, 182/3, 182/4, 186/2—186/5;

Wege Nr. 182/2, 183, 189/1, 190, 191, 192, 193/1, 194/1, 195, 214/2, 214/7.

§ 3 Verbote und Gebote

Zum Schutze der einzelnen Zonen werden folgende Verbote und Gebote erlassen:

Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) gefordert werden, gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote der engeren Schutzzone sind auch für den Fassungsbereich anzuwenden.

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind grundsätzlich alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Verbote**1. Weitere Schutzzone (Zone III)**

Die weitere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) Abwasserberegung und Abwasserlandbehandlung;
- b) Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation;
- c) 1. das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLwF — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör ist mindestens alle 2 Jahre vornehmen zu lassen.
2. Das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 VLwF in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt.
- d) Rohöl- und Treibstoffleitungen;
- e) Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund;
- f) Ablagern von Öl, Teer, Phenolen und sonstigen Ölrückständen sowie von Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offene und nicht sorgfältig gedichtete Gruben;
- g) Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen;
- h) Errichten von Anlagen zur Gewinnung von radioaktivem Material und zur Gewinnung von Kernenergie;
- i) Errichten von Kläranlagen (mit Ausnahme genehmigter Hausklärgruben);
- k) Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
- l) Anlegen von Sickergruben;
- m) Anlegen von Friedhöfen;
- n) Anlegen von künstlichen Wasserflächen und Gewässern (Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.);
- o) Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
- p) Versenken von Kühlwasser in größerer Menge;
- q) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen;
- r) Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind;
- s) Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Genehmigung durch die zuständige Wasserbehörde.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigung, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgeht, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) Errichten von Wohnungen, Stallungen, Gärfuttersilos und Gewerbebetrieben;

- b) 1. das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 VLwF;
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt;
- c) Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen;
- d) Durchführen von Bohrungen;
- e) Ablagern von Schutt- und Abfallstoffen;
- f) animalisches Düngen, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr der oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbecken besteht;
- g) landwirtschaftliches und gärtnerisches Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser;
- h) Anlegen von Gärfuttermieten;
- i) Bergbau, wenn er zur Zerreißung guter Deckschichten oder zu Einnuldungen und offenen Wasseransammlungen führt;
- k) Wagenwaschen;
- l) Zelten — auch Benutzen von Wohnwagen —, Lagern;
- m) Anlegen und Benutzen von Parkplätzen;
- n) Vergraben von Tierleichen;
- o) Ausbau und Neuanlage von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird;
- p) Erweiterung des Straßennetzes;
- q) Verwendung von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten;
- r) Versickern von Abwasser; das anfallende Abwasser, außer Niederschlagswasser, ist bei genehmigten Anlagen und Gebäuden in wasserdichten Gruben von entsprechender Größe zu sammeln und unschädlich abzuführen.
- s) das sachgemäße Anwenden behördlich zugelassener Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel sowie aufwuchshemmender Stoffe ist statthaft. Diese Stoffe dürfen jedoch nicht in dieser Zone gelagert werden.

3. Fassungsbecken (Zone I)

Der Fassungsbecken soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Das Gelände hat im Eigentum des Verbandes zu bleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sind so auszuführen, daß das Grundwasser nicht schädlich beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) Alle Verletzungen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten;
- b) Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen;
- c) jegliche landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung;
- d) Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden;
- e) Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren;
- f) chemische Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
- g) Betreten durch Unbefugte.

Gebote**1. Engere Schutzzone**

- a) Die für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wege sind mit dichten Seitengräben oder Kanälen zu versehen, durch die das anfallende Oberflächenwasser zuverlässig aus der engeren Schutzzone abgeführt wird. Es handelt sich hierbei um die Wege Gemarkung Rom-

melhausen, Flur 3, Flurstücke 86, 87, 88, 89, 93, 94 und 99, soweit sie durch diese Zone führen oder diese berühren

- b) Vorhandene schädliche Ablagerungen im Bereich der engeren Schutzzone sind zu beseitigen.
- c) Mulden und Erdaufschlüsse sind mit einwandfreiem Material aufzufüllen.
- d) Das Gelände ist vor Überschwemmung zu schützen. Der Graben Flur 3, Flurstück 101, ist im Bereich dieser Zone durch geeignete Maßnahmen gegen Sickerverluste zu sichern.
- e) Für die Beschilderung ist der Erlaß des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten vom 20. 3. 1967 — I B 5 — 79 b 06.15 Tgb.Nr. 613/67 (StAnz. S. 537) — maßgebend. Sie ist im Einvernehmen mit der unteren Wasserbehörde und dem Wasserwirtschaftsamt Friedberg vorzunehmen.

2. Fassungsereich

- a) Der Fassungsereich ist so einzufriedigen, daß ein unbefugtes Betreten ausgeschlossen ist;
- b) der Fassungsereich ist mit einer zusammenhängenden Grasdecke zu versehen;
- c) der Fassungsereich ist gegen Erosion und Überschwemmung zu sichern;
- d) die Deckschichten sind, wenn erforderlich, durch Aufbringen einwandfreien, gut reinigenden oder abdichtenden Materials zu verstärken;
- e) das Gelände ist so anzulegen, daß alles Oberflächenwasser von dem Brunnen weggeleitet wird;
- f) der Fassungsereich ist ordnungsgemäß zu pflegen und zu unterhalten;
- g) tiefwurzelnde Pflanzen und Bäume innerhalb des Fassungsereichs sind zu beseitigen.

Die o. a. Maßnahmen zu 1. und 2. sind durch die Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten zu dulden.

§ 4

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 5

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Anordnung zu beachten.

Der Landrat des Kreises Büdingen als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Anordnung unbeschadet anderer gesetzlichen Zuständigkeiten zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 dieser Anordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 6

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung können gem. § 41 (1) Ziff. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 7

Diese Anordnung mit sämtlichen Anlagen kann eingesehen werden bei:

- 1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat —, 61 Darmstadt, Rheinstr. 62
- 2. dem Landrat des Landkreises Büdingen — untere Wasserbehörde —, 647 Büdingen
- 3. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 62 Wiesbaden, Leberberg 9—11,
- 4. dem Wasserwirtschaftsamt, 636 Friedberg, Burg 13,
- 5. dem Katasteramt Büdingen, 647 Büdingen.

§ 8

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 3. 3. 1971

Der Regierungspräsident
V/14 (5) — 79 e 04/01 (2068) — R
StAnz. 16/1971 S. 698

686

Bekanntmachung über die Aufnahme der Rechtsform und die Änderung des Stiftungszwecks in der Verfassung der „Wilhelm-Schramm-Stiftung“, Sitz Offenbach am Main

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966 (GVBl. I S. 77) wurden von mir am 22. März 1971 auf Antrag des Stiftungsvorstandes vom 19. November 1970 die §§ 1 und 2 der Verfassung der „Wilhelm-Schramm-Stiftung“ unter gleichzeitiger Neufassung der Stiftungsverfassung wie folgt geändert:

„§ 1

- 1. Die Wilhelm-Schramm-Stiftung ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie hat ihren Sitz in Offenbach (Main).
- 2. Geschäftsjahr der Stiftung ist das Kalenderjahr.

§ 2

- 1. Zweck der Stiftung ist die Aufnahme bedürftiger alter Leute aus der Stadt Offenbach (Main) in ein Alterswohnheim zu einem möglichst geringen Entgelt, das jedoch die Kosten für die Erhaltung des Stiftungsvermögens decken muß.
- 2. Die zur Aufnahme bestimmten Personen müssen das 60. Lebensjahr überschritten haben. Vorzugsweise Aufnahme finden Personen aus dem Mittelstand, die unverschuldet Vermögenseinbußen erlitten haben.
- 3. Konfessionelle Gesichtspunkte werden bei den zur Auswahl stehenden Personen ebenso wenig berücksichtigt wie der Unterschied im Geschlecht.
- 4. Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme besteht nicht.“

Darmstadt, 1. 4. 1971

Der Regierungspräsident
III 6 — 25 d 04/11 (29) — 8
StAnz. 16/1971 S. 700

687

Auflösung des Pferdeversicherungsvereins Großen-Linden, Landkreis Gießen

Der Pferdeversicherungsverein Großen-Linden, Landkreis Gießen, hat durch seine ordentliche Mitgliederversammlung am 10. 2. 1971 die Auflösung mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 29. 3. 1971

Der Regierungspräsident
III 6 — 39 i 02/01
StAnz. 16/1971 S. 700

688

Vorhaben der Firma Helm, Chemiewerk Dieburg GmbH & Co. KG

Die Firma Helm, Chemiewerk Dieburg GmbH & Co. KG, 6110 Dieburg, Industriestr. 19—21, hat Antrag auf Erteilung der gewerberechtlichen Genehmigung einer Technikumsanlage für vorbereitende Versuche zur Herstellung pharmazeutischer Rohstoffe auf ihrem Grundstück in Dieburg, Flur 10, Flurstück 22/2, Grundbuch Gemarkung Dieburg gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 16 der Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der VO über die Zuständigkeit nach den §§ 16, 25 GewO vom 20. 9. 1960 (GVBl. S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 17 Abs. (2) GewO i. V. m. § 16 Ziffer (2) der Hess-AusfVO zur GewO vom 20. 3. 1912 (RegBl. S. 48) wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von vierzehn Tagen nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zi. 310 a, zur Einsicht offen.

Darmstadt, 30. 3. 1971

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — H
StAnz. 16/1971 S. 700

689 KASSEL**Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Erfurtshausen, Krs. Marburg****I.**

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Erfurtshausen wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—11) für deren Trinkwassergewinnungsanlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff.) ein in Zonen unterteiltes Wasserschutzgebiet festgesetzt.

Das Wasserschutzgebiet umfaßt:

a) im Fassungsgebiet (Zone I)

das Grundstück Gemarkung Erfurtshausen, Flur 4, Flurstück 8 teilweise,

b) in der engeren Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke Gemarkung Erfurtshausen, Flur 4, Flurstücke 1 teilw., 2 teilw., 6 teilw., 7, 8 teilw., Gemarkung Haarhausen, Flur 3, Flurstücke 28, 30—35, 61, 62 teilw., sowie

c) in der weiteren Schutzzone (Zone III)

Teile der Gemarkungen Erfurtshausen, Mardorf, Krs. Marburg, und Deckenbach und Haarhausen, Krs. Alsfeld.

Die topographische Übersichtskarte (M 1:10 000) sowie der Lageplan (M 1:2000), in denen die Zone I rot, die Zone II blau und die Zone III gelb abgegrenzt sind, sind Bestandteile dieser Anordnung. Sie sind in ihrer maßgeblichen Ausfertigung beim Regierungspräsidenten in Kassel — Wasserbuchbehörde — niedergelegt; weitere Ausfertigungen derselben befinden sich beim Landrat in Marburg — Untere Wasserbehörde —, beim Landrat in Alsfeld — Untere Wasserbehörde —, beim Wasserwirtschaftsamt in Marburg, beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden und beim Bürgermeister in Erfurtshausen.

Eine topographische Übersichtskarte ist im übrigen mit dieser Anordnung im Staatsanzeiger abgedruckt.

Die Anordnung gilt ab 1. Mai 1971.

II.

Innerhalb der Schutzzonen sind alle Handlungen verboten, durch die das Grundwasser verunreinigt oder sonst in seiner Eigenschaft nachteilig verändert werden kann.

Im einzelnen gelten folgende Schutzvorschriften:

a) Im Fassungsgebiet:

sind folgende Handlungen verboten:

1. das Betreten des Fassungsgebietes durch Unbefugte;
2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;
4. jegliche Nutzung des Fassungsgebietes, insbesondere Beweidung desselben; eine etwaige Holz- oder Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten und Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;
5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die bei b) und c) aufgeführt sind.

b) In der engeren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen,

durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasseroberfläche;

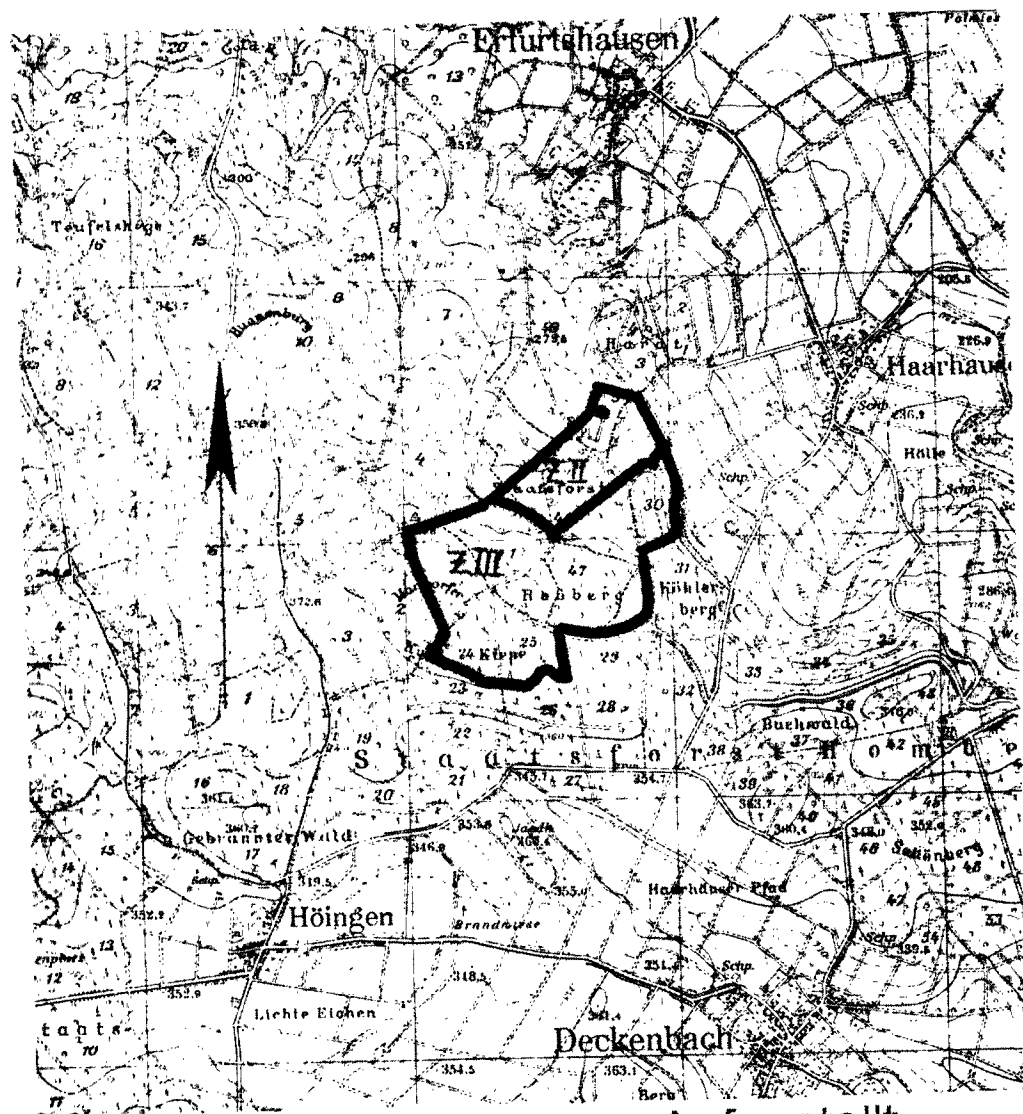
2. die Bebauung;
3. die Ablagerung von Schutt und Abfallstoffen;
4. das Vergraben von Tierleichen;
5. die Anlage von Gärfuttermieten;
6. die Anlage von Park-, Zelt-, Lager- und Sportplätzen;
7. das unterirdische und oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.);
8. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
9. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus Steinzeugrohren oder Schleuderbetonrohren bestehen, die nach DIN 4038 an den Verbindungsstellen gedichtet worden sind;
10. die animalische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsgebiet besteht;
11. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie aufwuchshemmender Stoffe;
12. das Lagern von Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und aufwuchshemmender Stoffe;
13. die Neuanlage von befestigten für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sichergestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengraben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird;
14. die Verwendung phenolhaltiger Bindemittel bei Wege- und Straßenbauarbeiten.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die unter c) aufgeführt sind.

c) In der weiteren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. die Anlage von Abwasserverregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Sickergruben, Müllkippen und Halde mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. die Errichtung von Kläranlagen (mit Ausnahme genehmigter Hauskläranlagen);
3. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
4. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
5. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
6. a) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
- b) das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden.



Wasserschutzgebiet für die
Trinkwassergewinnungsanlage
der Gemeinde Erfurtshausen,
Kreis Marburg

Trinkwassergewinnungs-
anlage der Gemeinde
Erfurtshausen, Kreis
Marburg

Aufgestellt

Marburg/L., den 30.6. 1970

Wasserwirtschaftsamt Marburg /L.

in Vertretung:

[Signature]
Beuasson

Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich, diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der die Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt;

7. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
8. die Anlage von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation oder von Wohnbauten ohne wasserdichte Gruben aus Stahlbeton;
9. die Anlage neuer Friedhöfe.

III.

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Anordnung zu überwachen.

IV.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27.

7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

V.

Durch Erlass des Hess. Ministers für Landwirtschaft und Forsten in Wiesbaden vom 10. 7. 1970 — V c 2-79 b 06.41 — 251/70 (StAnz. S. 692) ist der Regierungspräsident in Kassel gem. § 91 Abs. 3 des Hess. Wassergesetzes als zuständige Wasserbehörde für die Festsetzung dieses Wasserschutzgebietes bestimmt worden.

Kassel, 8. 3. 1971

Der Regierungspräsident
III/5 — 79 b 06/15 (Nr. 94)

In Vertretung

gez. Dr. Krug

StAnz. 16/1971 S. 701

690

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Heimarshausen, Krs. Wolfhagen

I.

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Heimarshausen wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—10) für deren Trinkwassergewinnungsanlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff.) ein in Zonen unterteiltes Wasserschutzgebiet festgesetzt.

Das Wasserschutzgebiet umfaßt:

a) im Fassungsgebiet (Zone I)

das Grundstück Gemarkung Heimarshausen, Flur 7, Flurstück 1/1 teilw.,

b) in der engeren Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke Gemarkung Heimarshausen, Flur 6, Flurstücke 45 teilw., 46 teilw., 47, 48/1 teilw., 48/2 teilw., 50 teilw., 70 teilw., 71 teilw.,

Flur 7, Flurstück 1/1 teilw., sowie

c) in der weiteren Schutzzone (Zone III)

einen Teil der Gemarkung Heimarshausen.

Die topographische Übersichtskarte (M 1:10 000) sowie die zwei Abzeichnungen der Flurkarte (M 1:2000 u. 1:4000), in denen die Zone I rot, die Zone II blau und die Zone III gelb abgegrenzt sind, sind Bestandteile dieser Anordnung. Sie sind in ihrer maßgeblichen Ausfertigung beim Regierungspräsidenten in Kassel — Wasserbuchbehörde — niedergelegt; weitere Ausfertigungen derselben befinden sich beim Landrat in Wolfhagen — Untere Wasserbehörde —, beim Kreisaußschuß des Landkreises Wolfhagen — Kreisbauamt — in Wolfhagen, beim Kreisaußschuß des Landkreises Wolfhagen — Kreisgesundheitsamt — in Wolfhagen, beim Wasserwirtschaftsamt in Kassel, beim Hessischen Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, beim Landesamt für Gewässerkunde und wasserwirtschaftliche Planung in Wiesbaden, beim Katasteramt in Wolfhagen und beim Bürgermeister in Heimarshausen.

Eine topographische Übersichtskarte ist im übrigen mit dieser Anordnung im Staatsanzeiger abgedruckt.

Die Anordnung gilt ab 1. Mai 1971.

II.

Innerhalb der Schutzzonen sind alle Handlungen verboten, durch die das Grundwasser verunreinigt oder sonst in seiner Eigenschaft nachteilig verändert werden kann.

Im einzelnen gelten folgende Schutzvorschriften:

a) Im Fassungsgebiet

sind folgende Handlungen verboten:

1. das Betreten des Fassungsgebietes durch Unbefugte;
2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;
4. jegliche Nutzung des Fassungsgebietes, insbesondere Beweidung desselben; eine etwaige Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten und Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;
5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die bei b) und c) aufgeführt sind.

b) In der engeren Schutzzone

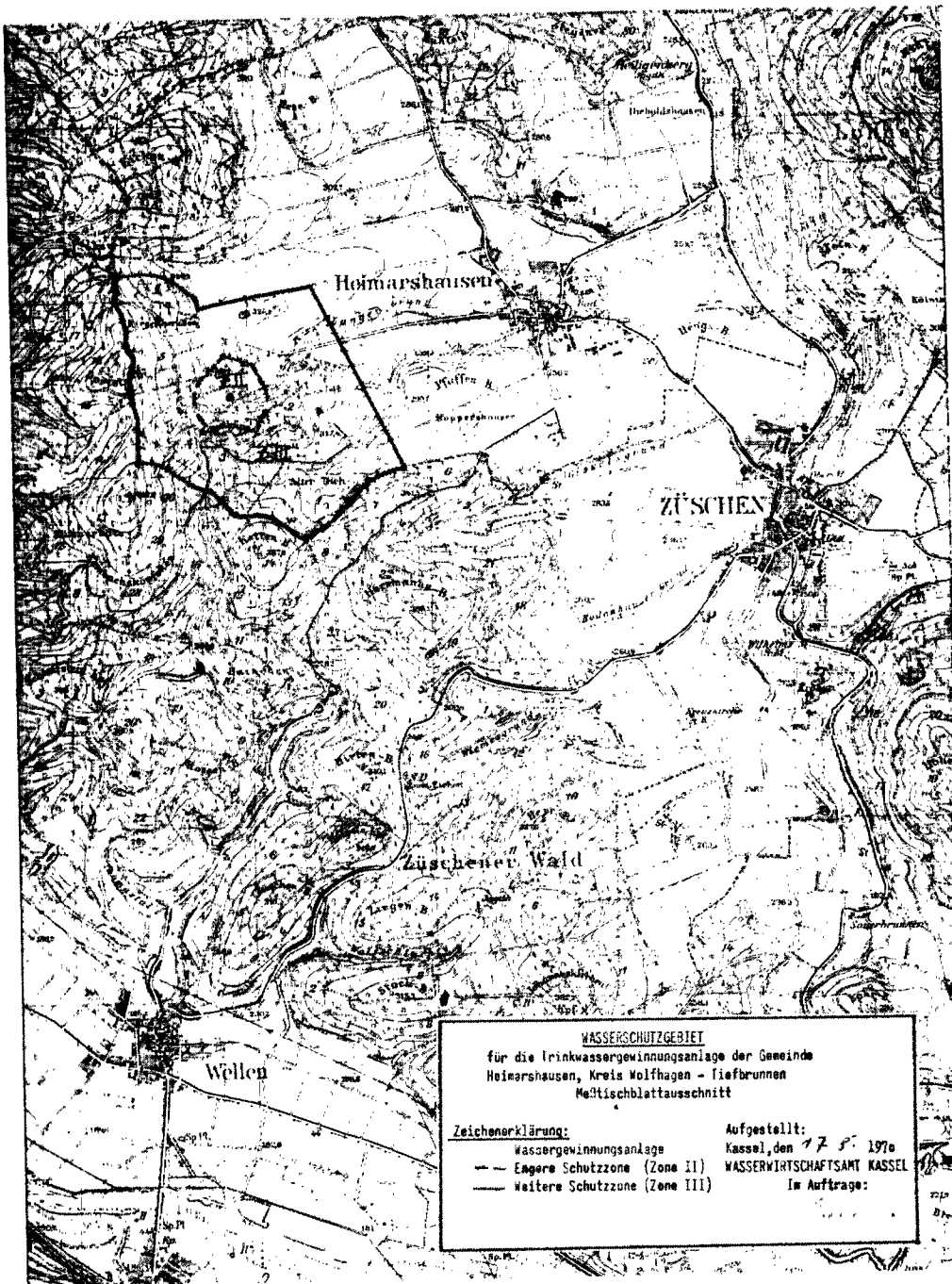
sind folgende Handlungen verboten:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasseroberfläche;
 2. die Bebauung;
 3. die Ablagerung von Schutt und Abfallstoffen;
 4. das Vergraben von Tierleichen;
 5. die Anlage von Gärfuttermieten;
 6. die Anlage von Park-, Zelt-, Lager- und Sportplätzen;
 7. das unterirdische und oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. S. 155 ff.);
 8. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
 9. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus Steinzeugrohren oder Schleuderbetonrohren bestehen, die nach DIN 4038 an den Verbindungsstellen gedichtet worden sind;
 10. die animalische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsgebiet besteht;
 11. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie aufwuchshemmender Stoffe;
 12. die Neuanlage von befestigten, für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sichergestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengraben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird;
 13. die Verwendung phenolhaltiger Bindemittel bei Wege- und Straßenbauarbeiten.
- Im übrigen gelten auch die Verbote, die unter c) aufgeführt sind.

c) In der weiteren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. die Anlage von Abwasserverregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Sickergruben, Müllkippen und Halde mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. die Errichtung von Kläranlagen (mit Ausnahme genehmigter Hauskläranlagen);
3. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
4. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
5. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
6. a) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die den Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
- b) das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens den Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m³



Wasserschutzgebiet für die
Trinkwassergewinnungsanlage
der Gemeinde Heimarshausen,
Kreis Wolfhagen

fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich, diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der die Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt;

7. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
8. die Anlage von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation oder von Wohnbauten ohne wasserdichte Gruben aus Stahlbeton;
9. die Anlage neuer Friedhöfe.

III.

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetz-

liche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Anordnung zu überwachen.

IV.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

Kassel, 12. 3. 1971

Der Regierungspräsident
 III/5 — 79 b 06/15 (Nr. 253)
 In Vertretung
 gez. Dr. Krug

StAnz. 16/1971 S. 703

Buchbesprechungen

Landesplanung und Raumordnung. Grundwerk einschließlich 68. und 69. Ergänzungslieferung. Sammlung der Rechtsvorschriften von Bund, Ländern und Gemeinden als Träger der Planungshoheit. Herausgegeben von Dr. Wolfgang Ulrich und Leitendem Landesbaudirektor Hein Langer, Hermann-Luchterhand-Verlag, Neuwied.

Die letzte Besprechung des Loseblattwerkes (StAnz. 1966 S. 54) hatte es noch mit 13 Ergänzungslieferungen zu tun, die in zwei Ordnern untergebracht waren. Nunmehr, etwa 5 Jahre später, sind gerade die 68. und 69. Ergänzungslieferungen erschienen. Aus zwei Ordnern sind vier geworden, und die reichen nur noch knapp aus, um die Fülle des zur Verfügung gestellten Materials zu bergen.

Aus der „Sammlung von Rechtsvorschriften von Bund, Ländern und Gemeinden als Träger der Planungshoheit“, wie sie beim Erscheinen angekündigt worden war und wie der Zwischentitel immer noch lautet, ist ein Archiv gebündelter Informationen geworden, das nicht nur Rechtsvorschriften enthält, sondern auch Verwaltungserlasse, Auszüge aus Berichten, Förderungsrichtlinien usw.

Es kann hier nicht gelingen, einen erschöpfenden Überblick darüber zu geben, was der am Sachgebiet Interessierte aus dieser Sammlung erfahren kann. Jedenfalls ist es viel mehr, als er vom Titel „Landesplanung und Raumordnung“ her erwartet. Der Inhalt des Werkes, so wie es jetzt vorliegt, spiegelt sehr deutlich die Entwicklung wider, die der Bereich „Landesplanung und Raumordnung“ in all seinen Verästelungen genommen hat. Längst ist das enge Gebiet einer vornehmlich auf die Flächennutzung bezogenen Planung verlassen, und auch die zur Planungsverwirklichung erforderlichen Investitions- und Finanzkomponenten werden erfaßt (s. z. B. Gruppe 1 S. 7 ff., „Regionale Förderungsprogramme“, Gruppe 7 S. 151 ff., „Zinszuschüsse für Rationalisierungs- und Umstellungskredite“). Dementsprechend finden wir in der Sammlung die Raumordnungs- und Landesplanungsgesetze als Rechtsgrundlagen der überörtlichen und übergeordneten Planung in Bund und Ländern mit den dazu ergangenen Ausführungsvorschriften. Soweit in den Ländern für die Regionalplanung weitere organisatorische und sonstige Regelungen bestehen, sind sie ebenfalls Inhalt der Sammlung, wie z. B. Mustersatzungen und Satzungen regionaler Planungsgemeinschaften (s. z. B. Gruppe 1 S. 2501 ff.).

Alle Vorschriften usw. sind nach Bund und Ländern zusammengefaßt und dementsprechend jeweils einer von 12 Gruppen zugeordnet. Innerhalb der Gruppen wird unterschieden nach: Landesplanungsgesetze, Vorschriften zum Bundesbaugesetz, zur Verkehrsplanung, zum Wasserrecht, zum Verteidigungsfall, zum Naturschutz, zur Landesplanung und Raumordnung, zur landesplanerischen Ausbildung, zur Raumordnung und Finanzen.

Die Untergliederungen sind innerhalb der Gruppen jeweils von der gleichen Seite ab zu finden, z. B. also die Vorschriften zur Verkehrsplanung jeweils ab Seite 801, die allgemeinen Vorschriften zur Landesplanung und Raumordnung jeweils ab Seite 2501. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis (Stand 45. Ergänzungslieferung, März 1969) ergänzt das Inhaltsverzeichnis und erleichtert den Zugang zu den Informationen beträchtlich. Bei den Verzeichnissen von einschlägigen Behördenanschriften mit Angabe der Dienststellenleiter und der Referenten bzw. Dezernenten ist es nicht zu vermeiden, daß sie im Zeitalter permanenter organisatorischer Veränderungen recht schnell veralten. Das ist hier (Stand zum Teil noch 36. Ergänzungslieferung, April 1968) auch so. Als Orientierungshilfen sind sie dennoch gut zu gebrauchen.

Im übrigen bleiben hinsichtlich des Umfangs der zur Verfügung gestellten Informationen kaum Wünsche offen. Dabei sind gelegentlich auch noch obsoleete oder außerkraftgetretene Rechtsquellen in der Sammlung zu finden.

Die überall in Gang befindliche Erläuterung kann auch hier zu einer Überprüfung benutzt werden (so z. B. in Gruppe 7 [Hessen]: Richtlinien für die Bildung von Planungsgemeinschaften gemäß § 3 Abs. 2 Hess. Landesplanungsgesetz und die sonstige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung und Landesplanung vom 27. 11.

1964, Satzungsentwurf für allgemeine Planungsgemeinschaften, Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung über die Gründung der allgemeinen Planungsgemeinschaft Rhein-Main-Taunus, Strukturuntersuchungen der kreisfreien Städte und Landkreise vom 31. 10. 1968, Hessisches Landesraumordnungsprogramm. Runderlaß vom 30. 4. 1968 usw.). Es soll dabei nicht verkannt werden, wie schwer es in einer so umfangreichen Sammlung ist, „auf dem laufenden“ zu bleiben, andererseits hängt die Verwendbarkeit aber sehr entscheidend davon ab, wie aktuell sie ist.

Das umfangreiche Material macht es unumgänglich, in zahlreichen Fällen Gesetze usw. auszugsweise abzuschreiben. Man sollte dann aber im Inhaltsverzeichnis oder sonstwie zweifelsfrei klarstellen, was der Auszug bringt und was nicht. Sonst zwingt man den Benutzer häufig doch wieder auf die Quelle zurückzugehen, da er befürchten muß, Informationen zu missen. Das Inhaltsverzeichnis eines Gesetzes sollte z. B. vollständig abgedruckt und dabei sollte im Text angegeben werden, was weggelassen wird (s. z. B. Gruppe 1 S. 301 ff. BBauG, oder als weiteres Beispiel die Raumordnungsberichte [Gruppe 1 Seite 101 ff.]). Dort sollte (z. B. Gruppe 1 S. 140 ff., 3. Raumordnungsbericht) ganz klar gesagt werden, daß Text und Tabellen wohl vollständig abgedruckt, Karten und Graphiken aber weggelassen wurden.

Der Wert der Sammlung wird durch diese Bemerkungen keineswegs gemindert. Sie ist so umfassend und vollständig, daß jeder, der in der Landesplanung und Raumordnung tätig ist oder mit ihr in den verschiedenen Fachbereichen zu tun hat, sich an ihr zuverlässig informieren kann.

Ministerialrat Dr. Schirrmacher

Die Rechtsprechung über Erschließungsbeiträge und Entwässerungs-(Kanal-)beiträge — 72 Urteile — 72 Präzedenzfälle — von Oberverwaltungsrat Karl F. ö h n e r, Band II, 144 S., 12,50 DM, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart, München, Hannover.

Mit dem vorliegenden Band hat der Verfasser die im Jahre 1967 begonnene Sammlung von Präzedenzfällen aus dem Bereich der Erschließungsbeiträge und der Entwässerungsbeiträge fortgesetzt. Die Auswahl stellt einen Querschnitt durch die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts bis zum Jahre 1969 dar. Es ist beabsichtigt, die Sammlung fortzuführen.

Die vom ersten Band her bewährte Gliederung in drei Teile „Allgemeines Beitragsrecht“, „Entwässerungsbeiträge“ und „Erschließungsbeiträge nach dem Bundesbaugesetz“ ist beibehalten worden (vgl. die Besprechung in Staatsanzeiger 1967, 688). Die fortlaufende Numerierung und Querverweisungen betonen aber die Fortführung der Sammlung. Der Verfasser zeigt hiermit zugleich die Entwicklung der Rechtsprechung auf, die in den einzelnen Abschnitten zwangsläufig zu Änderungen führte. So wird z. B. nunmehr dargelegt, wie Entwässerungsbeiträge steuerlich zu behandeln sind, nachdem in Band I bereits die Auffassung des Bundesfinanzhofs in dieser Frage zu den Erschließungsbeiträgen erwähnt worden war. Der Schwerpunkt der Sammlung liegt bei den Entscheidungen, die sich mit dem beitragsfähigen Erschließungsaufwand und den beitragsfähigen Grundstücken beschäftigen. Breiter Raum ist auch den Fragen zur Ermittlung und Verteilung des Erschließungsaufwands gewidmet. Hierunter fällt insbesondere die Rechtsprechung zu den Einheitssätzen, die in Hessen seit Inkrafttreten des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) vom 17. 3. 1970 (GVBl. I S. 225) deshalb besondere Bedeutung erlangt hat, weil auch der den Beiträgen nach § 11 KAG zugrunde zu legende Aufwand nach Einheitssätzen ermittelt werden kann.

Ein sehr ausführliches Inhaltsverzeichnis, ein Abkürzungsverzeichnis, ein Sachregister sowie — neuerdings — eine Aufstellung der behandelten Urteile nebst Hinweis auf die Veröffentlichung und die Bandnummern runden den Band ab. Die sinnvolle Zusammenstellung der Entscheidungen kann dem Praktiker bei seiner täglichen Arbeit eine wertvolle Hilfe sein.

Oberregierungsrat E r m e l

Einbanddecken zum Staats-Anzeiger

Jahrgang 1970 — 1. und 2. Halbjahr — (2 Einbanddecken) — Preis DM 13,20

für alle anderen Jahrgänge Stückpreis DM 6,75 einschließlich Verpackungs- und Versandkosten und 5,5 % Mehrwertsteuer

Gebundene Jahrgänge des Staats-Anzeigers sind lieferbar:

Jahrgänge 1966, 1968, Preis DM 64,55 einschl. Versandkosten und 5,5 % MWST.
Jahrgang 1969, Preis DM 97,10 einschließlich Versandkosten und 5,5 % MWST.
Jahrgang 1970 (2 Bände) Preis DM 146,05 einschl. Versandkosten und 5,5 % MWST.

Bestellungen richten Sie bitte an

BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH & CO KG
62 WIESBADEN · WILHELMSTRASSE 42 · TELEFON 3 96 71

**HERAUSGEBER:
VEREINIGUNG ZUR FÖRDERUNG
DES DEUTSCHEN
BRANDSCHUTZES (VFDB) E. V., BONN**
Bestellungen erbeten an:
**Buch- und Zeitschriftenverlag
Kultur und Wissen GmbH & Co KG
62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42
Telefon (0 61 21) 3 96 71**

Einkommensteuergesetz. Erläutert von Dr. W. Blümich, Oberfinanzpräsident a. D. (†), Dr. L. Falk, Ministerialdirektor i. e. R. fortgeführt von Dipl.-Kfm. W. Steinbring, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, und Dr. A. Uelner, Ministerialrat im Bundesfinanzministerium. 10., neubearbeitete Auflage in 2 Bänden. Band I: XVI, 1597 S. 80. 1971. Subskriptionspreis für Band I 98,— DM gültig bis zum Erscheinen von Band II (nachher 118,— DM). Band II: erscheint im Sommer 1971. Verlag Franz Vahlen GmbH, München.

Nach der 1964 erschienenen 9. Auflage des Kommentars zum Einkommensteuergesetz (EStG) folgt nun die lang erwartete 10. Auflage, zunächst der erste Band. Dieser enthält — wie bisher — die Kommentierung der §§ 1–12 des EStG. Er ist um über 400 Seiten auf insgesamt 1597 Seiten angewachsen. Hieraus allein schon läßt sich in etwa ermesen, wieviel Mühe und Arbeit in dieses Werk investiert worden ist.

In seiner äußeren Gestaltung gleicht der Kommentar der vorausgegangenen Auflage. Ebenso übernimmt er von dieser Aufbau und Gliederung. Vorangestellt ist der Text des EStG in der Fassung vom 12. 12. 1969 (EStG 1969) und der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung vom 21. 4. 1970 (EStDV 1969) mit sieben Anlagen zu den §§ 76–78, 81, 82 a zur EStDV.

Seit dem Erscheinen der 9. Auflage im Jahre 1964 ist kein Jahr vergangen, in dem nicht einkommensteuerliche Vorschriften geändert oder ergänzt worden sind. In der Einleitung zur 10. Auflage werden annähernd 30 solche Gesetze unter Angabe der Fundstellen im BGBI. und BStBl. aufgezählt. Hieraus lassen sich bereits Rückschlüsse darauf ziehen, welche Fülle von Aufgaben bei der Neukommentierung zu bewältigen waren. Hinzu kommt noch die Auswertung der in der Zwischenzeit ergangenen Entscheidungen der Finanzgerichte, insbesondere des Bundesfinanzhofs (BFH), anderer höchster Gerichte sowie des Bundesverfassungsgerichts. Solche höchstgerichtliche Entscheidungen klären zwar manche Streitfragen, werfen aber oftmals auch wieder neue Zweifelsfragen auf. Entsprechend der Zahl der Gesetzesänderungen und der gerichtlichen Entscheidungen mit ihren mitunter neue Wege weisenden fortschrittlichen Erkenntnissen hat naturgemäß auch das steuerrechtliche Schrifttum in erheblichem Umfang zugenommen.

Die Verfasser haben vor zwei besonderen Aufgaben gestanden: Die Kommentierung der nicht geänderten Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes dem neuesten Stand der Rechtsprechung und Rechtslehre unter Einbeziehung des umfangreichen Schrifttums anzupassen sowie die hinzugekommenen Gesetzesänderungen und -Ergänzungen neu zu kommentieren.

Bei Erledigung der ersten Aufgabe ist es den Verfassern nicht allein darauf angekommen, den Inhalt von Entscheidungen höchster Gerichte wiederzugeben, sondern aus ihnen auch die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Vor allem bei den Entscheidungen des BFH, und hier insbesondere bei solchen von grundsätzlicher Bedeutung, blieb zu klären, ob und inwieweit diese unter eingehender Analyse der Urteilsgründe in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht gelagerten Fällen anzuwenden sind.

Noch vielschichtiger sind die im Schrifttum vertretenen Ansichten, die zwar für die Weiterentwicklung des Einkommensteuerrechts von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind, die sich aber nicht selten konträr gegenüberstehen und die mitunter sogar offensichtlich nur gewissen Interessengruppen zu dienen bestimmt sind.

Die Sichtung mit dem Ziel der Erfassung alles Wichtigen und die Auswahl der für die Entscheidung zutreffenden Argumente aus der Fülle der Urteile der verschiedensten Gerichte und der Flut von Veröffentlichungen im Schrifttum setzen nicht nur eine umfangreiche Kleinarbeit voraus, sondern bedingen auch ein erhebliches Maß an Übersicht, Urteils- und Entscheidungskraft. Eine auch nur flüchtige Durchsicht einiger wichtiger Abschnitte des Kommentars läßt den Leser bereits die Überzeugung gewinnen, daß sich die Verfasser der Lösung dieser ebenso schwierigen wie vielschichtigen Aufgaben mit bestem Erfolg gewidmet haben. Dabei ist unschwer zu erkennen, daß die von der Finanzverwaltung vertretenen Auffassungen, wie sie in den Einkommensteuerrichtlinien und gemeinsamen Ländererlassen ihren besonderen Ausdruck gefunden haben, auch in der Kommentierung ihren Niederschlag erhalten haben. Dies erklärt sich schon aus der Tatsache, daß — wie der Einleitung zum Kommentar entnommen werden kann — die meisten Mitarbeiter an der Gestaltung des Kommentars beim BfF tätig sind. Aus der Mitwirkung dieses Personenkreises ist jedoch keineswegs auf eine Einseitigkeit in der Kommentierung zu schließen. Die Verfasser geben vielmehr zu den von ihnen behandelten wichtigen Fragen auch stets die Meinungen anderer wieder und setzen sich mit diesen unter Darlegung ihrer eigenen Argumente auseinander.

Besondere Aufmerksamkeit haben die Verfasser des Kommentars den Gesetzesänderungen und -Ergänzungen gewidmet. So haben sie die Gründe für die Neufassung der §§ 5 und 6 des EStG und die sich daraus ergebenden Folgerungen deutlich gemacht — des besseren Verständnisses wegen unter wörtlicher Wiedergabe der maßgeblichen Bestimmungen aus der AO und dem AktG —, die eigene hierzu vertretene Auffassung eingehend dargelegt, die abweichenden Meinungen erörtert und an den vom BFH zu verschiedenen Bilanzierungsfragen getroffenen Entscheidungen Kritik geübt.

Auch der für die von der Wirtschaft zu treffenden Maßnahmen so wichtige § 6 b EStG erfährt unter dem Aspekt seiner vielschichtigen Anwendungsmöglichkeiten und seiner schweren Überschaubarkeit die ihm gebührende Beachtung.

Im Anhang zu § 7 EStG erfolgen Kommentierungen zu den beiden Verordnungen über steuerliche Konjunkturmaßnahmen vom 10. 2. 1967 und 21. 7. 1970, zum Berlinhilfegesetz (BHG) 1964 und 1968 und zum Investitionszulagengesetz (InZuLG). Besondere Beachtung hat hier das BHG gefunden, das nicht nur gewissermaßen als Muster für das InZuLG gedient hat, sondern voraussichtlich auch noch bei anderen zu erlassenden Gesetzen Pate stehen wird — z. B. für das in Vorbereitung befindliche Zonenrandförderungsgesetz. Der Kommentar zeigt auf, zu welchen Fragen Zweifel aufgetaucht sind, wie solche bereits durch Urteile des BFH entschieden worden sind und welche Bedenken gegen einzelne dieser Entscheidungen erhoben werden müssen.

Für Praktiker sind besonders die wörtlich mitgeteilten, vom FinSen Berlin herausgegebenen Erlasse wichtig, die dazu dienen, bereits aufgetauchte Zweifel zu beheben und die notwendige Klärung bestimmter Begriffe wie „verarbeitendes Gewerbe“, „der Fertigung unmittelbar und mittelbar dienende Wirtschaftsgüter“ und „Verwendung von Wirtschaftsgütern zu Zwecken der Forschung oder Entwicklung“ herbeizuführen. Ähnliche Hinweise werden auch für das InZuLG unter Bezugnahme auf vom BfF zur Klärung von Zweifelsfragen veröffentlichte Erlasse gegeben.

Mit der Umstellung der Umsatzbesteuerung auf das Mehrwertsteuersystem durch das Umsatzsteuergesetz vom 29. 5. 1967 war es notwendig geworden, eine dieser Änderung Rechnung tragende zusätzliche Bestimmung in das EStG aufzunehmen. Dies ist durch die Einführung des § 9 b EStG geschehen. Die Verfasser des Kommentars erläutern in ihren Anmerkungen hierzu das Wesen der Mehrwertsteuer und des Vorsteuerabzugs, zeigen die erheblichen Unterschiede zu der bisher geltenden kumulativen Alphasen-Bruttoposteuerung auf und legen eingehend dar, welche Auswirkungen einzelne Bestimmungen des neuen UStG auf die Bewertung von Wirtschaftsgütern und die Einkommensermittlung haben.

Als Gesamtwürdigung nach einer gründlicheren Einsichtnahme in dieses umfangreiche Werk ist die Feststellung gerechtfertigt, daß dieser Kommentar — wie jeder andere — zwar auch nicht auf jede mögliche Frage die einzig zutreffende Antwort geben kann — das ist schon wegen der immer komplizierter werdenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technischen Verhältnisse unseres gesamten Lebensbereichs nicht möglich — aber doch jedem Benutzer so viele Hinweise und Anregungen vermitteln wird, daß er in die Lage versetzt wird, eine Entscheidung zu treffen und diese auch mit guten Gründen zu vertreten. Darin liegt m. E. die Bedeutung und Stärke dieses beachtlichen Werkes. Umfang und Qualität der geleisteten Arbeit lassen mich zu der Überzeugung gelangen, daß mit der 10. Auflage dieses Kommentars allen, die sich von berufswegen mit einkommensteuerlichen Fragen zu befassen haben, selten es nun Berater der Wirtschaft, Verwaltungsbeamte oder Richter, ein Hilfsmittel von außerordentlichem Wert an die Hand gegeben wird.

Regierungsdirektor R u h n a u

Die Vermögensbildung im öffentlichen Dienst. Tarif- und beamtenrechtliche Vorschriften des Bundes, der Länder und der Gemeinden über vermögenswirksame Leistungen mit Erläuterungen für die Praxis. Von Ministerialrat Alfred Breier, Tarifreferent im Bundesinnenministerium. Nachtrag Nr. 1 (Stand 1. Januar 1971). 88 S., 4,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, München.

Der jetzt vorgelegte 1. Nachtrag berücksichtigt die Änderungen durch die Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen vom 17. Dezember 1970, durch die Verordnung zur Durchführung des Dritten Vermögensbildungsgesetzes und durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Wohnungsbau-Prämiengesetzes. Es ist erfreulich, daß der Verfasser zeitnah mit diesem Nachtrag sein Werk auf dem neuesten Stand hält und damit der Bedeutung des Werkes für die mit der Bearbeitung der vermögenswirksamen Leistungen befaßten Stellen gerecht wird. Allerdings setzt dies voraus, daß der Besitzer des Grundwerkes auch alle 51 Änderungen im Grundwerk vornimmt, was ihn bestimmt einigen Zeitaufwand kostet. Der Verfasser sollte daher die bei Besprechung des Grundwerkes in StAnz. 1970 S. 2120 gemachte Anregung, das Werk in einer Loseblattsammlung herauszugeben, möglichst bald in Erwägung ziehen.

Regierungsdirektor R u d o l p h

SOEBEN ERSCHIENEN:

RVO-Gesamtkommentar

3. Auflage — Loseblattwerk

Herausgeber: Dr. Aye, Geschäftsführer der Betriebskrankenkasse der Kruppwerke a. D., Essen; Göbelsmann, Präsident des Sozialgerichts, Dortmund; Müller, Bundesrichter beim Bundessozialgericht, Kassel; Dr. Schickel, Präsident des Hessischen Landessozialgerichts a. D., München; Schroeter, Vizepräsident des Bundesversicherungsamtes a. D., Berlin.

In 4 Plastikordnern enthält das Loseblatt-Werk das I., II., III., IV., V und VI Buch der RVO und das FANG; ferner haben wir den Teil „Internationales Sozialversicherungsrecht“ — Zwischenstaatliche Abkommen, EWG-Recht und internationale Übereinkommen — begonnen

Nach den Abkommen Deutschland-Schweiz und Deutschland-Österreich wird das „Internationale Sozialversicherungsrecht“ mit dem Abkommen Deutschland-Jugoslawien fortgesetzt.

Bitte, fordern Sie Sonderprospekt an

Druck- und Verlagshaus Chmielorz
62 Wiesbaden

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1971

Montag, den 19. April 1971

Nr. 16

Gerichtsangelegenheiten

1256

Erlaubnis zur Rentenberatung

E 371, 3 BA: Dem Rentner Hermann Brell in 6454 Großauheim, Krs. Hanau, Am Bangert 4, wird die Erlaubnis erteilt, als Rentenberater für das Sozialversicherungswesen und als Berater für das Recht früherer Angehöriger des öffentlichen Dienstes (Art. 131 des Grundgesetzes) mit dem Sitz in Großauheim tätig zu werden.

Die Erlaubnis umfaßt nicht das Verhandeln vor den Gerichten.
645 Hanau, 5. 4. 1971

Der Präsident des Landgerichts

1257

Erlaubnisurkunde

I B 136: Die, Frau Agnes Böhnke in Wiesbaden, Rheinstraße 103, erteilt Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 — RGBI. I Seite 1478 beschränkt auf das Gebiet des Sozialrechts mit dem Geschäftssitz in Wiesbaden wurde durch Verfügung des Landgerichtspräsidenten in Wiesbaden vom 16. 1. 1969 widerrufen. Der Widerruf ist rechtskräftig.

62 Wiesbaden, 2. 4. 1971

Der Präsident des Amtsgerichts

Veröffentlichungen

1258

Öffentliche Zustellung gem. § 20 Abs. 2 Satz 2 u. 3 HDO vom 21. 3. 1962 (GVBl. S. 145 ff.)

Herrn Polizeimeister
Hans-Joachim Sondergeld
z. Z. unbekannten Aufenthaltes

Betr.: Untersuchung gem. § 114 HDO gegen Sie

Bezug: Verfügung des Magistrats der Stadt Frankfurt/M. vom 21. 9. 70

Mit der o. a. Verfügung hat der Magistrat gegen Sie eine Untersuchung gem. § 114 der Hessischen Disziplinarordnung (HDO) vom 21. 3. 1962 bestimmt.

Hiermit wird Termin für Ihre mündliche Anhörung auf

Montag, 10. Mai 1971, vormittags 11 Uhr, im Dienstzimmer des Unterzeichners, Frankfurt am Main, Berliner Straße 33 bis 35, Nr. 301/II. Et., festgesetzt.

Sie werden hiermit aufgefordert, zu diesem Termin zu erscheinen und darauf hingewiesen, daß ein unentschuldigtes Fernbleiben eine Dienstpflichtverletzung darstellt.

Frankfurt/Main, 26. 3. 1971

Magistratsdirektor Flögel
als Untersuchungsführer

1259

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der am 22. Juli 1968 von dem Magistrat der Stadt Hochheim am Main unter der Nummer 33 ausgestellte Dienstaussweis für Herrn Hans-Joachim Lauer ist in Ver-

lust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

6203 Hochheim, 3. 4. 1971

Der Magistrat
der Stadt Hochheim am Main
Z y d e k (I. Stadtrat)

1260 Güterrechtsregister

Neueintragung

GR 360: Fey, Gerhard, Schreiner in Wehrshausen, Kreis Hersfeld, Haus Nr. 13 1/2, und Luise geb. Möller.

Durch Vertrag vom 17. 3. 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

643 Bad Hersfeld, 6. 4. 1971

Amtsgericht

1261

GR 1388 — 16. 3. 71: Eheleute Auto-schlosser Gerd Karl Wächtershäuser und Alojzija Wächtershäuser, geb. Jaks, beide in Bad Homburg v. d. H.

Durch Vertrag vom 30. Dezember 1970 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1389 — 16. 3. 71: Eheleute Kaufmann Klaus Dietrich Bieber und Heike Bieber, geb. Schander, beide in Bad Homburg v. d. Höhe.

Durch Vertrag vom 25. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1390 — 21. 3. 71: Eheleute Heinrich Ott und Annemarie Martha Ott, geb. Schulze, beide in Köppern.

Durch Vertrag vom 19. Februar 1971 ist die Gütertrennung aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinn-gemeinschaft vereinbart.

GR 1391 — 21. 3. 71: Eheleute Kaufmann Alfred Pardemann und Gisela Pardemann, geb. Penschuck, beide in Kalbach.

Durch Vertrag vom 29. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1392 — 21. 3. 71: Eheleute Kaufmann Herbert Schürer, Oberstedten, und Elsa Schürer, geb. Guber.

Durch Vertrag vom 29. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1145 — 31. 3. 71: Eheleute Handlungsbevollmächtigter Rudolf Pilatzek und Steuerbevollmächtigte Charlotte Pilatzek, geb. Wagner, beide in Bad Homburg v. d. Höhe.

Durch Vertrag vom 16. Februar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1393 — 2. 4. 71: Eheleute Sparkassenangestellter Wilhelm Alfred August Krack, Bad Homburg v. d. H., und Ingeburg Krack, geb. Weyrauch, Dorheim/Wetterau.

Durch Vertrag vom 9. März 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

6380 Bad Homburg, 5. 4. 1971

Amtsgericht

1262

GR 256 — 11. März 1971 — Veränderung: Eheleute Bäckermeister und Konditor Walter Otto Ernst Lang und Katharine geb. Leißler, beide in Bad Schwalbach.

Durch notariellen Vertrag vom 18. Januar 1971 ist der Güterstand der Gütergemeinschaft aufgehoben.

6208 Bad Schwalbach, 11. 3. 1971

Amtsgericht

1263

GR 280 — 5. Februar 1971 — Neueintragung: Eheleute Maler Georg Philipp

Fetsch und Bankangestellte Ursula geb. Birkner, beide in Neuhoß.

Durch notariellen Vertrag vom 19. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 5. 2. 1971

Amtsgericht

1264

GR 281 — 9. März 1971 — Neueintragung: Eheleute Friseurmeister Ernst Ludwig Rudolf Hermann und Kosmetikerin Hilde geb. Götz, beide in Bleidenstadt.

Durch Ehevertrag vom 28. Januar 1971 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 9. 3. 1971

Amtsgericht

1265

GR 405 — Neueintragung: Flugzeugtankwart Hans Hermann Meister und dessen Ehefrau Christine geb. Pfannmüller in Ober-Erlenbach haben durch notariellen Vertrag vom 11. Dezember 1970 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 24. 2. 1971

Amtsgericht

1266

GR 406 — Neueintragung: Kaufmann Karl Egon König und dessen Ehefrau Gertrud geb. Appel in Karben 1, Rendeler Straße 67, haben durch notariellen Vertrag vom 22. Dezember 1970 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 24. 2. 1971

Amtsgericht

1267

GR 407 — Neueintragung: Kraftfahrzeugschlosser Herbert Schön und dessen Ehefrau Heide-Marie Elisabeth geb. Thaler in Karben, Justus-Liebig-Str. 3, haben durch notariellen Vertrag vom 10. November 1970 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 24. 2. 1971

Amtsgericht

1268

GR 408 — Neueintragung: Kfm. Angestellter Leo Seifried und dessen Ehefrau Maria Luise, geb. Heuser, Petterweil, Sudetenstraße 36, haben durch notariellen Vertrag vom 29. Januar 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 26. 3. 1971

Amtsgericht

1269

GR 409 — Neueintragung: Steward Meinrad Schuler und dessen Ehefrau Christel, geb. Rautenberg, Nieder Erlenbach, Tausblick 26, haben durch notariellen Vertrag vom 7. November 1970 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 26. 3. 1971

Amtsgericht

1270

GR 410 — Neueintragung: Diplom-Kaufmann Carl Simm und dessen Ehefrau Irmgard, geb. Mansch, Petterweil, Schloßstraße 56, haben durch notariellen Vertrag vom 2. Februar 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 26. 3. 1971

Amtsgericht

1271

GR 411 — Neueintragung: Michael Frey-eisen und dessen Ehefrau Doris, geb. Ell-wart, Bad Vilbel, Martin-Reck-Straße 15, haben durch notariellen Vertrag vom 4. März 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 31. 3. 1971

Amtsgericht

1272

GR 468 — 25. 3. 1971: Kraftfahrzeug-Mechaniker Werner Becker und dessen Ehefrau Anneliese, geb. Arhelger, beide in Butzbach.

Durch Vertrag vom 9. März 1971 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben worden.

6308 Butzbach, 25. 3. 1971 **Amtsgericht**

1273

GR 1789 — 5. 4. 1971: Kiefer, Hans Walter, und Ingrid Eveline, geb. Kopf, Friedberg/Hessen.

Durch Vertrag vom 20. Januar 1970 ist Gütertrennung vereinbart.

636 Friedberg (H.), 5. 4. 1971 **Amtsgericht**

1274

GR 1790 — 5. 4. 1971: Hofmann, Richard, Gärtner, und Maria, geb. Dienst, Schwalheim.

Durch Vertrag vom 8. Januar 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

636 Friedberg (H.), 5. 4. 1971 **Amtsgericht**

1275

Gr 1791 — 6. 4. 1971: Rosenbecker, Karl Wilhelm, Elektriker, und Wanda Wera, geb. Bredlau, Rodheim v. d. H.

Durch Vertrag vom 5. März 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

636 Friedberg (H.), 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1276

GR 124 — 30. März 1971: Die Eheleute VW-Arbeiter Manfred Arnold Steinemann und Martha Steinemann geb. Knöppel, Singlis, Dorfstraße 9, haben durch notariellen Ehevertrag vom 13. 4. 1967 bzw. Abänderungsvertrag vom 19. 2. 1971 die fortgesetzte Gütergemeinschaft vereinbart.

Das Gesamtgut wird von beiden Ehegatten gemeinschaftlich verwaltet. Vorbehaltsgut der Ehefrau ist das im Grundbuch Singlis, Blatt 482, eingetragene Grundvermögen.

3580 Fritzlar, 30. 3. 1971 **Amtsgericht**

1277

5 GR 1352 — 8. 3. 1971: Kaufmann Heinrich Knips und Ehefrau Siegrid Knips geborene Elter, beide wohnhaft in Fulda.

Durch notariellen Vertrag vom 4. September 1970 ist Gütertrennung vereinbart.

64 Fulda, 7. 4. 1971 **Amtsgericht, Abt. 5**

1278

GR 2069 — **Neueintragungen:** 1. 4. 1971: Eheleute Kraftfahrer Werner Leukel und Hildegard geb. Frey, Gießen.

Durch Vertrag vom 10. März 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2070 — 1. 4. 1971: Eheleute Metzger Karl Nachtigall und Gertrud geb. Rau, Grünberg, Stadtteil Lumda.

Durch Vertrag vom 2. Februar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen, 5. 4. 1971 **Amtsgericht**

1279

GR 269 — 30. März 1971: Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Horst Dorda und Kindergärtnerin Rita Dorda, geb. Intra, beide wohnhaft in Lahr, Hauptstr. 41.

Durch Vertrag vom 15. Februar 1971 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vom Tage der Eheschließung ab vereinbart.

6253 Hadamar, 30. 3. 1971 **Amtsgericht**

1280

41 GR 1263 — 5. 3. 1971: Eheleute Kaufmann Uwe Tag und Gisela geb. Bechtoldt, Hanau, haben durch Vertrag vom 11. 1.

1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 11. 3. 1971 **Amtsgericht, Abt. 41**

1281

41 GR 1266 — 18. 3. 1971: Eheleute kaufm. Angestellter Hans Sturmhöfel und Christa geb. Funk in Schöneck haben durch Vertrag vom 3. 2. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 24. 3. 1971 **Amtsgericht, Abt. 41**

1282

41 GR 1267 — 18. 3. 1971: Eheleute Geschäftsführer Ing. Kurt Jedlitschka und Erika geb. Trux in Großkrotzenburg haben durch Vertrag vom 18. 12. 1970 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 24. 3. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

1283

41 GR 1268 — 18. 3. 1971: Eheleute Maschinenbauingenieur Bernd-Dieter Riedel und Angelika geb. Schulmeyer in Dörnigheim, haben durch Vertrag vom 19. 2. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 24. 3. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

1284

GR 223 — **Neueintragung:** Eheleute Kaufmann Heinrich Theodor Schmitz und Frau Elly geb. Cichowlas, beide in 6414 Hilders, Thüringer Straße 28.

Durch Vertrag vom 25. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

6414 Hilders, 24. 3. 1971

**Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Hilders**

1285

GR 224: Eheleute Kaufmann Rudolf Meyhöfer und Ursula Cäcilia, geb. Trojahn, Weilbach, Wiesenring 15.

Durch Vertrag vom 27. Januar 1971 ist der gesetzliche Güterstand ausgeschlossen worden.

6203 Hochheim/Main, 5. 4. 1971

Amtsgericht

1286

GR 481 — Eheleute Elmar Karl Johannes Krönung und Berta Dorothea geb. Henkel in Ufhausen.

Durch Vertrag vom 22. 12. 1970 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 3. 3. 1971 **Amtsgericht**

1287

GR 482 — Eheleute Dr. Johann Wolfgang Wilhelm Kreitmair Prakt. Arzt, und Liena Margarethe Ingeborg geb. Zündel, beide in Arzelle (Kr. Hünfeld).

Durch Vertrag vom 7. November 1970 ist Gütertrennung vereinbart.

6418 Hünfeld, 15. 3. 71 **Amtsgericht**

1288

GR 483 — Eheleute Adolf Isidor Schön, Kaufmann, und Maria Regina geb. Knauf, beide in Hünfeld-Mackenzell, Nüster Straße 14.

Durch Vertrag vom 4. Februar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

6418 Hünfeld, 16. 3. 1971 **Amtsgericht**

1289

8 GR 609 — 23. März 1971 — **Neueintragung:** Eheleute Chemiefacharbeiter Hans-Jürgen März und Olga März geb. Rompala, beide wohnhaft in Neuenhain (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 2. März 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Ts.), 30. 3. 1971

Amtsgericht

1290

8 GR 610 — 29. März 1971 — **Neueintragung:** Eheleute Verkaufsleiter Hans Jo-

sef Ogger und Ursula Ogger geb. Meulenkamp beide wohnhaft in Kronberg (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 29. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Ts.), 30. 3. 1971

Amtsgericht

1291

8 GR 611 — 29. März 1971 — **Neueintragung:** Eheleute Tankstellenpächter Otto Wolfgang Krüger, wohnhaft in Niederhöchstädt (Taunus) und Kauffrau Maria Ilse Krüger geb. Kremp, wohnhaft in Eschborn (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 8. Februar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Ts.), 30. 3. 1971

Amtsgericht

1292

8 GR 612 — 31. März 1971 — **Neueintragung:** Eheleute Kaufmann Peter Paul Breuer und Ursula Helga Breuer geb. Lindner, beide wohnhaft in Kronberg (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 29. September 1970 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Ts.), 31. 3. 1971

Amtsgericht

1293

GR 295 A, 16. 3. 1971: Maurermeister Helmut Klöser und Ehefrau Luise, geb. Fissler, Adorf, Bredelarer Straße 20.

Durch Vertrag vom 21. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 16. 3. 1971

Amtsgericht

1294

GR 296 — 24. März 1971: Die Eheleute Schreiner Karl Heinz Peuster und Ehefrau Ingrid, geb. Kriegel, haben durch Vertrag vom 22. Januar 1971 Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 24. 3. 1971

Amtsgericht

1295

GR 296 A — 30. 3. 1971: Die Eheleute Textilingenieur Christoph Hanke, Korbach, Birkenweg 36, und Sigrid, geb. Hanke, haben durch Vertrag vom 26. Januar 1971 Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 30. 3. 1971

Amtsgericht

1296

5 GR 274 — **Neueintragung:** Die Eheleute Schlosser Ludwig Kling und dessen Ehefrau Lieselotte, geb. Büchler, Lampertheim, haben durch Ehevertrag vom 19. 1. 1971 den Güterstand der Gütergemeinschaft vereinbart.

684 Lampertheim, 30. 3. 1971 **Amtsgericht**

1297

5 GR 275: **Neueintragung:** Die Eheleute Maler Richard Heinrich Mehler und dessen Ehefrau Eva Irmgard, geb. Wetzels, Biblis-Wattenheim, haben durch Ehevertrag vom 22. 1. 1971 den Güterstand der Gütergemeinschaft vereinbart.

684 Lampertheim, 30. 3. 1971 **Amtsgericht**

1298

5 GR 276 — **Neueintragung:** Die Eheleute Autoschlosser Siegfried Viktor Mathe und Ursula Gertrud, geb. Rund, Lampertheim, haben durch Ehevertrag vom 2. 2. 1971 den Güterstand der Gütergemeinschaft vereinbart.

684 Lampertheim, 13. 4. 1971 **Amtsgericht**

1299

4 GR 410: **Neueintragungen:** 16. März 1971: Bernhard Karl Wilhelm Bös und Irma Elisa, geb. Korsu, Langen.

Durch Vertrag vom 24. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

4 GR 411: 16. März 1971: Kaufmann Dr. Hermann Helmut Kurz und Ingeborg Ruth, geb. Ostermayer, Götzenhain.
Durch Vertrag vom 9. November 1970 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben.
607 Langen, 16. 3. 1971 **Amtsgericht**

1300

4 GR 412 — 30. 3. 1971 — **Neueintragung:** Straßenbaumeister Willi Hunkel und Else geb. Wesp, Langen.
Durch Vertrag vom 4. März 1971 ist Gütertrennung vereinbart.
607 Langen, 1. 4. 1971 **Amtsgericht**

1301

4 GR 350: 18. März 1971 — **Veränderung:** Bernd Manfred Frankenberger und Waltraud, geb. Müller, Langen, Friedrichstr. Nr. 10.
Der Ehevertrag vom 2. September 1969 ist durch Vertrag vom 21. Januar 1971 ergänzt.
607 Langen, 18. 3. 1971 **Amtsgericht**

1302

GR 834 — 22. März 1971 — **Neueintragung:** Elektromonteur Max Helmuth Vaupel und Helga Maria Vaupel geb. Jungblut, beide in Marburg (Lahn), Schwannegasse 21a.
Durch notariellen Vertrag vom 12. Oktober 1970 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart worden.
355 Marburg (Lahn), 22. 3. 1971 **Amtsgericht**

1303

GR 835 — 22. März 1971 — **Neueintragung:** Technischer Zeichner Robert Thielmann und Anna Maria Sibilla Thielmann geb. Statz, beide in Moischts Krs. Marburg, Wittelsberger Straße 9.
Durch notariellen Vertrag vom 6. Februar 1971 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben und Gütertrennung (§ 1414 BGB) vereinbart worden.
355 Marburg (Lahn), 22. 3. 1971 **Amtsgericht**

1304

GR 836 — 22. März 1971 — **Neueintragung:** Friseur Horst Kaiser und Anica Kaiser geb. Nagy, beide in Marburg (Lahn), Am Richtsberg 7.
Durch notariellen Vertrag vom 15. Febr. 1971 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben und Gütertrennung (§ 1414 BGB) vereinbart worden.
355 Marburg (Lahn), 22. 3. 1971 **Amtsgericht**

1305

GR IV Nr. 99 — **Neueintragung:** Manfred Mohr, Kaufmann und dessen Ehefrau Ingrid Mohr geb. Schanz, beide wohnhaft in Hainstadt.
Durch Vertrag vom 30. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.
612 Michelstadt, 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1306

GR IV Nr. 100 — **Neueintragung:** Manfred Norbert Kuck und Helga Kuck geb. Wieschollek, beide wohnhaft in Neustadt/Odw.
Durch Vertrag vom 27. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.
612 Michelstadt, 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1307

GR IV Nr. 101 — **Neueintragung:** Wilhelm Hahl und dessen Ehefrau Irene Hahl geb. Neff, beide wohnhaft in Hainstadt.
Durch Vertrag vom 25. Februar 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Nach dem Tod des Erstversterbenden soll die Güter-

gemeinschaft von dem Überlebenden mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen, die bei gesetzlicher Erbfolge zu Erben berufen wären, fortgesetzt werden.
612 Michelstadt, 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1308

GR IV Nr. 102 — **Neueintragung:** Kraftfahrzeugmeister Ludwig Schäfer und Marie Schäfer geb. Schäfer, beide wohnhaft in Bad König.
Durch Vertrag vom 2. März 1971 ist Gütertrennung vereinbart.
612 Michelstadt, 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1309

Rü GR 249 — 5. April 1971 — **Neueintragung:** Durch Vertrag vom 24. Februar 1971 haben die Eheleute Lothar Max Schlesinger, Makler in Rüsselsheim, Heppenheimer Str. 39, und Heide geb. Schunk, Rüsselsheim, Gütertrennung vereinbart.
609 Rüsselsheim, 7. 4. 1971 **Amtsgericht Groß-Gerau Zweigstelle Rüsselsheim**

1310

GR 165: Konditormeister Peter Egner und dessen Ehefrau Barbara Egner geborene Bertholdt, beide wohnhaft in Schlüchtern, Obertorstraße 43.
Durch Vertrag vom 11. März 1971 ist Gütertrennung vereinbart.
649 Schlüchtern, 7. 4. 1971 **Amtsgericht**

1311

GR 274 — 1. 4. 1971: Kaufmann Ernst Wilhelm Hölzel, Usingen/Ts., Richard-Wagner-Str. 10 und Ilse Hannelore, vorherelichte Bächle geb. Drangenstein, daselbst, haben durch Ehevertrag vom 27. 2. 1971 Gütertrennung vereinbart.
639 Usingen (Taunus), 1. 4. 1971 **Amtsgericht**

1312

GR 639: Eheleute Gerhard Keiner und Inge Keiner geb. Groddeck, 6334 Aßlar, Bechlinger Straße 8.
Durch notariellen Vertrag vom 1. März 1971 — Urkundenrolle Nr. 19/1971 des Notars Rolf Coester, Aßlar — ist Gütergemeinschaft vereinbart.
633 Wetzlar, 9. 3. 1971 **Amtsgericht**

1313

GR 640: Eheleute Direktor Erich Glier und Hertha Glier geb. Baader, 633 Wetzlar, Frankenstraße 3.
Durch notariellen Vertrag vom 8. Februar 1971 — Urkundenrolle Nr. 196/1971 des Notars Dr. Günther Lattermann, Wetzlar — ist die durch Vertrag vom 29. November 1945 — Urkundenrolle Nr. 501/1945 des Notars Dr. Carl Engemann, Wetzlar — vereinbarte Gütertrennung aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft vereinbart.
633 Wetzlar, 16. 3. 1971 **Amtsgericht**

1314

GR 642: Eheleute Reinhold Lewalter und Ursula Lewalter, geb. Süß, 6331 Schwalbach.
Durch notariellen Vertrag vom 25. Februar 1971 — Urkundenrolle Nr. 213/1971 des Notars Theodor Schäfer in Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.
633 Wetzlar, 18. 3. 1971 **Amtsgericht**

1315

GR 643: Eheleute techn. kaufm. Angestellter Friedrich Georg, genannt Friedel Schönberger und Hannelore Schönberger, geb. Kleinertz, wohnhaft in 6331 Blasbach, (Kreis Wetzlar), Haustädter Straße 11.
Durch notariellen Vertrag vom 3. März 1971 — Urkundenrolle Nr. 240/1971 des

Notars Theodor Schäfer in Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.
633 Wetzlar, 23. 3. 1971 **Amtsgericht**

1316 Nachlaßsachen

52 VI 1238/70 — **Beschluß:** Die Verwaltung des Nachlasses der am 31. August 1970 tot in ihrer Wohnung in Frankfurt (Main), ihrem letzten Wohnsitz, aufgefundenen Mathilde Mertes, wird angeordnet.
Zum Nachlaßverwalter wird Herr Rechtsbeistand Hans Meyer, Frankfurt (Main), Friedlebenstraße 6, bestimmt.
6 Frankfurt (Main), 23. 12. 1970 **Amtsgericht, Abt. 52**

1317 Handelsregister

HRB 25 — **Neueintragung:** Hess Baumaschinen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mücke, Kreis Alsfeld. Gegenstand des Unternehmens: Vertrieb von Baumaschinen aller Art sowie von Ersatzteilen, die Reparatur von Baumaschinen, die Unterhaltung von Werkvertritten und die Vornahme aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden Geschäfte, ferner die Beteiligung an anderen Firmen. Stammkapital: 20 000,— DM. Geschäftsführer: Robert Hess, Kaufmann, Bergen-Enkheim, Joachim Kirschnere, Kaufmann, Frankfurt (Main), Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. Januar 1971 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so kann jeder von ihnen die Gesellschaft allein vertreten. Die Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Nicht eingetragen: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Bundesanzeiger. Der Gesellschafter Robert Hess, Bergen-Enkheim, bringt in Anrechnung auf die von ihm übernommene Stammeinlage von 16 000,— DM einen Pkw Mercedes Benz, Baujahr 1970, zum Wert von 12 000,— DM, einen Ford Transit, Baujahr 1967 zum Wert von 3000,— DM, und einen Ford M-12, Baujahr 1967, zum Wert von 1000,— DM in die Gesellschaft ein.

Veränderung

HRB 21. Seniorhilfe Romrod, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Romrod, Kr. Alsfeld. Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 1. März 1971 ist das Stammkapital um 10 000,— DM auf 30 000,— DM erhöht und der Gesellschaftsvertrag in § 4 — Stammkapital, Stammeinlagen — entsprechend geändert worden.
632 Alsfeld, 5. 4. 1971 **Amtsgericht**

1318 Vereinsregister

VR 145 — 1. 4. 1971 — **Neueintragung:** Sportverein Nieder Waroldern 1947 e. V. Sitz: Nieder Waroldern.
3548 Arolsen, 1. 4. 1971 **Amtsgericht**

1319

VR 326 — **Neueintragung:** Hersfelder Festspielchor e. V. in Bad Hersfeld.
643 Bad Hersfeld, 31. 3. 1971 **Amtsgericht**

1320

VR 484 — 16. 3. 1971: Jehovas Zeugen, Versammlung Oberursel, Sitz: Oberursel (Taunus).

VR 485 — 18. 3. 71: Kindergarten Steinbach/Ts. e. V., Sitz: Steinbach (Taunus).

VR 486 — 19. 3. 71: Flugmodellbau- und Sportflieger-Club, Steinbach/Ts., Sitz: Steinbach (Taunus).

VR 487 — 21. 3. 71: Gemeinschaftskreis Alt Homburg e. V., Sitz: Bad Homburg v. d. H.

VR 488 — 25. 3. 71: Kuratorium für therapeutisches Reiten, Sitz: Steinbach (Taunus).
6380 Bad Homburg, 5. 4. 1971 Amtsgericht

1321

VR 228 — 3. März 1971 — Neueintragung: SC 1928 Daisbach in Daisbach.
6208 Bad Schwalbach, 3. 3. 1971

Amtsgericht

1322

VR 96 — Neueintragung: Pfadfinder Petterweil e. V. Sitz: Petterweil.
6368 Bad Vilbel, 26. 3. 1971

Amtsgericht

1323

VR 97 — Neueintragung: Schützenverein „Gut Schuß“ e. V. Sitz: Nieder-Eschbach.
6368 Bad Vilbel, 8. 4. 1971

Amtsgericht

1324

VR 229 — 25. März 1971 — Neueintragung: Sportverein 1945 Groß-Bieberau, Sitz: Groß-Bieberau.
611 Dieburg, 25. 3. 1971

Amtsgericht

1325

VR 244 — 16. März 1971 — Neueintragung: Unterstützungskasse der Firmen FRANZ-Einrichtungshäuser KG, Mainzer-Möbel-Magazin GmbH und INTERTEAM-WERBUNG GmbH, sämtlich in Haiger/Dillkreis, mit dem Sitz in Haiger/Dillkreis.
Die Satzung ist am 11. November 1970 errichtet.
634 Dillenburg, 16. 3. 1971

Amtsgericht

1326**Neueintragungen**

(mit dem Sitz in Frankfurt am Main)
73 VR 5949 — 11. Feb. 1971: Bundesarbeitsgemeinschaft der Jugendfilmclubs.
73 VR 5966 — 8. März 1971: Nederlandse Vereniging in Frankfurt am Main.

73 VR 5967 — 8. März 1971: Unterstützungsverein der Firma Moritz Diesterweg, 6000 Frankfurt (Main), Hochstr. 31.

73 VR 5968 — 10. März 1971: Unterstützungskasse der Firma Paul Geldmacher.
73 VR 5969 — 11. März 1971: Deutscher Moth Verband (International Moth Class Association Germany).

73 VR 5970 — 11. März 1971: Frankfurter Sportpistolen-Verein 1971.

73 VR 5972 — 11. März 1971: Sportärzteverband Hessen.

73 VR 5973 — 10. März 1971: „Club Concorde“ — Jung sein und schön bleiben.

73 VR 5974 — 11. März 1971: Kinderspielstube Gallus Verein für Sozialpädagogik.

73 VR 5975 — 11. März 1971: Verband Deutscher Rationalisierungsingenieure im Bauwesen — VDR.

73 VR 5977 — 16. März 1971: INTERURBAN Sozialverein der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland.

73 VR 5978 — 15. März 1971: Klub Neue Welt.

73 VR 5980 — 17. März 1971: Aktion für Umweltverbesserung.

73 VR 5981 — 22. März 1971: Konditionenkartell der Hersteller von Watte-Vliesen aus synthetischen Fasern.

73 VR 5982 — 22. März 1971: Rudergemeinschaft Frankfurt.

73 VR 5983 — 22. März 1971: Zentrale zur Eindämmung von Ladendiebstählen im Buchhandel.

73 VR 5985 — 24. März 1971: Arbeitsgemeinschaft Leseranalyse.

73 VR 5986 — 24. März 1971: Bildungswerk katholischer Arbeitnehmer im Lande Hessen.

73 VR 5988 — 26. März 1971: Werbebezugsgemeinschaft des deutschen Bäckerhandwerks.

*

73 VR 4401 — 9. Feb. 1971: Männergesangsverein 1879 Lorsbach/Taunus. Sitz: Lorsbach i. Ts.

Der Verein ist aufgelöst.

6 Frankfurt (Main), 31. 3. 1971

Amtsgericht, Abt. 73

1327

VR 325 — 18. 3. 1971 — Löschung: „Taxendienst“ (Kraftdroschken-Vereinigung) Bad Nauheim, Bad Nauheim. Der Verein ist aufgelöst.

636 Friedberg (H.), 18. 3. 1971

Amtsgericht

1328

5 VR 608 — 24. 3. 1971 — Verein türkischer Arbeitnehmer in Fulda und Umgebung e. V. in Fulda.

64 Fulda, 7. 4. 1971

Amtsgericht, Abt. 5

1329

VR 353 — Neueintragung: Angler Club Kempfenbrunn eingetragener Verein in Kempfenbrunn.

646 Gelnhausen, 1. 4. 1971

Amtsgericht

1330**Bekanntmachung**

VR 103: Sportverein „Blau-Weiß“ 1920 e. V. Dodenhäuser in Dodenhäuser (Kreis Frankenberg Eder).

3573 Gemünden (Wohra), 11. 3. 1971

Amtsgericht Kirchhain (Bez. Kassel)
Zweigstelle Gemünden (Wohra)

1331

VR 59 — 7. 4. 1971: Liftgemeinschaft Gersfeld in Gersfeld/Rhön.

6412 Gersfeld, 7. 4. 1971

Amtsgericht Fulda

Zweigstelle Gersfeld

1332

VR 799 — 10. 3. 1971 — Neueintragung: Elternspende der Ricarda Huch Schule. Sitz des Vereins ist Gießen.

63 Gießen, 5. 4. 1971

Amtsgericht

1333

4a VR 464 — 22. 3. 71 — Neueintragung: Erster Sportverein Blau-Gold Bischofsheim eingetragener Verein in Bischofsheim.

608 Groß-Gerau, 24. 3. 1971

Amtsgericht

1334

4a VR 376 — 23. 3. 1971 — Veränderung: Verein für Rasenspiele eingetragener Verein, Sitz: Groß-Gerau. Der Name des Vereins ist geändert in: Verein für Rasenspiele 1916 Groß-Gerau eingetragener Verein.

608 Groß-Gerau, 26. 3. 1971

Amtsgericht

1335

VR 93 — Neueintragung: Reiterverein Wallau und Umgebung. Sitz: Wallau.

6203 Hochheim (Main), 8. 3. 1971

Amtsgericht

1336

8 VR 443 — 6. April 1971 — Neueintragung: Kelkheimer Schwimm-Club 70 in Kelkheim (Taunus).

624 Königstein (Taunus), 6. 4. 1971

Amtsgericht

1337

VR 88 — 29. März 1971. Gefriergemeinschaft Heblos, Sitz: Heblos.

642 Lauterbach (Hessen), 29. 3. 1971

Amtsgericht

1338

VR 178 — Neueintragung: FORUM 71 Melsungen.

3508 Melsungen, 24. 3. 1971

Amtsgericht

1339

VR 180 — Neueintragung: Turn- und Sportverein 1904 Röhrenfurth in Röhrenfurth.

3508 Melsungen, 7. 4. 1971

Amtsgericht

1340

VR 92 — Neueintragung: In das Vereinsregister wurde am 24. März 1971 unter Nr. 92 eingetragen:

Arbeitskreis zur Förderung der Jugend-Kultur und Naturschutzpflege e. V. Sitz: Utphe.

6478 Nidda, 24. 3. 1971

Amtsgericht

1341

VR 832 — 17. 3. 71 — Neueintragung: „Interessengemeinschaft Bauvorhaben an der Römerstraße“, Sitz: Dietzenbach-Steinberg.

VR 833 — 17. 3. 71 — Neueintragung: „Angelsport-Club Offenbach am Main 1958“, Sitz: Offenbach a. M.

Löschungen

VR 669 — 18. 2. 71: „Unterstützungseinrichtung der Metallwarenfabrik Jakob Mönch“, Offenbach a. M.

Die Mitgliederversammlung vom 7. 1. 71 hat die Auflösung des Vereins beschlossen. Liquidator: Kaufmann Max Josef Goos, Neu-Isenburg und Prokurist Adam Duttine, Mühlheim a. M. Die Liquidatoren vertreten gemeinsam.

VR 742 — 17. 3. 71: „Tanz-Club Royal“, Offenbach a. M.

Der Verein ist aufgelöst. Die Liquidatoren Willy Masche und Albert Hillenbrand, beide Offenbach a. M., vertreten gemeinsam.

605 Offenbach (Main), 24. 3. 1971

Amtsgericht, Abt. 5

1342

VR 180 — Neueintragung: MSC 1970 Wallroth in Wallroth.

649 Schlüchtern, 22. 3. 1971

Amtsgericht

1343

VR 309 — 22. März 1971: Unterstützungseinrichtung der Georg Pälzer KG Seligenstadt e. V., Seligenstadt. Die Satzung wurde am 15. Dezember 1970 errichtet. Zur Vertretung des Vereins ist der 1. Vorsitzende, im Falle seiner Verhinderung das stellvertretende Vorstandsmitglied berechtigt. 1. Vorsitzende: Kauffrau Charlotte Eckhardt, Hainstadt/Main, Kaufmann Theo Disser, Zellhausen, als stellvertretendes Vorstandsmitglied.

6453 Seligenstadt (H.), 23. 3. 1971

Amtsgericht

1344 Vergleiche — Konkurse**Beschluß**

6 a N 24/70: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 2. 2. 1970 gestorbenen, zuletzt in Bad Homburg v. d. H., Elisabethenstraße 10, wohnhaft gewesenen Frau Erna Ottilie Schmidt, geb. Bechtel, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 17. Mai 1971, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Homburg v. d. H., Auf der Steinkaut 10/12, Saal I, bestimmt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt:

a) Vergütung: 324,— DM,

b) Auslagen: 4,80 DM.

638 Bad Homburg v. d. H., 30. 3. 1971

Amtsgericht

1345**Bekanntmachung**

6a N 24/70: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß von Frau Erna Ottilie Schmidt, geborene Bechtel, zuletzt

wohnhaft in Bad Homburg v. d. Höhe, Elisabethenstraße 10, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Bad Homburg v. d. H. (Az. 6 aN 24/70) niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 4823,20 DM. Es ist ein Massebestand von rund 1160,— DM verfügbar.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 1. 4. 1971
Der Konkursverwalter:
Dr. Ney
Rechtsanwalt

1346

81 N 469 68 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Pelzkaufmanns Constantin Massiakos, Frankfurt am Main, Moselstraße 45, Privatwohnung: Frankfurt am Main, Dahlmannstr. Nr. 28, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 2. 4. 1971

Amtsgericht, Abt. 81

1347

81 N 465 70 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 11. August 1969 in Frankfurt (Main) verstorbenen Maria Magdalena Achenbach geb. Grün, zuletzt wohnhaft in Frankfurt/Main, Gutleutstraße 319, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 6. 4. 1971

Amtsgericht, Abt. 81

1348

42 N 22 67 — Beschluß: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Dr. R. Kaletsch KG, Lollar, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anordnung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen sowie zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters Termin auf Dienstag, den 25. Mai 1971, um 15.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 205, Gutleutstraße 1, bestimmt.

63 Gießen, 5. 4. 1971

Amtsgericht

1349

43 N 37 66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Gastro-Betriebe GmbH in Gießen, Neuen Bäume 22, gesetzlich vertreten durch die alleinige Geschäftsführerin Edith Ballmann in Gießen, Marburger Straße 34, ist Schlußtermin gemäß § 162 KO auf den 18. 5. 1971, um 15.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gutleutstraße 1, Saal 205, bestimmt.

Weitere Tagesordnung: Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, sowie Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses, sowie Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 2250,— DM, seine Auslagen sind auf 1610,18 DM festgesetzt.

63 Gießen, 6. 4. 1971

Amtsgericht

1350

43 N 37 66: In dem Konkursverfahren Gastro-Betriebe GmbH, Gießen, Neuen Bäume 22, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Der verfügbare Massebestand beträgt 11 140,97 DM, wozu die angelaufenen Zinsen kommen. Dagegen gehen ab: Die Vergütung und die Auslagen des Konkurs-

verwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Verfügbar sind dann noch 8794,87 DM, die zur Verteilung kommen.

Die Forderungen betragen nach § 61 KO:

Abt. I I	DM 43 527,99
Abt. I II	DM 15 084,11
Abt. II	DM 65 391,—

Nach der verfügbaren Masse kommt nunmehr die Quotenverteilung nach § 61 KO nur für die Abt. I/I in Betracht.

Die Forderungen aus Abt. I/II und Abt. II können nicht berücksichtigt werden.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme durch die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Gießen aus. 63 Gießen, 13. 4. 1971

Der Konkursverwalter:
Paul Otto
Steuerbevollmächtigter
und Rechtsbeistand

1351

3 N 11/69 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 16. 5. 1968 verstorbenen Realschullehrers Hans Joachim Hackländer, zuletzt wohnhaft gewesen in Langendernbach, Mainzer Straße 34, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6253 Hadamar, 7. 4. 1971

Amtsgericht

1352

50 N 81/67: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Joseph Jacob, Kassel, Frankfurter Str. 129, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden (§ 163 I KO).

35 Kassel, 26. 3. 1971

Amtsgericht

1353

N 1/65: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 12. Mai 1964 verstorbenen und zuletzt in Wallenrod wohnhaft gewesen Hedwig Kutzner geb. Delnitz, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

642 Lauterbach (Hessen), 29. 3. 1971

Amtsgericht

1354

Bekanntmachung

5 N 8/68: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Blaeschke KG in Schotten findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgerichts) in Nidda (Aktenzeichen 5 N 8/68) niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 532 156,15 DM. Es ist ein Massebestand von 45 230,38 DM verfügbar.

6478 Nidda, 6. 4. 1971

Der Konkursverwalter
Rechtsanwalt Budde

1355

62 N 7/58 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Georg Gruß KG und des persönlich haftenden Gesellschafters Georg Gruß, Industrie-Schornsteinbau, Wiesbaden, Fritz-Kalle-Straße 10, wird nach Abwicklung des Zwangsvergleichs und Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

62 Wiesbaden, 24. 3. 1971

Amtsgericht

1356

62 N 48 70 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Karl Giani, Inhaber eines Reformhauses, früher Wiesbaden, Viktoriastraße 22, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

62 Wiesbaden, 24. 3. 1971

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1357

15 68: Die im Grundbuch von Ober-Seibertenrod, Band 8, Blatt 294, eingetragenen Grundstücke der Gemarkungen Ober-Seibertenrod, Bohenhausen II: Gemarkung Ober-Seibertenrod

Nr. 1, Flur 1, Flurstück 46, Hof- und Gebäudefläche, Bachgasse 6, Größe 17,58 Ar.

Nr. 2, Flur 2, Flurstück 22, Ackerland, Grünland, die Hessen, Größe 262,06 Ar.

Nr. 3, Flur 2, Flurstück 65, Grünland, Platte, Größe 34,30 Ar.

Nr. 4, Flur 2, Flurstück 80, Grünland, Rodberg, Größe 90,80 Ar.

Nr. 5, Flur 2, Flurstück 82, Ackerland, Grünland, Eichenberg, Größe 173,20 Ar.

Nr. 6, Flur 7, Flurstück 16, Grünland, im Grund, Größe 118,90 Ar.

Nr. 7, Flur 7, Flurstück 42, Ackerland, Grünland, Hoaschwiese, Größe 79,29 Ar.

Nr. 8, Flur 7, Flurstück 63, Ackerland, Linnenstück, Größe 234,73 Ar.

Nr. 9, Flur 7, Flurstück 43, Ackerland, Hoaschwiese, Größe 28,50 Ar.

Gemarkung Bohenhausen II

Nr. 10, Flur 6, Flurstück 25, Grünland, in der Lischstruth, Größe 110,80 Ar.

sowie dem unter lfd. Nr. 11 eingetragenen Geh- und Fahrrecht an dem Grundstück Flur 1, Nr. 50, zugunsten des Grundstücks lfd. Nr. 1.

sollen am 8. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer 5, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. November 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Landwirt Karl Momberger in Ober-Seibertenrod,

b) dessen Ehefrau Anna Maria Momberger, geb. Lang, daselbst, Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

632 Alsfeld, 1. 4. 1971

Amtsgericht

1358

2 K 10/69: Die im Grundbuch von Landau A) Band 19, Blatt 563, B) Band 16, Blatt 456, eingetragenen Grundstücke

zu A) Nr. 1, Gemarkung Landau, Flur 1, Flurstück 405/1, Hof- und Gebäudefläche, Größe 1,64 Ar, Ackerland, Hinter der Mauer, Größe 3,40 Ar;

Nr. 2, Gemarkung Landau, Flur 1, Flur-

stück 406/1, Hof- und Gebäudefläche, Hinter der Mauer Haus Nr. 91, jetzt Mauerstraße 16, Größe 4,33 Ar;

zu B) Nr. 3, Gemarkung Landau, Flur 1, Flurstück 1289/251, Hof- und Gebäudefläche, Mittelstraße 15, jetzt Am Markt 2, Größe 3,48 Ar;

sollen am Mittwoch, dem 23. Juni 1971, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer 23 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer zu A) am 16. 9. 1969, 20. 7. 1970, 25. 1. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Metzgermeister Willi Boos,
b) dessen Ehefrau Irmgard Boos geborene Schulz,

beide in Landau — je zur Hälfte —.

Eingetragene Eigentümer zu B) am 16. 5. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Verkäuferin Irmgard Schulz (jetzt verheiratete Boos) in Landau.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1359

2 K 22/70: Das im Grundbuch von Mengerlinghausen, Band 33, Blatt 983, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Mengerlinghausen, Flur 29, Flurstück 72, Bauplatz, Auf dem Lünneberge, Größe 9,17 Ar,

soll am Mittwoch, dem 28. Juli 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer Nr. 23 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. Dezember 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Monteur Jakob Theil, 3549 Elleringhausen, Haus Nr. 29.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1360

2 K 20/70: Die im Grundbuch von Twiste, Band 18, Blatt 494, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 10, Gemarkung Twiste, Flur 9, Flurstück 3, Unland (Rain), Ackerland, Grünland, Aufm Wartenberg, Größe 609,36 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Twiste, Flur 11, Flurstück 30, Grünland, Ackerland, Am Donnerbaume, Größe 704,76 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Berndorf, Flur 14, Flurstück 33, Wald, Helmeswinkel, Größe 41,48 Ar,

lfd. Nr. 17, Gemarkung Twiste, Flur 8, Flurstück 12/1, Gartenland, Größe 22,00 Ar, Wiese, Größe 194,60 Ar, Hutung, Die Schmandwiesen, Größe 74,76 Ar,

lfd. Nr. 20, Gemarkung Twiste, Ackerland, Größe 478,98 Ar, Wiese, Größe 54,00 Ar, Grünland, Größe 321,00 Ar, Hutung, Größe 6,98 Ar, Wasserfläche (Sumpf) Vor dem Gödeken Holze, Größe 7,50 Ar,

lfd. Nr. 21, Gemarkung Twiste, Flur 8, Flurstück 13/1, Hof- und Gebäudefläche, Größe 46,30 Ar, Gartenland, Größe 9,00 Ar, Grünland (teilweise Obstbäume), Größe 38,30 Ar, Unland (Rain), Die Schmandwiesen, Haus Nr. 53, Größe 3,79 Ar,

lfd. Nr. 22, Gemarkung Twiste, Flur 8, Flurstück 25/1, Ackerland, Größe 286,92 Ar, Grünland, Größe 33,00 Ar, Hutung, Am Vitzholze, Größe 13,00 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 9. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer 23 (Sitzungssaal), durch Zwangsvoll-

streckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 10. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Landwirt Josef Fischer,
b) dessen Ehefrau Theresia Fischer geborene Weiffen,

beide in Dürnersdorf — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 7. 4. 1971 **Amtsgericht**

1361

4 K 2/69: Die ideelle Eigentumschälfte des im Grundbuch von Heppenheim, Band 133, Blatt 7046, eingetragenen Grundstücks, Nr. 2, Gemarkung Heppenheim, Flur 20, Flurstück 36/21, Hof- und Gebäudefläche, Blumenstraße 13, Größe 3,89 Ar,

soll am 27. Mai 1971, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstr. Nr. 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer der Eigentumschälfte am 31. Januar 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrer Günther Wagner in Heppenheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 5. 4. 1971 **Amtsgericht**

1362

4 K 4/70: Das im Grundbuch von Beedenkirchen, Band 11, Blatt 418, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Beedenkirchen, Flur 1, Flurstück 154/4, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstr. 50, Größe 7,58 Ar,

soll am 18. Mai 1971, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Februar 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maurer Franz Schwarzer,
b) dessen Ehefrau Paula Schwarzer geb. Weiser,

beide in Beedenkirchen, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1363

4 K 12/69: Das im Grundbuch von Kleinhausen, Band 27, Blatt 1477, eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Kleinhausen, Flur 1, Flurstück 547/4, Hof- und Gebäudefläche, Im Böhlen 16, Größe 7,89 Ar,

soll am 8. Juli 1971, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstr. 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. Mai 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Herbert Neundörfer in Mannheim — jetzt wohnhaft in Einhausen —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1364

K 14/70 — Das im Grundbuch von Tiefenbach, Band 35, Blatt 448, eingetragene Grundstück

Nr. 6, Gemarkung Tiefenbach, Flur 13, Flurstück 247/18, Hof- und Gebäudefläche, Vor dem Kammerberg, Größe 3,46 Ar,

soll am Mittwoch, dem 9. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunsfels, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Sept.

1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Erich Schneider, Tiefenbach.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf 20 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunsfels, 24. 3. 1971

**Amtsgericht Wetzlar
Zweigstelle Braunsfels**

1365

K 15/70: Das im Grundbuch von Braunsfels, Band 74, Blatt 1267, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Braunsfels, Flur 12, Flurstück 224/60, Hof- und Gebäudefläche, Am Kurpark, Größe 0,25 Ar,

soll am Mittwoch, dem 23. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunsfels, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. Okt. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Witwe des Land- und Gastwirts Wilhelm Himmelreich, Anna geb. Spahr, Braunsfels — zu $\frac{1}{2}$ —,

b) Landwirt Heinrich Himmelreich,

c) Haustochter Frieda Himmelreich,

d) Haustochter Emma Himmelreich,

e) Gastwirt Wilhelm Himmelreich,

f) Anneliese Mattis geb. Himmelreich,

alle in Braunsfels

zu b) bis d): zu je $\frac{1}{8}$

zu e) + f): zu je $\frac{1}{16}$.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a ZVG festgesetzt auf 750,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunsfels, 24. 3. 1971

**Amtsgericht Wetzlar
Zweigstelle Braunsfels**

1366

K 65/69: Das im Grundbuch von Altwiedermus, Band 6, Blatt 345, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Altwiedermus, Flur 1, Flurstück 243, Hof- und Gebäudefläche, Ronneburgstraße 13, Größe 2,44 Ar,

soll am Montag, dem 21. Juni 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. Oktober 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Pflasterer Heinrich Konrad Waitz, Altwiedermus, zu $\frac{1}{2}$,

b) der zu a) Genannte,

c) Birgit Waitz geb. am 18. 8. 1952, daselbst,

zu b) und c) in Erbengemeinschaft zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 19 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 31. 3. 1971 **Amtsgericht**

1367

61 K 97/70: Die im Grundbuch von Ober-Ramstadt, Band 96, Blatt 5050, eingetragene Grundstückshälfte an dem Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Ober-Ramstadt, Flur Nr. 1, Flurstück 516, Hof- und Gebäudefläche Brückengasse 5, Größe 2,87 Ar,

soll am 24. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 11. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Willi Matthäus, Zimmermann, Ober-Ramstadt, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 17. 3. 1971

Amtsgericht, Abt. 61

1368

61 K 102/70: Die im Grundbuch von Ober-Ramstadt, Band 96, Blatt 5050, eingetragene Grundstückshälfte an dem Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Ober-Ramstadt, Flur Nr. 1, Flurstück 516, Hof- und Gebäudefläche Brückengasse 5, Größe 2,87 Ar, soll am 24. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 11. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ursula Ingeborg Matthäus, geb. Berz, in Ober-Ramstadt, — zu 1/2 —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 17. 3. 1971

Amtsgericht, Abt. 61

1369

31 K 26/70: Das im Grundbuch von Ober-Klingen, Band 18, Blatt 1039, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Ober-Klingen, Flur 1, Flurstück 741, Hof- und Gebäudefläche, am Beunfeld 11, Größe 7,06 Ar,

soll am Mittwoch, 9. 6. 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, Marienstr. Nr. 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. Juli 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Chemiarbeiter Fritz Weicker, Habitzheim. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 75 000,— Deutsche Mark.

Bieter müssen u. U. im Termin 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 26. 3. 1971

Amtsgericht

1370

5 K 21/69 — Beschluß: Das im Grundbuch von Somplar, Band 20, Blatt 667, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Somplar, Flur 2, Flurstück 133, Grünland, Auf'm Kamp, Größe 11,42 Ar,

soll am 30. Juni 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Geismarer Str. 22, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 1. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Hugo Hofmeister in Somplar.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 5. Febr. 1971 auf 4680,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 17. 3. 1971

Amtsgericht

1371

84 K 94 69 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Bergen-Enkheim, Band 158, Blatt 5613, eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Bergen-Enkheim, Flur 37, Flurstück 167, Ackerland, das Münchfeld, Größe 5,48 Ar,

am 23. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Str. 7—11, V. Stock, Zimmer Nr. 507, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. Oktober 1969 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Gartengestalter Konrad Ruppert in Bergen-Enkheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 8220,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 1. 4. 1971

Amtsgericht, Abt. 84

1372

K 38/70: Das im Grundbuch von Ilbenstadt, Band 13, Blatt 691, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Ilbenstadt, Flur 10, Flurstück 52/56, Lieg.-Buch Nr. 613, Hof- und Gebäudefläche, Am Krautgarten, Größe 6,45 Ar,

soll am Freitag, dem 25. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Str. 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Juni 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Weißbinder Konrad Wilhelm Heinz Friedrich Röder in Ilbenstadt zu 1/2;

b) dessen Ehefrau Sieghilde Undine Röder, geb. Konrad, daselbst zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 118 878,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 8. 4. 1971

Amtsgericht

1373

K 9/70: Das im Grundbuch von Hartenrod (Odenw.), Band 3, Blatt 87, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Hartenrod (Odw.), Flur 5,53 Ar, Flurstück 16/3, Hof- und Gebäudefläche, In der Hofwiese, Größe 5,53 Ar,

soll am Donnerstag, 3. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 6. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehel. Edwin Pfennig und Hildegard, geb. Jöst, in Hartenrod (Odw.), in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 110 600,— Deutsche Mark, entsprechend der Schätzung durch das Amtsgericht.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 17. 3. 1971

Amtsgericht

1374

5 K 36/70: Das im Grundbuch von Kohlhaus, Band 7, Blatt 189, eingetragene Grundstück

Gemarkung Kohlhaus, Flur A, Flurstück 25/51, Hof- und Gebäudefläche, Bernhardtstraße 2, Größe 5,76 Ar,

soll am 2. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 34, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. Oktober 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Handelsreisender Erhard Rad in Darmstadt.

Festgesetzter Verkehrswert: 63 820,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 13. 4. 1971

Amtsgericht

1375

K 78/70 — Beschluß: Das im Grundbuch von Brachtal-Spielberg, Band 26, Blatt 541, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Spielberg, Flur Nr. 13, Flurstück 43, Ackerland am großen Acker, Größe 44,87 Ar,

soll am Freitag, dem 11. Juni 1971, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. Januar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Landwirt Heinrich Wilhelm Neidhardt, in 6481 Spielberg,

b) Arbeiter Johann Friedrich Neidhardt in Frankfurt/Main,

c) Hausfrau Katharina Zirkel geb. Neidhardt in 6464 Altenhaßlau,

d) Hausfrau Maria Pröschner geb. Neidhardt in Gelnhausen,

— alle in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a ZVG festgesetzt auf 1848,70 DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 2. 4. 1971

Amtsgericht

1376

42 K 171 — Beschluß: Die ideelle Hälfte an den im Grundbuch von Gießen, Band Nr. 378, Blatt 14 464 und Band 394, Blatt Nr. 14 948, eingetragenen Grundstücken

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gießen, Flur 17, Flurstück 55, Lieg.-B. 1082, Hof- und Gebäudefläche, Georg-Philipp-Gail-Straße Nr. 4, Größe 6,17 Ar,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gießen, Flur 3, Flurstück 304, Lieg.-B. 233, Hof- und Gebäudefläche, Grünberger Straße 32, Größe 5,52 Ar,

sollen am 8. Juli 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 205, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 2. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Autovermieter Johann Ollesch in Gießen, Grünberger Straße 32;

b) Sigrid Roth geb. Ollesch in Gießen, Georg-Philipp-Gail-Straße 4;

c) Waltraud Brigitte Geßwein geb. Ollesch in Gießen, Grünberger Straße 32;

d) Marianne Trost geb. Ollesch (adoptierte Langslehner) in Berlin, Alt-Lankwitz 49;

in Erbengemeinschaft zu 1/3.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 2. 4. 1971

Amtsgericht

1377

42 K 51/70: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Langendiebach, Band 99, Blatt 3096, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langendiebach, Flur 19, Flurst. 249/2, Hof- und Gebäudefläche Mörickestr. 3, Größe 4,15 Ar,

am 9. 6. 1971, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 7. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Wilhelm Lauhof u. Elisabeth, geb. Rothowe, in Erlensee, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a

Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 111 000 DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.
645 Hanau, 30. 3. 1971

Amtsgericht, Abt. 42

1378

2 K 14/70: Das im Grundbuch von Flörsheim, Band 63, Blatt 3071, eingetragene Grundstück,

Nr. 3, Gemarkung Flörsheim, Flur 21, Flurstück 100/16, Bauplatz, Rembrandtstraße, Größe 4,51 Ar,

soll am 28. Juni 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim/M., Kirchstr. Nr. 21, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. Juni 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maurer Walter Tögel, Flörsheim (Main),

b) Rita Tögel, geb. Eckert, Flörsheim am Main

— zu je 1/2 Anteil —

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 79 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6203 Hochheim (Main), 17. 3. 1971

Amtsgericht

1379

51 K 167/70: Das im Grundbuch von Bettenhausen, Band 85, Blatt 2475, eingetragene Grundstück Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1, Gemarkung Bettenhausen, Flur 17, Flurstück 28, Lieg.-B. 297, Ackerland, Bauland, Dahlheimer Weg, Größe 10,00 Ar,

soll am 7. Juli 1971, um 8.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 106, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Dezember 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Architekt Erich Völker, Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 7. 4. 1971

Amtsgericht

1380

7 K 66/70 — Beschluß: Die im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Viernheim, Band 25, Blatt 1765, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 3, Gemarkung Viernheim, Flur 9, Flurstück 18, Hof- und Gebäudefläche, Lindenstr. 13, Größe 3,07 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Viernheim, Flur 9, Flurstück 19, Hofraum, zu Lindenstr. 13, Größe 3,96 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 2. Juni 1971, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 1. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Neff Maria geb. Kreuzer in Viernheim.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 10. 3. 1971

Amtsgericht

1381

7 K 41/67 — Beschluß: Das im Grundbuch von Leidenhofen, Band 20, Blatt 687, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Leidenhofen, Flur Nr. 5, Flurstück 52/1, Hof- u. Gebäudefläche, Am Rübenstein, Haus Nr. 16, Größe 8,92 Ar,

soll am 15. Juli 1971, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg (Lahn), Universitätsstr. Nr. 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 10. 1967 bzw. 9. 1. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fuhrunternehmer Ludwig Viel und Ehefrau Katharina, geb. Klingelhöfer, in Leidenhofen zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 15. 2. 1971

Amtsgericht

1382

7 K 49, 50/70 — Beschluß: Das im Grundbuch von Niederwalgern, Band 26, Blatt Nr. 783, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederwalgern, Flur 3, Flurstück 250/141, Hof- und Gebäudefläche, Vorderdorf, Haus-Nr. 90 a, Größe 6,26 Ar,

soll am 8. Juli 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg/Lahn, Universitätsstr. Nr. 48, Zimmer Nr. 157, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. November 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Hüttenarbeiter Hans Appel in Niederwalgern — zur Hälfte —,

2. a) Hüttenarbeiter Hans Appel in Kassel, b) Ehefrau Hannelore Schwantz geb. Appel in Niederwalgern,

c) Karl-Heinz Appel, geb. am 16. 5. 1936 in Frankfurt/M.,

d) Herbert Appel, geb. am 10. 1. 1948 in Niederwalgern;

zu 2. a) bis d) in ungeteilter Erbengemeinschaft zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 9. 3. 1971

1383

7 K 55/70 — Beschluß: Die im Grundbuch von Rodenhausen, Band 19, Blatt Nr. 474, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rodenhausen, Flur 2, Flurstück 15, Grünl., Wiese, die Hänsweise, Größe 17,55 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Rodenhausen, Flur 4, Flurstück 131, Holzung, die Lohhecke, Größe 8,03 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Rodenhausen, Flur 4, Flurstück 130, Holzung, die Lohhecke, Größe 2,72 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Rodenhausen, Flur 4, Flurstück 123, Grünl., die Riethwiese, Größe 13,55 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Rodenhausen, Flur 4, Flurstück 14, Ackerl. vorm Hemmerich, Größe 30,64 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Rodenhausen, Flur 5, Flurstück 39, Grünl., im Himmersbach, Größe 34,40 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Rodenhausen, Flur 1, Flurstück 62/o. 19, Holzung, vorm Grauscheid, Größe 7,63 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Rodenhausen, Flur 5, Flurstück 16, Ackerl., auf der Schöns, Größe 46,91 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Rodenhausen, Flur 7, Flurstück 108, Ackerl. vor der Schörm, Größe 30,77 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Rodenhausen, Flur 7, Flurstück 38, Ackerl., in der Gemeindehecke, Größe 13,97 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Rodenhausen, Flur 7, Flurstück 19, Ackerl. vor dem Schneberg, Größe 65,88 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Rodenhausen, Flur 8, Flurstück 148, Ackerl. auf dem Eichkuppel, Größe 41,61 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Rodenhausen, Flur 5, Flurstück 42/1, Ackerl., vorm Hemmerich, Größe 65,00 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Rodenhausen, Flur 7, Flurstück 139/1, Ackerl., Grünl., vorm Gutenborn, Größe 45,33 Ar,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Rodenhausen, Flur 8, Flurstück 154, Ackerl. auf der Kohn, Größe 22,00 Ar,

lfd. Nr. 16, Gemarkung Rodenhausen, Flur 3, Flurstück 56, Holzung, Hemmerich, Größe 69,53 Ar,

lfd. Nr. 17, Gemarkung Rodenhausen, Flur 1, Flurstück 31, Holzung, Schneeberg, Größe 289,31 Ar,

lfd. Nr. 18, Gemarkung Rodenhausen, Flur 6, Flurstück 17/2, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstr. 4, Größe 1,35 Ar,

lfd. Nr. 19, Gemarkung Rodenhausen, Flur 3, Flurstück 48, Holzung der Hemmerich, Größe 253,25 Ar,

lfd. Nr. 20, Gemarkung Rodenhausen, Flur 6, Flurstück 17/5, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstr. 4, Größe 13,89 Ar,

lfd. Nr. 21, Gemarkung Rodenhausen, Flur 6, Flurstück 19/1, Hofraum, Hauptstraße 4, Größe 0,03 Ar,

sollen am 12. August 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marburg/Lahn, Universitätsstr. Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. Dezember 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe Elisabeth Wege geb. Plaetsch in Rodenhausen.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für lfd. Nr.: 1 auf 1400,— DM, 2 auf 200,— DM, 3 auf 50,— DM, 4 auf 800,— DM, 5 auf 750,— DM, 6 auf 3400,— DM, 7 auf 500,— DM, 8 auf 5600,— DM, 9 auf 3700,— DM, 10 auf 2100,— DM, 11 auf 5300,— DM, 12 auf 2000,— DM, 13 auf 3900,— DM, 14 auf 4500,— DM, 15 auf 1100,— DM, 16 auf 1400,— DM, 17 auf 11 600,— DM, 18 auf 8000,— DM, 19 auf 3800,— DM, 20 auf 115 000,— DM, 21 auf 20,— DM.

Das Zubehör ist auf 3000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 23. 3. 1971

Amtsgericht

1384

7 K 46/69 — Beschluß: Das im Grundbuch von Schröck, Band 28, Blatt 899, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schröck, Flur 9, Flurstück 47/2, Hof- und Gebäudefläche, am Wittelsberger Weg Nr. 43, Größe 4,33 Ar,

soll am 5. August 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg (Lahn), Universitätsstr. Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. November 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Metzgermeister Wilhelm Nau in Schröck.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 115 000,— Deutsche Mark einschließlich Zubehörteile.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 29. 3. 1971

Amtsgericht

1385

7 K 29/69 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Leidenhofen, Band 20, Blatt 705, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Leidenhofen, Flur Nr. 5, Flurstück 130/22, Hof- und Gebäudefläche in der Erbsengasse Haus Nr. 69, Größe 2,22 Ar,

soll am 29. Juli 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg (Lahn), Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 8. 1969 bzw. 27. 2. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Baumaschinist Hans-Peter Claar und dessen Ehefrau Gertrud Ingrid geb. Hartmann in Leidenhofen, Haus Nr. 69 zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 23 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 7. 4. 1971 **Amtsgericht**

1386

5 K 23/70: Das im Grundbuch von Harb, AG.-Bezirk Nidda, Band 6, Blatt 175, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Harb, Flur 12, Flurstück 75, Hof- und Gebäudefläche Stettiner Straße 5, Größe 8,02 Ar,

soll am 18. Juni 1971, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Juni 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Bauhelfer Richard Lauster in Harb zu $\frac{1}{2}$,

b) Maria Lauster geb. Bräuer in Harb, Ehefrau des unter 1 a) Genannten zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG mit Beschluß des Gerichts vom 11. Januar 1971 auf 82 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 1. 4. 1971 **Amtsgericht**

1387

5 K 39/70: Das im Grundbuch von Blofeld, Amtsgerichtsbezirk Nidda, Band 11, Blatt 549, eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Blofeld, Flur 7, Flurstück 5, Ackerland auf dem Wirt, Größe 113,73 Ar,

soll am 8. Juli 1971, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. September 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Frieda Elisabeth Pfaff, geb. Bopp, Reichelsheim/W.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 13 410,75 Deutsche Mark. Der Versteigerungstermin vom 6. Mai 1971 wird hiermit aufgehoben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 31. 3. 1971 **Amtsgericht**

1388

5 K 14/70, 5 K 11/71: Die im Grundbuch von Gettenau, Amtsgerichtsbezirk Nidda, Band 19 u. 21, Blatt 1133 u. 1210, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Gettenau,

a) Band 19, Blatt 1133

lfd. Nr. 2, Flur 3, Nr. 36/1, Hof- und Gebäudefläche Gartenstraße, Größe 2,29 Ar,

b) Band 21, Blatt 1210

lfd. Nr. 1, Flur 3, Nr. 35/1, Hof- und Gebäudefläche Gartenstraße 16, Größe 1,68 Ar,

sollen am 22. Juli 1971, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 4., 22. 7. 1970 und 23. 3. 1971 (Tag der Versteigerungsvermerke):

1 a) Maurer Albert Strack, Gettenau;

b) dessen Ehefrau Erika Strack, geb. Döring, daselbst, zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG mit rechtskräftigem Beschluß vom 12. März 1971 wie folgt festgesetzt:

a) Fl. 3 Nr. 36/1 auf DM 42 000,— und

b) Fl. 3 Nr. 35/1 auf DM 26 000,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 6. 4. 1971 **Amtsgericht**

1389

K 9/67 (Neuk.) — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Ottrau, Band 16, Blatt 443, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Ottrau, Flur 11, Flurstück 68, Lieg.-B. 127, Ackerland und Grünland, Vor dem Sebbel, Größe 13,15 Ar,

lfd. Nr. 7 (bisher 5) Gemarkung Ottrau, Flur 27, Flurstück 17/2, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Größe 8,40 Ar,

sollen am 19. Juli 1971, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt, Stadtteil Treysa, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 8. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ziegeleiarbeiter Karl Quehl, Ottrau.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

für lfd. Nr. 3 auf 600,— DM,

für lfd. Nr. 7 auf 49 210,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 1. 4. 1971

Amtsgericht Treysa

1390

K 7/63 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Seligenstadt, Band 12, Blatt 711, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 4, Gemarkung Seligenstadt, Flur Nr. 1, Flurstück 1504/1, Hof- und Gebäudefläche, Kellereigasse 16, Größe 1,36 Ar,

soll am Montag, dem 28. Juni 1971, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastraße Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 3. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Händlerin Irmgard Elisabeth Raab, Seligenstadt, zu $\frac{1}{2}$;

b) Herbert Hermann Raab, geb. 27. 2. 1943, Seligenstadt, zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 720,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 8. 4. 1971 **Amtsgericht**

1391

K 9/69: Die im Grundbuch von Weißenhasel, Band 26, Blatt 410, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sontra, Flur 32, Flurstück 43, Ackerland, im Kaisergrund, Größe 63,45 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Weißenhasel, Flur Nr. 16, Flurstück 36/9, Ackerland und Bergwerksgelände, das Honneroth, Größe 607,36 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Sontra, Flur 32, Flurstück 42, Ackerland, Hutung und Unland, im Kaisergrund, Größe 147,66 Ar,

sollen am 16. August 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Sontra, Neues Tor 8, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. Oktober 1969 bzw. 2. Juli 1970 (Tag der Versteigerungsvermerke): Staatlich geprüfter Landwirt Helmut Führer und dessen Ehefrau, Helene geborene Swoboda, in Weißenhasel — je zu $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6443 Sontra, 5. 4. 1971 **Amtsgericht**

1392

2 K 48/70: Das im Grundbuch von Niedertiefenbach, Band 25, Blatt 887, eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Niedertiefenbach, Flur Nr. 1, Flurstück 256, Hof- und Gebäudefläche Am Hahlberg, Größe 9,80 Ar,

soll am 4. Juni 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstr. 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 12. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Albert Heinz in Niedertiefenbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 2. 4. 1971 **Amtsgericht**

1393

1 K 20/70: Die im Grundbuch von Hess. Lichtenau, Band 49, Blatt 1233 A, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 4, Gemarkung Hess. Lichtenau, Flur Nr. 11, Flurstück 88/5, Grünland und Hutung, Am Reichenbacher Wege, Größe 46,60 Ar,

Nr. 6, Gemarkung Hess. Lichtenau, Flur 11, Flurstück 6/1, Grünland und Wiese, daselbst, Größe 34,42 Ar,

Nr. 7, Gemarkung Hess. Lichtenau, Flur Nr. 11, Flurstück 66 1, Weg, daselbst, Größe 0,12 Ar,

sollen am 7. Juni 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. Sept. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Steinsetzer Bernhard Lückhardt in Hess. Lichtenau.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 40 570,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

343 Witzenhausen, 8. 4. 1971 **Amtsgericht**

**Anzeigenschluß
jeden Montag
um 14.00 Uhr
für die am
darauffolgenden
Montag
erscheinende
Ausgabe des
Staats-Anzeigers**

1394

Andere Behörden und Körperschaften

Satzungsänderung der Gemeinnützigen Haftpflichtversicherungsanstalt der Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Darmstadt

Auf Vorschlag des Vorstandes und auf Grund § 13 Absatz 1 der Anstaltssatzung hat die Vertreterversammlung folgende Änderung der Satzung beschlossen.

I.

§ 1 der Satzung wird wie folgt neu gefaßt:

- (1) Die „Gemeinnützige Haftpflichtversicherungsanstalt der Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Darmstadt“ betreibt die Allgemeine Haftpflichtversicherung und die Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung für landwirtschaftliche Zugmaschinen und deren Anhänger.

Sie gewährt den Genossenschaftsmitgliedern auf ihren Antrag Versicherung gegen Haftpflicht

- a) in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung nach Maßgabe ihrer Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AVB),
 - b) in der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung nach Maßgabe der Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung (AKB), ausgenommen deren Vorschriften zu Lasten am Vertrag nicht beteiligter Dritter.
- (2) Der Sitz der Anstalt und ihr Geschäftsbereich decken sich mit denen der Berufsgenossenschaft. Diese ist der Rechtsträger der Anstalt (§§ 762, 763 RVO).
- (3) Für Versicherungsverhältnisse in der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung finden die Vorschriften des Gesetzes über die Einführung der Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter vom 7. 11. 1939 sowie die Vorschriften des Gesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG) in der jeweils geltenden Fassung — ausgenommen Vorschriften zu Lasten am Vertrag nicht beteiligter Dritter — Anwendung.
- (4) Bei Veräußerung eines bei der Anstalt versicherten Fahrzeuges befriedigt die Anstalt — unbeschadet der Vorschriften des Gesetzes über die Einführung der Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter und des Gesetzes über den Versicherungsvertrag — die Ansprüche eines Geschädigten im Umfange der jeweils vorgeschriebenen Mindestversicherungssumme bis zu dem Tage, an dem ein anderer Kraftfahrtversicherer die Haftpflichtdeckung auf Grund einer Deckungszusage für den Erwerber übernimmt.

nimmt. Die Haftung gegenüber dem Geschädigten endet spätestens einen Monat nach Eingang der Anzeige über die Beendigung des Versicherungsverhältnisses bei der hierfür zuständigen Stelle.

II.

In § 2 Absatz 3 Satz 1 der Satzung wird der Betrag von 3000,— DM durch den Betrag von 5000,— DM ersetzt.

III.

In § 3 Absatz 1 der Satzung wird der Betrag von 3000,— DM durch den Betrag von 5000,— DM ersetzt.

Diese Änderung wurde durch Bescheid des Herrn Hessischen Sozialministers vom 4. 3. 1971 — I B 54 i 6100 — 348/71 — genehmigt. Sie tritt mit Wirkung vom 1. 6. 1971 in Kraft. Druckstücke der geänderten Satzung können bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

61 Darmstadt, 1. 4. 1971

Der Vorstand

1395

Änderung der Satzung für den Sparkassenstützungsfonds

Die Verbandsversammlung des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes hat am 17. 11. 1970 die Nr. 1 der Satzung für den Sparkassenstützungsfonds des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes vom 13. 11. 1969 (StAnz. 1970, 125) durch folgenden Absatz ergänzt:

„Der Verband kann Kreditinstitute, die über keinen Spitzenverband des Kreditgewerbes einem Stützungsfonds angeschlossen sind, in den Sparkassen-Stützungsfonds aufnehmen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Für die Entscheidung ist die Vorlage der Jahresabschlüsse der letzten drei Jahre des Instituts zu verlangen. Die gesetzlichen oder satzungsmäßigen Aufgaben des Instituts müssen mit denen der Sparkassen im Einklang stehen. Die Prüfungsstelle des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes ist berechtigt, Prüfungen bei den aufzunehmenden Instituten durchzuführen. Von den Forderungen an solche Kreditinstitute werden nur Spareinlagen und Sichteinlagen natürlicher Personen sowie die Forderungen aus Sparbriefen natürlicher Personen gesichert. Der Sicherheitsfall muß sich auf den Konkursfall beschränken. Die Forderungen werden unabhängig von ihrer Höhe und

Vordrucke

A Gewerbeanmeldung

B Gewerbeummeldung

C Gewerbeabmeldung

Die vorgeschriebenen Vordrucke A, B und C gemäß Erlaß des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 19. Dezember 1961 R 3—4 B 25—1601/61 StAnz. 5/1962 S. 122 halten wir vorrätig und liefern auf schriftliche Bestellung:

(1 Vordrucksatz A oder B oder C umfaßt 2 Blatt Normalpapier und 7 Blatt Dünn-
druckpapier) — Mindestabnahme:

5 Sätze = DM 7,50	25 Sätze = DM 29,50	100 Sätze = DM 80,—
10 Sätze = DM 13,50	50 Sätze = DM 47,95	250 Sätze = DM 180,—

zuzüglich Versandkosten und 11% Mehrwertsteuer. — Bei Bestellung bitten wir um genaue Angabe, wieviel Sätze vom Vordruck A, vom Vordruck B und vom Vordruck C gewünscht werden.

Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG. • Formularabteilung

6200 Wiesbaden • Wilhelmstraße 42 • Telefon 396 71 • Fernschreiber 04 186 648 • Postscheckkonto: Frankfurt (M.) 1173 37

bis zu 10 000,— DM insgesamt gesichert, wobei mehrere Forderungen desselben Gläubigers zusammenzurechnen sind. Im übrigen sind diese Institute in die Regelungen dieser Satzung entsprechend einzubeziehen. Scheidet das Institut aus dem Stützungsfonds aus, so erhält es entsprechend Nr. 10 den auf es entfallenden Anteil an den geleisteten Umlagen. Die Zinsen verbleiben im Stützungsfonds."

Hessischer Sparkassen- und Giroverband
Der Vorstand

1396

Haushaltsplan und Haushaltssatzung des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“ für das Rechnungsjahr 1971

Bekanntmachungen

Der Haushaltsplan des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“ für das Rechnungsjahr 1971 liegt in der Zeit vom 28. April bis 5. Mai 1971 im Landratsamt Groß-Gerau, Wilhelm-Seipp-Straße, Zimmer 116, zu den üblichen Dienststunden zur Einsicht offen.

Wasserverband „Schwarzbachgebiet-Ried“
Blodt, Landrat
Verbandsvorsteher

Öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Haushaltsatzung des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“ für das Rechnungsjahr 1971

I.

Gemäß § 72 der Wasserverbandsverordnung vom 3. 9. 1937 (RGBl. I, Seite 933) in Verbindung mit der Gemeindehaushaltsverordnung vom 29. 11. 1956 (GVBl. Seite 11) und § 22 der Verbandssatzung hat die Verbandsversammlung am 1. 4. 1971 folgende Haushaltsatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltplan wird festgesetzt:

a) im ordentlichen Haushalt	
in der Einnahme auf	343 200,— DM
in der Ausgabe auf	343 200,— DM
b) im außerordentlichen Haushalt	
in der Einnahme auf	510 000,— DM
in der Ausgabe auf	510 000,— DM

§ 2

Kassenkredite werden im Rechnungsjahr 1971 keine benötigt.

§ 3

Darlehen werden im Rechnungsjahr 1971 keine aufgenommen.

II.

Die Haushaltsatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

Wasserverband „Schwarzbachgebiet-Ried“
Blodt, Landrat
Verbandsvorsteher

1397

Änderung der Satzung der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt (Main)

Die Versammlung der Gewährträger der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt (Main), hat am 31. März 1971 beschlossen, das Stammkapital der Bank um 40 Millionen DM auf 215 Millionen DM zu erhöhen.

Der § 3 der Satzung ist wie folgt neu gefaßt worden:

Stammkapital

Die Bank ist mit einem Stammkapital von zweihundert-fünfzehn Millionen DM ausgestattet, an dem das Land Hessen — im folgenden „Land“ genannt — und der Hessische Sparkassen- und Giroverband — im folgenden „Verband“ genannt — je zur Hälfte beteiligt sind.

Hessische Landesbank — Girozentrale



1866

1966

Eine willkommene Bereicherung
des privaten Buchbesitzes
wie der Buchauswahl
in Bibliotheken und Büchereien

Preußischer Adler und Hessischer Löwe

**Dokumentarischer Rückblick auf die
hundertjährige wechselvolle Vergangenheit
des Regierungsbezirks Wiesbaden**

Von Regierungsvizepräsident Dr. Müller †

Ein Buch von historischem Wert,
das keine trockene Materie behandelt,
sondern mit Dokumenten belegte
Geschehnisse ernster und heiterer Art
zu einem lebendigen vom Anfang
bis zum Ende interessanten Werk
zusammenfaßt

1866 — Preußen an Rhein und Main /
Die „gute alte Zeit“ / Der Kulturkampf
gegen die katholische Kirche / Die
Arbeiterbewegung im Kaiserreich /
Wirtschaftliche Zustände bis zum
Ersten Weltkrieg / Erster Weltkrieg und
Revolution 1918 / Die Jahre der
Weimarer Republik / Unter der
Herrschaft der NS-Partei / Die
Regierung im Jahre Null und danach /
Die Zukunft hat schon begonnen — 1966

Umfang 440 Seiten und 48 Seiten
Abbildungen auf Kunstdruckpapier
im Format 17 × 23,7 cm, 1/4-Leinendecke
mit Gold- und Farbprägung.

Mehrfarbiger Schutzumschlag, zweiseitig
cellophanisiert • Preis 25,85 DM

Bestellung kann durch Ihre Buchhandlung oder
beim Verlag direkt erfolgen

**Buch- und Zeitschriftenverlag
Kultur und Wissen GmbH & Co KG.**

62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42
Telefon Sammelnummer 3 96 71

1398**Beregnungs- und Bodenverband Rhein-Main — Sitz in Darmstadt —**

hier: Satzungsänderung

Die am 24. November 1965 erlassene Satzung des Beregnungs- und Bodenverbandes Rhein-Main (StAnz. S. 1459), geändert am 25. Juni 1969 (StAnz. S. 1300), wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

1. § 14 (Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes):

Absatz 1 Satz 2 erhält folgende neue Fassung:
„Zwei Beisitzer werden zu Stellvertretern des Vorstandsvorstehers gewählt.“

2. § 20 (Haushaltplan):

Diese Bestimmung wird um folgenden Absatz 5 erweitert:

„(5) Für das Haushalt-, Kassen- und Rechnungswesen finden die für Gemeinden geltenden Vorschriften sinngemäß Anwendung.“

3. § 24 (Prüfung des Haushalts, Entlastung):

Absatz 1 wird wie folgt geändert:

„(1) Der Vorstand stellt die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Rechnungsjahres gemäß dem Haushaltplan auf und gibt sie im ersten Viertel des folgenden Rechnungsjahres mit allen Unterlagen zum Prüfen an ein Rechnungsprüfungsamt im Verbandsbereich.“

Diese Satzungsänderung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 30. 3. 1971

Der Regierungspräsident
V/14 — 79 h 04/01 (5149) R
gez. Dr. Wierscher

1399**Bekanntmachung des Hessischen Oberbergamtes in Wiesbaden**

Unter Bezugnahme auf § 5 der Markscheiderordnung vom 23. März 1923 bringt das Hessische Oberbergamt zur öffentlichen Kenntnis, daß der Markscheider Dr.-Ing. Werner Dicke auf Grund der ihm durch das Oberbergamt in Dortmund mit Urkunde vom 1. Dezember 1952 — VII 1004 d 3/34 — erteilten Konzession als Markscheider am 5. April 1971 ermächtigt wurde, auch markscheiderische Arbeiten im Aufsichtsbereich des Hessischen Oberbergamtes öffentlich auszuführen.

Markscheider Dr.-Ing. Werner Dicke hat seinen Wohnsitz in 43 Essenstadtwald, Eginhardhöhe 26.

Wiesbaden, 5. 4. 1971

Hessisches Oberbergamt
Az.: 76 h 0205 — 15/1

Öffentliche Ausschreibungen

1400

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Ausbau der K 30 in der OD Niederellenbach, Kreis Rotenburg-F., zw. km 2,243 und km 2,523 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- | | |
|--------------|---|
| ca. 1300 cbm | Erdarbeiten |
| ca. 700 cbm | Frostschutzmaterial |
| ca. 1800 qm | bit. Unterbau, K. 0/35, 290 kg/qm |
| ca. 1800 qm | Asphaltbinder, K. 0/18, 84 kg/qm |
| ca. 1800 qm | Asphaltfeinbeton, K. 0/8, 60 kg/qm und sonstige Nebenarbeiten |

Bauzeit: 82 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 28. 4. 1971 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 10,00 DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 6753, oder bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 301, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 12. 5. 1971, um 10.00 Uhr, im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19. Zuschlags- und Bindefrist: 12. 6. 1971.

643 Bad Hersfeld, 8. 4. 1971

Hessisches Straßenbauamt**1401**

Darmstadt: Die Bauleistungen für die östliche Verlängerung der Unterführung des Mühlbaches in km 512,616 der A 10 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- | | |
|---------|------------------|
| 450 cbm | Erdaushub |
| 500 cbm | Hinterfüllung |
| 245 cbm | Stahlbeton B 300 |
| 15 t | Betonstahl |

Bachüberleitung mit Wasserhaltung

Bauzeit: 125 Werkstage.

Arbeitsbeginn: 1. Juni 1971.

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Außenstelle Darmstadt, 6103 Griesheim, Wilh.-Leuschner-Straße Nr. 299d, bis spätestens 22. April 1971 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 20,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Ffm. 6821, mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen für „Östliche Verlängerung der Unterführung des Mühlbaches in km 512,616“ ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 26. April 1971 in der Zeit von 9.00 bis 15.00 Uhr in der Außenstelle Darmstadt des Autobahnamtes Frankfurt (M.), Zimmer 7, ausgegeben.

Eröffnungstermin am 11. Mai 1971, um 10.00 Uhr, Zimmer 421, des Autobahnamtes Frankfurt (M.), Münchener Str. 4—6, Zuschlags- und Bindefrist: 12. Juli 1971.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preis von 3,— DM je Stück bei jedem hessischen Straßenbauamt und dem Autobahnamt erhältlich sind.

6103 Griesheim, 6. 4. 1971.

Autobahnamt Frankfurt (M.), Außenstelle Darmstadt**1402****Bei der Gemeinde Hammersbach — Landkreis Hanau**

— Ortsklasse A —

rd. 3000 Einwohner, ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

möglichst zum 1. 6. 1971 neu zu besetzen, da der bisherige Stelleninhaber in den Ruhestand tritt.

Gesucht wird eine verhältnismäßige jüngere, verantwortungsfreudige und charaktervolle Persönlichkeit mit guten organisatorischen Fähigkeiten.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Referenzen) werden bis zum 1. 5. 1971 an den **Vorsitzenden des Ausschusses zur Vorbereitung der Bürgermeisterwahl an Herrn Hulverscheidt, Rathaus Hammersbach**, erbeten.

1403**Die Gemeinde Wallau (Main-Taunus-Kreis)**

2300 Einwohner

sucht für sofort oder später eine

Sekretärin für den Bürgermeister

nach Verg.-Gruppe VI b BAT

weiterhin eine

Examierte Krankenschwester

nach Verg.-Gruppe BAT Kr. III.

Bewerberinnen werden gebeten, die üblichen Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild einzureichen an den

Gemeindevorstand der Gemeinde Wallau

6201 Wallau/Main-Taunus

Rathausstraße 3

Ein Haus oder eine Eigentumswohnung sind eine sichere Geldanlage und gute Altersvorsorge!

Für Sie ist dieses Ziel besonders leicht zu erreichen. Denn nur Sie und Ihre Kollegen im öffentlichen Dienst können beim BHW einen Bausparvertrag abschließen. Und die vielen Vorteile nutzen, die das BHW bietet: günstige Tarife, keine Mindestansparsumme, niedrige Gebühren, seit 1956 nur 4 1/2 %

Zinsen für Bauspardarlehen, 3% Guthabenzinsen. Dazu kommen bis zu 45,5% Prämie oder hohe Steuervorteile. Bei solchen Vergünstigungen ziehen Sie schneller in Ihr eigenes Heim ein als Sie denken. Fordern Sie noch heute unsere kostenfreie Broschüre B 14 an!

Vermögensbildung für
alle im öffentlichen Dienst:
Leichter mit dem BHW
Beamtenheimstättenwerk · 325 Hameln
Postfach 686 · Ruf (051 51) 8 61

1404

Die Gemeinde Neu-Anspach, Kreis Usingen,
5300 Einwohner, Ortsklasse A,

stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt folgende Angestellte ein:

einen Bauingenieur (grad.) der Fachrichtung Tiefbau

Vergütungsgruppe IVb/IVa BAT
als Leiter der Bauverwaltung

(bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen kann auch die Anstellung als Beamter erfolgen)

einen Sachbearbeiter

Vergütungsgruppe Vc BAT
für die Finanz- und Steuerverwaltung

(gründliche Kenntnisse in den Sachgebieten Steuer-, Haushalt-, Kassen- und Rechnungswesen sind erwünscht)

eine Schreibkraft

Vergütungsgruppe VII BAT
für die Hauptverwaltung

Bewerberinnen müssen Stenografie und Maschinens Schreiben beherrschen.

Die Gemeinde Neu-Anspach ist Siedlungsschwerpunkt in der Region Untermain. Eine Mittelpunktschule, die noch in diesem Jahr zur Gesamtschule ausgebaut wird, befindet sich am Ort.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen bis zum 25. April 1971 an den **Gemeindevorstand der Gemeinde Neu-Anspach, Bahnhofstraße 26-28**, zu richten.

Gemeindevorstand, 6392 Neu-Anspach

ALLGEMEINE BERGVERORDNUNG

FÜR DAS LAND HESSEN - ABV - VOM 8. 8. 1969
Herausgeber: Hessisches Oberbergamt

Textausgabe mit Sachverzeichnis

Sonderdruck aus dem Staats-Anzeiger für das Land Hessen
- 128 Seiten Format 120 x 170 mm - Umschlag cellophanisiert - Preis DM 3,- einschl. Versandkosten u. 5,5% MwSt.

Zu beziehen bei
BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN
GmbH & Co KG - 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Postfach

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten



Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 12,25 (einschließlich 5 1/2 % = 0,65 DM MWSt.) Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Kail Blum Verlag. Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG., 62 Wiesbaden Postfach 1329. Postscheckkonto 8 Frankfurt/M. Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Deutsche Effecten- und Wechselbank 82 Wiesbaden Nr. 69 325. Hess. Landesbank Frankfurt/M., Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Telefon Sa.-Nr. 3 96 71. Fernschreiber 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,93, bis 40 Seiten DM 2,53, bis 48 Seiten DM 3,04, über 48 Seiten DM 3,29. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandspesen und 5% Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 8 vom 1. 4. 1971. Umfang dieser Ausgabe 48 Seiten